

Leipzig NEUE

LINKE ZWEIWOCHENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

- › „Neunte“ bald unbezahlbar? Seite 3
- › Sachsen versumpft Seite 8
- › Weihnachten international Seite 9
- › Deutsche Marine rüstet auf Seite 13
- › Wissen Sie eigentlich ... Seite 14
- › Kunstjuwel glänzt wieder Seite 17
- › Hilferuf im Dezember 1917 Seite 21
- › Annapolis-Projekt Seite 22
- › Falscher die Glocken ... Seiten 24/25
- › Sündiges Fleisch ... Seiten 26/27

25/26

2007

DOPPELAUSGABE

Nur
2,60 Euro!

15. Jahrgang

21. Dezember

www.
leipzig-
neue.de

Hereinspaziert in unsere Hirne ...



Collage Lutz Hirschmann, Leipzig:
Entree des Innenministeriums

**KRIEG BEDEUTET FRIEDEN
FREIHEIT IST SKLAVEREI
UNWISSENHEIT IST STÄRKE**

Diese drei Wahlsprüche waren in schönen Lettern hoch oben in die weiße Front des Wahrheitsministeriums, des „Miniwahr“, gemeißelt, eines pyramidenartigen Baus mit 3000 Räumen und einer entsprechenden Zahl unter der Erde. In ganz London gab es nur drei andere Bauten ähnlichen Ausmaßes. So erzählt George Orwell in „1984“, seiner schon 1949 geschriebenen Warnung vor dem totalen Überwachungsstaat. Irrwitzige, angstmachende Details reihen sich science-fiction-artig aneinander, der ständig eingeschaltete Fernseher zum Beispiel, der nicht nur bunte Bilder ins Haus sendet, sondern seine Bewohner auch in jeder Ecke überwacht, terrorisiert. Totale Beherrschung und Verwaltung des Individuums, aggressive Gehirnwäsche. Kranke Phantasie, so möchte man meinen. Nur – Orwell war nicht geistig krank. Er war lediglich der Bote, der ein ziemlich realistisches Schreckensbild von einer kranken Zukunft überbrachte, die uns näher und näher rückt und mehr und mehr erdrückt. Über Telefone, auch mit aufgelegtem Hörer, lassen sich längst Wohnungen abhören, Handys sind sowieso ideale Minispione für all die Schäubles (für ihn, den besonders krankhaften Schnüffler aber vor allem), Satelliten fotografieren in jeden Hof hinein – aber das Foltern übertragen wir Deutschen – vorerst noch – Stellvertretern. TERROR! ISLAMISTISCHE GEFAHR! Jeder nur zu verwerfliche und hinterhältige Selbstmordanschlag wird tausendmal wiederholt, damit er sich tausendmal ins Angstgedächtnis der Menschen einnistet. Mit der Angst ist ein gutes Geschäft zu machen. Mit Angst lässt sich vortrefflich manipulieren und politisch Ungeheuerliches anrichten. Überall Überwachungskameras, Geruchsdateien, Fingerabdrücke in Pässen, Vorrats-Datenspeicherung, Online-Durchsuchung, Aufrüstung des Bundes-Kriminalamtes – wir nähern uns „1984“. Gegen den TERROR?

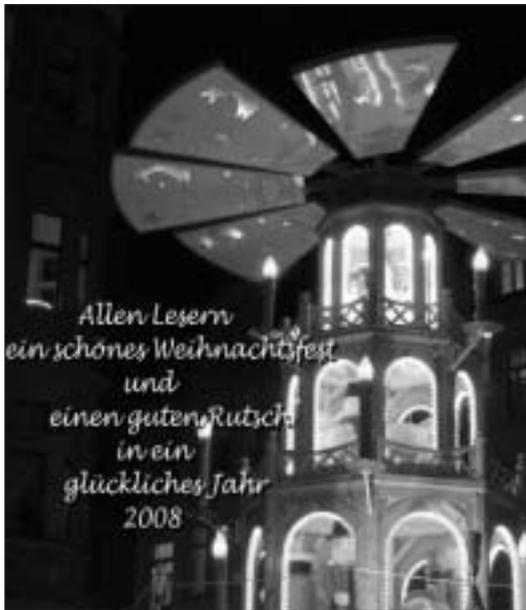
Der wirkliche Terror ist die neue Gesinnungsjustiz, die Hetzjagd auf Andersdenkende, Andersaussehende, Andersgläubige. Der wirkliche Terror sind Not und Vertreibung in arabischen und afrikanischen Gebieten, ist der Raub der Trinkwasserressourcen und der Rohstoffe. Der wirkliche Terror geht nicht vom Orient aus, der verteidigt sich nur, hilflos, rabiat. Er geht von denen aus, die schon übermäßig haben und immer noch nach mehr gieren. Für ihren Reichtum werden wir manipuliert, missbraucht, werden Menschenrechte von willfährigen Politikern mit Füßen getreten. Es heißt längst:

**KRIEG BEDEUTET FRIEDEN
FREIHEIT IST SKLAVEREI
UNWISSENHEIT IST STÄRKE**

Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass ein Reicher in den Himmel kommt? – Ach Jesu, du würdest verzweifeln, müsstest du unter uns leben.

Frohe Weihnacht.

• MAXI WARTELSTEINER



Die erste Ausgabe 2008 von LN erscheint am 11. Januar

Mindestlohn, Springer, Pin

Einen satten Profit sollte die vollständige Öffnung des Postmarktes den neuen Unternehmen bringen – finanziert von den Hungerlöhnen der privaten Briefzusteller um 5 Euro die Stunde. In den Startlöchern stand neben Springer mit einer Mehrheitsbeteiligung an der Farbe „Grün“ der Pin Group der niederländische Konzern TNT mit der der Farbe „Orange“. Pin wie TNT nahmen bewusst in Kauf, dass niemand von diesen Stundenlöhnen leben kann.

Der vom Bundeskabinett nach langen Querelen endlich festgelegte Mindestlohn im Rahmen des sogenannten Entsendegesetzes zementiert allerdings die deutsche Spaltung, beträgt er doch 9,80 Euro im Westen und 9 Euro im Osten. Selbst dieser mäßige Stundenlohn ist den Konkurrenten der Deutschen Post AG zu hoch, sie wollten allenfalls 7,50 Euro zahlen.

Elmar Müller vom Arbeitgeberverband DVPT der Post-Wettbewerber drohte bereits, der Mindestlohn werde 20.000 Arbeitsplätze vernichten und die Hälfte der 700 tätigen Unternehmen in der Bundesrepublik vom Markt verdrängen. Das hat die Springer Pin Group als Drohung gegen die Politik jüngst in die Tat umgesetzt. 880 ihrer Mitarbeiter bekamen die Kündigung – Schwerpunkt Hessen, Niedersachsen und Hamburg. Was für ein jämmerliches Management, wenn Unternehmen nur existieren können, wenn sie ihre Beschäftigten schamlos ausbeuten.

Inzwischen wurde ein unter Verschluss gehaltenes Pin-Briefgeheimnis gelüftet. Wie aus der Zentrale aus Luxemburg bekannt wurde, will der Bundespost-Rivale mit einem Kniff den Mindestlohn umgehen. Den Postdienst sollen lokale Partner und Teilzeitkräfte versehen. Diese zumeist nebenberuflichen Postboten fallen nicht unter die Mindestlohnregelung.

• KARL-H. WALLOCH



Lesefrucht

Argus liest – notgedrungen – auch die *Leipziger Volkszeitung*. Daraus zwei Lesefrüchte:

„Die Bundesregierung hat den Ablauf der russischen Parlamentswahl scharf kritisiert. ... Gemessen an deutschen Maßstäben habe es sich um keine ‚faire, gleiche und demokratische Wahl‘ gehandelt“, sagte Vize-Regierungssprecher Thomas Steg ...“ (LVZ, 4. Dezember 2007)

„Es dauerte 24 Stunden, bis Robert Mugabe reagierte. Der jetzige Zustand von Simbabwe schadet dem Bild des neuen Afrikas“, hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel dem Präsidenten des Landes vor den versammelten Staats- und Regierungschefs des EU-Afrika-Gipfels in Lissabon gesagt ...“ (LVZ, 10. Dezember 2007)

Wie hieß es doch einst? Am deutsche Wesen möge die Welt genesen. Einst?

Auf ein Wort bitte



ADI REIHER

UNSERE ZEIT,
ESSEN, Organ
der DKP

Nach dem Hamburger Parteitag der SPD erkennen Matthias Höhn, Landeschef der Linken in Sachsen-Anhalt, und sein Fraktionschef Wulf Gallert „zwei Möglichkeiten“. Entweder wird „die neue politische Richtung“ von der SPD in die Praxis umgesetzt; damit erhöhten sich die „Schnittmengen zur Linken“ deutlich. Oder die Beschlüsse von Hamburg stellten sich „wieder einmal als leere Versprechungen heraus“. Und wenn nun beide Möglichkeiten gleichzeitig eintreten?

Wie ist die Lage? Zwei Jahre nach der Bundestagswahl ist die Krise der neoliberalen Parteien keineswegs beendet. Vor allem die SPD ist in einem beklagenswerten Zustand. Doch weder das Regierungslager CDU/CSU/SPD noch die Oppositionsparteien Grüne und FDP kommen in den Umfragen über ihre Wahlergebnisse von 2005 hinaus. Im Gegenteil. Der Zustand, dass in allen wesentlichen Fragen gegen die Mehrheits-Meinung der Bevölkerung regiert wird, verfestigt sich, wird gleichsam zum Kennzeichen dieser Jahre.

Bezüglich der kommenden Bundestagswahl heißt das zur Zeit: Weder das alte „rechte“ Lager (CDU/FDP), noch das alte „linke“ Lager (SPD/Grüne) könnten 2009 eine

Regierung bilden. Auf der einen Seite wird deswegen von „Jamaika“ (Schwarz-Gelb-Grün) geträumt und auf der anderen auf die Ampel (Rot-Gelb-Grün) gestarrt. Ganz Kesse reden von Rot-Rot oder Rot-Rot-Grün. Die zahlreichen Wahlen der nächsten zwei Jahre werden mal die eine, mal die andere Variante nach vorn spülen. Abgerechnet wird in jedem Fall erst am Wahltag, ob der nun 2009 oder früher stattfindet.

Vor allem aber sollte man nicht den Fehler begehen, diese Rechnungen ohne den Wirt zu machen. Oder, wenn man so will, ohne die beiden großen Wirte, die hierzulande ihre

einzelnen Politiker.

Man sagt uns, die SPD sei jetzt nach links gerückt. Die Erfahrung mit ihr und vor allem ihrer Spitze seit über 100 Jahren sagt uns, dass sie ihre politische Richtung immer an den Interessen der großen Konzerne ausgerichtet hat. Nie ist es den vielen anders denkenden und wollenden Sozialdemokraten gelungen, ihre Partei dauerhaft, d. h. in der Regierungsverantwortung, auf einen anti-kapitalistischen Kurs festzulegen. Die meisten „neuen Richtungen“ waren „leere Versprechungen“.

Wer wirklich eine linke Politik in diesem Lande mehrheitsfähig machen will, hat nach mehr zu fragen und zu schauen als nach „linken“ Beschlüssen auf SPD-Parteitag. Der hat in allen politischen Auseinander-

Linksruck?

Geschäften betreiben. Da ist zum einen die Arbeiterklasse, uneinheitlich und schlecht organisiert wie sie ist, aber die überwältigende Mehrheit. Da ist zum anderen die große Bourgeoisie mit ihren Konzernen, ihrer Medienmacht, ihren Denkfabriken, ihrer Lobby und damit der Möglichkeit, jeden Tag im Parlament und in der Regierung abzustimmen – statt nur alle vier Jahre.

Das sind die eigentlichen Lager in unserer Gesellschaft. Und alle Politiker sind aufgefordert, sich zwischen ihnen zu entscheiden. Wofür die neoliberalen Parteien sich entschieden haben, steht außer Frage. Doch der Zwang, die Arbeiterklasse, ohne die kein Schornstein raucht, zu integrieren, Jahr für Jahr von ihr Wählerstimmen zu gewinnen, durchaus auch das eigene beste Wissen und Gewissen, der wechselhafte politische und gesellschaftliche Prozess selbst, erzwingen die immer wieder neue Entscheidung der Parteien und der

dersetzungen darauf zu achten, wem seine Politik und seine Entscheidungen nützen. Die Linkspartei hat politische Essentials aufgestellt, ohne die für sie eine Regierungsbeteiligung im Bund nicht machbar ist, wie den Rückzug aus Afghanistan oder die Rücknahme der Hartz-IV-Gesetze. Das ist gut, weil es den arbeitenden Menschen nützt.

Noch besser ist es, innerhalb und außerhalb des Bundestages dafür zu kämpfen, dass die Interessen der Mehrheit die Leitlinien der Politik bestimmen. Dafür muss man Bündnisse suchen, dafür muss man sich aber vor allem in den Organisationen der Arbeiterklasse verankern und dort für linke Politik kämpfen. Das vorläufige Feststellen von „Schnittmengen“, das Andienen der Kanzlerschaft für Kurt Beck könnten zu Fußnoten der Geschichte werden. Oder anders gesagt, wer sich dieser SPD in den Arm wirft, dürfte das bei Strafe seines Unterganges tun.



Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im November

Verbesserung

Wie in den Vormonaten setzte sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit fort. Die Zahlen sanken auf den niedrigsten Stand seit 1998 und unterschritten erstmals wieder mit 58 244 Menschen die 60 000er Marke. Das entspricht einer Quote von 14,7 Prozent. Im Sächsischen Vergleich bedeutet dies dennoch nur den vorletzten Platz vor Bautzen. Bei dem

beginnenden Fachkräftemangel in einigen Spezialberufen wie Ingenieuren oder Fachkräften für elektronisch gesteuerte Bearbeitungstechnik (CNC) ist es brisant, dass seit Jahresbeginn dennoch 20 478 Absolventen nach Ausbildung oder Qualifizierung arbeitslos wurden.

Die Arbeitsmarktdaten der ARGE folgen dem positiven Trend. Die Zahl der Leistungsempfänger sank um 600 auf 81 753, das sind 16 Prozent der Bevölkerung. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften sank um 289 auf 47 016. Mit 3215 jungen Menschen betreut die ARGE 463 weniger als im Vorjahr. Arbeitsmarktinstrumente wurden wie folgt eingesetzt:

ABM 25 271; 1-Euro-Jobs 1621; berufliche Weiterbildung 1179.

Die „Flutwelle“ in der Widerspruchsstelle und am Sozialgericht hält in Leipzig und landesweit an und wird zur größten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Juristen.

Im Freistaat Sachsen sank die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr um 41 609 Betroffene zum Vorjahr auf 288 053. Die Quote liegt bei 13,1 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten um 29 916. Die derzeit 27 323 angebotene Stellen bedeuten ein Minus von 6970.

• JOACHIM SPITZER

Nazi-Aktivitäten im Leipziger Osten

Antifaschistische, demokratiefördernde Offensive vonnöten!

LN. Die „freien“, „autonomen“ Nazistrukturen haben in Leipzig Fuß gefasst – mit tunlicher Unterstützung von Strukturen im Leipziger Land, Altenburg und Delitzsch, so Juliane Nagel, Leipziger Mitglied im Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Sachsen und Mitarbeiterin im linXXnet-Büro. Als Beispiele nennt sie Flugblattverteil-Aktionen in Reudnitz-Thonberg, Anger-Crottendorf, Stötteritz, die Beteiligung an Kampagnen (z. B. „Gedenken der Opfer des Luftangriffes der alliierten Terrorbomber auf Leipzig am 4. Dezember 1943“ oder die sogenannte Anti-Repressionsoffensive „Meinungsfreiheit, jetzt!“; in deren Zuge auch in Leipzig Ämter „versiegelt“ und Transparente aufgehängt wurden). Bei den Landtagswahlen 2004 konnte die NPD in den Ost-Ortsteilen Anger-Crottendorf, Volkmarsdorf, Reudnitz-

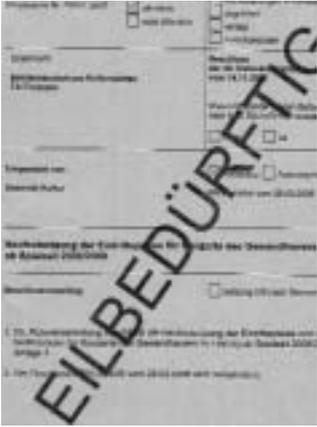
Thonberg oder Neustadt-Neuschönefeld hohe Listenwahlergebnisse zwischen 7 und 14,5 % erzielen. Der Zusammenhang zwischen der schlechten sozialen Situation und dem Zuspruch für rechtsextreme Lösungsstrategien liege auf der Hand, so Nagel. Im Leipziger Osten ist der Anteil von Arbeitslosen besonders hoch. In Volkmarsdorf ist fast die Hälfte der Wohnbevölkerung von Hartz IV betroffen. Hochglanzkampagnen wie das jüngst unter Mitwirkung von OBM Burkhard Jung präsentierte Projekt „Laut gegen Nazis“ scheinen für diese dringliche Stadtteil-Arbeit gegen rechts nicht geeignet. Vielmehr gilt es, individuelle Zivilcourage zu befördern und Netzwerke gegen rechts zu knüpfen. Auch die gezielte Beseitigung von Nazipropaganda aus dem Stadtbild kann zu einer solchen ‚Ost-Offensive‘ gehören.“

Richtigstellung

In LN 24'07, Seite 2, hieß es, OBM Burkhard Jung habe die Annahme weiterer Tausender Unterschriften der Bürgerinitiative „Leipzig braucht ein Sozialticket“ verweigert. Die hatte er vorher schon bekommen. Er verweigerte, wie richtig auf Seite 1 dargestellt, die Entgegennahme des grafisch gestalteten Wunschzettels für die von Armut betroffenen Kinder, das sei unpassend auf dem Weihnachtsmarkt.

Beethovens „Neunte“ bald unbezahlbar?

Ohne große Diskussion wird eine Leipziger Tradition dem schnöden Mammon geopfert



SEID UMSCHLUNGEN, MILLIONEN!

Das kann, je nach Sinndeutung, auch schön materiell klingen. Ja, ich weiß, Schiller hätte sich diese Ausdeutung seiner „Ode an die Freude“ verbeten. Aber aus der Luft gegriffen sind diese Töne wahrlich nicht. Denn wie klang es in der Novembersitzung 2007 des Stadtrates: „Nach Diskussionen im Betriebsausschuss Kultur wurde in den vergangenen Jahren Einvernehmen darüber erzielt, die Preise für das Bachsche Weihnachtsoratorium, die Passion sowie Beethovens 9. Sinfonie, der Nachfrage des Marktes anzupassen.“ Das heißt doch wohl ins Gewandhaus-Sächsisch übertragen: Je mehr rein möchten, umso unbezahlbarer wird die Musik fürs kleine Portmonee. Ich war doch sehr verstimmt, wie rasch und ohne entsprechende Begleitmusik diesem Beschlussvorschlag, eingereicht vom zuständigen Dezernat Kultur, mittels Stimmkarte applaudiert wurde. Wenn ich es richtig überblickte, gab es nur drei Enthaltungen, davon zwei LINKE.

Man kann mir jetzt lautstark entgegentönen: Es gibt doch auch den neuen und wichtigen Schritt zur starken Ermäßigung für Kinder und Jugendliche bis 14 Jahre bei den Familienkonzerten. Mag sein. Trotzdem bin ich verstimmt, dass gerade in Leipzig künftig das Silvesterkonzert unbezahlbar für Normalverdiener wird und sie nur noch – dank mdr – in die Röhre gucken können oder auf den schicken Flachbildschirm.

• M. Z.

Wer heute die Silvesterkonzerte des Gewandhausorchesters mit Ludwig van Beethovens Neunter Sinfonie besucht, fragt kaum noch nach, warum und seit wann dieses einzigartige Werk zum Jahresende erklingt. Nicht mehr viele Konzertbesucher wissen, dass die außergewöhnliche Situation am Ende des Jahres 1918 zur Wahl dieses Tages führte. Von 1862 bis 1944 erklang die Sinfonie alljährlich am Ende einer Gewandhaus-Saison für die zum größten Teil dem wohlhabenden Bürgertum angehörenden

Anrechtsinhaber. Nach dem Ende des verlorenen Ersten Weltkrieges herrschte trotz aller materiellen und auch seelischen Not eine Aufbruchstimmung in der Arbeiterbewegung. Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichte im Feuilleton davon beflügelte Artikel und Verse. Der Kunst wurde große Bedeutung zugemessen. Rudolf Franz, Feuilletonredakteur und Autor der „Leipziger Volkszeitung“, hatte den Gedanken, für die Arbeiter eine würdige (nicht mit Alkohol endende) Silvesterfeier mit Beethovens „Neunter“ zu gestalten. Selbst im Leipziger Arbeiter-Bildungs-Institut aktiv, gewann er dessen Leiter Barnet Licht für diese Idee. Und beide fanden im Gewandhauskapellmeister Arthur Nikisch den entscheidenden Partner für die Gestaltung einer „Friedens- und Freiheits-Feier in der Silvesternacht 1918“.

Nikisch, der in den Jahren seit 1915 bereits Hauptproben zu den Gewandhauskonzerten für das Arbeiter-Bildungs-Institut dirigierte, erreichte die Zustimmung der für die Gewandhauskonzerte zuständigen (privaten) Konzertdirektion. Als Veranstaltungsort wurde die Alberthalle im einstigen Krystallpalast unweit des Hauptbahnhofes gewählt. Der Beginn des Konzertes wurde so angesetzt, dass zum Jahreswechsel Schlag 12 der Finalsatz mit Friedrich Schillers „Ode an die Freude“ begann. Besucher dieses Konzertes, die ich noch persönlich sprach, erzählten begeistert von diesem Konzert und der einzigartigen Atmosphäre.

Fortan veranstaltete das Arbeiter-Bildungs-Institut mit dem Gewandhausorchester bis 1932 alljährlich Silvesterkonzerte mit unterschiedlichen Programmen, zu denen meist eine Beethoven-Sinfonie gehörte. Arbeiter hatten die Möglichkeit erhalten, Konzerte mit dem Gewandhausorchester zu erleben; denn die üblichen Gewandhauskonzerte blieben weiterhin eine Sache der Anrechtsinhaber aus dem Bürgertum. Auch Arthur Nikischs Nachfolger Wilhelm Furtwängler und Bruno Walter waren ohne Zögern bereit, diese 1933 von den braunen Machthabern abgeschafften Konzerte zu dirigieren.



Das Gewandhausorchester mit Arthur Nikisch

Foto:LN Archiv



Porträtstudie Arthur Nikisch

Foto:Sammlung Zock



Porträtstudie Bruno Walter

Foto:Sammlung Zock

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges besannen sich die neuen, für die Kultur Verantwortlichen der Stadt Leipzig dieser Silvestertradition. Zum gleichen Zeitpunkt wie 1918 fand ein Konzert mit der „Neunten“ im damals einzigen noch erhaltenen größeren Saal im Filmtheater „Capitol“ in der Petersstraße statt. Fortan erklang die „Neunte“ nun alljährlich zu Silvester, aber am späten Nachmittag; denn ein Teil der Gewandhausmusiker musste anschließend schnell nach „Dreilinden“, um noch in der abendlichen Operaufführung zu spielen. Doch sprach auch die Stimmung der Konzertbesucher nicht für den alten mitternächtlichen Termin.

Mit der nunmehrigen „Tradition“ verbanden sich Gewohnheiten der Besucher. Die „Neunte“ gehörte für sie zum Silvesterritual. Die große Nachfrage führte zu Wiederholungen am Neujahrsvormittag. Weil das aber für nicht Wenige, die Silvester auf pure feucht-fröhliche Weise feiern, zu un bequem war, wurden schließlich der 30. und dann auch noch der 29. Dezember für weitere Aufführungen des Werkes gewählt. Keine Frage: Für die Dirigenten und das Orchester bleibt jede Aufführung eine Herausforderung, die sie stets mit großem Einsatz bewältigen.

Um die ursprüngliche Idee wieder ins Bewusstsein zu rücken, gestaltete Kurt Masur die Aufführungen 1978 zur Erinnerung an die Friedens- und Freiheitsfeier von 1918 in einer Messehalle. Er ließ noch ehemalige Besucher der Aufführung von 1918 ausfindig machen und lud sie als Ehrengäste ein. Zum Durchbrechen von Gewohnheiten setzte Kurt Masur 1984 die am 30. Dezember 1884 unter Arthur Nikisch als damaligen Operndirigenten im Opernhaus uraufgeführte siebente Sinfonie von Anton Bruckner aufs Programm der drei Konzerte zum Jahresende. Das stieß bei den Oberen Leipzigs und auch bei „traditionellen“ Konzertbesuchern nicht auf Sympathien und zum Wunsch, doch wenigstens am 31. die „Neunte“ zu spielen, wahrlich etwas naiv gedacht, als ob das ohne Probe zu machen wäre.

Inzwischen gibt es andere Probleme. Die „Neunte“ wird jetzt wieder zu einer Angelegenheit für gut Betuchte mit stolzen Preisen von 76, 63 und 51 Euro – am Silvestertag, 64, 51 und 39 Euro – am 30. und auch noch nicht gerade geringen 51, 41 und 32 Euro – am 29. Dezember. Für jene, die sich das leisten können, gehört es wieder zum guten Ton sich in Seklaune und neuer Robe gezeigt zu haben. Von der Idee des Jahres 1918 ist nichts mehr übrig geblieben.

• WERNER WOLF

ZITIERT Danke für 60 001 x nichts

Die Allianz-Versicherung hat im Juli 2007 an die CSU 60 001 Euro gespendet, an die CDU 60 001 Euro gespendet, an die 60 001 Euro gespendet und man höre und staune – an die Grünen 60 001 Euro

gespendet. Herr Westertelle, was sie falsch gemacht haben, weiß ich nicht. Sie haben nur 50 001 Euro bekommen. Die Strafe von 10 000 Euro habe ich nicht verstanden. Meine Partei hat gar nichts

bekommen ... Ich bin froh, dass es noch eine nicht von der Allianz gesponserte Partei im Deutschen Bundestag gibt.

GREGOR GYSI,
Bundestag,
28. November

Zitiert aus der ersten Jahresendausgabe von LN (1993)

„Vorweihnachtszeit auf dem Hauptbahnhof“ von Hans Singer

Wenn ich diesem Jahrzehnt ein Symbol zur Seite stellen sollte, würde ich mich für den Koffer entscheiden. „Reisende“, heißt es „soll man nicht aufhalten.“ So schaute ich ihnen von fern zu. Und bald lernte ich unterscheiden zwischen denen, die verreisen wollen, und jenen, die Reisende an den Zug bringen. Und schließlich sah ich solche, die nicht die Absicht hatten zu verreisen, die niemals fortwollen und die doch „abgemeldet“ sind. Angehörige des Bundesgrenzschutzes, die mir erlaubten, eine Schicht mit ihnen zu absolvieren, machen mich darauf aufmerksam, dass die zahnlose Alte mit ihren strähnigen schwarzen Haaren etwas zu Essen eingekauft hat.(...) Büchsenbier und billiger Fusel.(...) Die MITROPA-Hallen sind beide geschlossen, niemand weiß, wie sich die Zukunft zeigen wird ...

Leipziger Kulturkreuze



Kulturvereine und Künstler sind in Leipzig arm dran. Viele wichtige Projekte können nicht mehr stattfinden und mussten 2007 aufgeben. Im Dezember gab es vor dem Plenarsaal des Neuen Rathauses den ersten Kulturfriedhof Leipzigs mit sieben Kreuzen zu sehen. Mit dieser Aktion macht die Freie Szene der Stadt in Trauer auf sich aufmerksam. Ihre Forderung: Fünf Prozent des Kulturetats. Foto: Eiltzer

Erstaunliche Auslassungen

Zur im Januar beginnenden Diskussion über den Leipziger Haushaltsentwurf

Alle Jahre wieder wird der städtische Haushaltsplan für das kommende Jahr in den Stadtrat eingebracht. Traditionell ist das die Stunde der Finanzbürgermeister, die in dieser Ratsversammlung Gelegenheit haben, ihre Sicht zu erläutern.

Das tat die Leipziger Kämmerin Bettina Kudla bereits am 14. November 2007.

LN bat die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Stadtrat Dr. Ilse Lauter um erste Koordinaten für die Anfang 2008 beginnende Debatte im Stadtparlament.

Bekanntlich bestehen die steuerlichen Haupteinnahmequellen einer Gemeinde vor allem aus der Gewerbesteuer. Dazu schenkte uns die Große Koalition eine Gewerbesteuerreform. Die Unternehmen sollen durch sie insgesamt um etwas zwei Milliarden Euro entlastet werden. Davon profitieren die großen Gesellschaften, die kleinen allerdings werden eher belastet.

Das stellt die Kämmerin auch so dar und folgert messerscharf für die kommunalen Finanzen: „Entlastung von Unternehmen ist jeweils mit Belastung der Kommunen verbunden.“

Da kann man ihr nur zustimmen. Denn die ohnehin schon schwierige Finanzsituation Leipzigs wird durch eine solche Entwicklung weiterhin erheblich erschwert.

Nun müsste man ja im Interesse der Stadt Leipzig und der heimischen Wirtschaft vom Bund fordern, diese Gewerbesteuerreform wieder zurückzudrehen, die dem Steueraufkommen der Stadt entgegenwirkt sowie die kleineren Unternehmen belastet. Doch das tut die Kämmerin nicht. Auf der Ausgabenseite stehen – neben den Personalkosten – die gesetzlichen Pflichtaufgaben einer Kommune im Vordergrund. Dazu zählen Ausgaben im Sozialbereich, für Schulen und Kitas, für Umwelt-, Ordnungs- und Brandschutz. Gerade bei Hartz IV stellt Frau Kudla völlig zu

Recht das Problem dar, „dass wir aufgrund der gesetzlichen Regelungen Geld ausgeben müssen, das wir gar nicht haben“.

Auch hier ist wieder der Bund Verursacher, indem er zum Beispiel seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft mit der Begründung absenken will, die Zahl der Bedarfsgemeinschaften sinke. Das stimmt, wenn in Leipzig auch nur in geringem Maß. Doch dafür steigen die Unterkunftskosten, und das wird vom Bund nicht mitfinanziert. In Leipzig – rechnet die Kämmerin vor – sind das 21 Euro pro Bedarfsgemeinschaft und Monat zusätzlich, insgesamt etwa 11,6 Mio. Euro. Ursachen sind die gestiegenen Mietnebenkosten und – man staune – „der anziehende Wohnungsmarkt“.

Was im Umkehrschluss heißt, dass die Kommune erst preiswerten Wohnraum in Größenordnungen abreißen ließ – wie in Grünau – um dann höhere Mietzuschüsse zu bezahlen.

Noch viel wäre über die verschiedenen Ausgabeposten zu schreiben. Mehr noch über die erstaunlichen Auslassungen der Bürgermeisterin zu kommunalen Unternehmen, deren Wirtschaftlichkeit sie anzweifelt.

Doch will ich der Haushaltdebatte nicht vorgreifen, die im Februar 2008 ihren Abschluss finden soll.

Fest steht jedenfalls eins: Wenn auf der einen Seite die Einnahmen zurückgehen, auf der anderen Seite die Ausgaben steigen, gerät jeder Haushalt ins Schleudern. Daran ändern auch Einmalverkäufe von kommunalem Eigentum nichts. Doch ist der Verkaufserlös der Stadtwerke schon in den Haushaltplan eingegangen. Es wäre gut, wenn die Leipziger Bürger der Rathauspitze am 27. Januar 2008 deutlich ihre Meinung dazu mitteilen.

Stattdessen müssen die Fehlentwicklungen im Bund gestoppt werden, hier muss eine Gemeindefinanzreform, die diesen Namen auch wirklich verdient. Erst dann können die Kommunen gesunden.

Leipziger Stadtratssplitter

„Unverständnis“ und „Gelbe Karte“

Auf Antrag Bündnis 90/Grüne sprach der Stadtrat dem Oberbürgermeister und dem Kulturbürgermeister erneut „Unverständnis“ über die Informationspolitik im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen und der Beurlaubung des Opernintendanten Maier aus. Stadtrat Leutze zeigte dem OBM eine „Gelbe Karte“.

Festival und Jubiläen non stop?

Ein Kuratorium und ein Fachbeirat bereiten das „Richard-Wagner-Jahr 2013“ vor. Auf Antrag des Kulturausschusses beschloss der Stadtrat, dass bis 2013 nicht nur das Völkerschlachtdenkmal, sondern auch das gesamte Umfeld neu gestaltet werden, ohne dass Fördermittel des Bundes und städtische Gelder gesichert sind. Die Völkerschlacht liegt dann 200 Jahre zurück und das Denkmal wird 100. Gefeiert werden könnte im Jahre 2012 das 800-jährige Jubiläumbegehrt des Thomanerchores. Er ist die älteste städtische Kulturinstitution

Plädoyer für gemeinsames Lernen!

Der Stadtrat beschloss die Bildung einer Gemeinschaftsschule Thekla-Portitz-Plaußig, die allen Schülern ein gemeinsames Lernen bis Klassenstufe 8 ermöglicht. Die SPD möchte weitere Gemeinschaftsschulen für Leipzig. Schon 1990 eine Forderung der damaligen PDS.

Hubschrauberlandeplatz in Friedhofsnähe?

Auf dem Gelände des Diakonissenhauses und des Friedhofes in Lindenau wird ein Landeplatz für Rettungshubschrauber gebaut. Er ist unverzichtbar, um Schwererkrankte schnell zu betreuen. Das betrifft auch Notärzte auf Rettungshubschraubern, die Patienten in akuter Lebensgefahr in Krankentransportern nach Erstversorgung in das Diakonissenkrankenhaus begleiten.

Widersprüchliches im Advent?

Unverständnis drückten Stadträte über das Urteil des Sächsischen Oberverwaltungsgerichtes aus. Auf kirchlichen Eilantrag unterbindet es in Leipzig das Einkaufen am 3. und 4. Advent. Handelseinrichtungen im Umland, in Dresden oder Chemnitz sind geöffnet. Für die Kiche ist jedoch die Öffnung des Souvenirshops an der Thomaskirche an allen Sonntagen selbstverständlich.

DAS LETZTE (nach Redaktionsschluss)

Die Leipziger Arge bittet Bundeswehr-Rekrutierer in ihre Räume. Das Ziel: Junge Arbeitslose sollen sich für mindestens vier Jahre verpflichten in der Armee zu dienen. Nach Auskunft der Bundeswehr werde die Bereitschaft zu Auslandseinsätzen vorausgesetzt. Bei der ARGE heißt es: der Job beim Bund werde als normale Wiedereingliederungshilfe gewertet. Man kann es auch anders sagen: Statistik wird durch Kriegseinsätze junger Arbeitsloser geschönt.

Samowar 101 von Wladimir Putin persönlich

Vor etlichen Wochen empfing der Generalkonsul der russischen Föderation in Leipzig, Gennadi P. Golub eine Gruppe aktiver Veteranen der ehemaligen Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische



Freundschaft zu einem Kontaktgespräch (LN berichtete), wobei letztere unter anderem ein Grußschreiben und ein Buchgeschenk von Anton Groß „Rusland lädt zum Tee“ an Präsident Putin überreichten. Kürzlich gab es nun eine besonders erfreuliche Fortsetzung: Anton Groß erhielt einen Anruf vom Konsul: „Anton, wir müssen uns treffen. Herr Putin hat einen Brief an euch geschickt.“ Einen Tag später ein erneuter Anruf, das Treffen müsse noch um einen Tag verschoben werden, es sei noch eine Überraschung per Flugzeug unterwegs. – Und die war dann beim Treffen perfekt. Herr Golub präsentierte den vier anwesenden Leipziger Veteranen neben dem Grußschreiben (siehe Faksimile) eine großes Paket. Heraus

schälte sich im Edelh Holzgehäuse ein vergoldeter, historischer Samowar aus dem berühmten Tulaer Werk. Auf dem Kessel des Teewasserkochers eingraviert zehn internationale erungene Medaillen. Es versteht sich die Freude, die dieses Exponat auslöste, „Museumsdirektor“ Anton Groß rief begeistert aus: „Das ist eine großartige Nummer 101 in meiner Sammlung.“ Mittlerweile hat der Samowar von Wladimir Putin an erneuten „Gesprächen am Samowar“ mit Anton Groß einiges Aufsehen erregt. Gefestigt hat sich inzwischen auch der Wunsch und das Bestreben, in der Region Leipzig eine neue Freundschaftsgesellschaft mit Russland ins Leben zu rufen.

• BRUNO SCHWEITZER



DER PRÄSIDENT der Russischen Föderation Moskau, Kreml

An die Veteranen der Bezirksorganisation der ehemaligen „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“, Leipzig

Liebe Freunde,

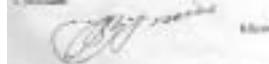
ich danke Ihnen für das Buch „Der Samowar lädt zum Tee“ von Anton Groß sowie für die Einladung zu einem Besuch nach Leipzig – in eine Stadt, mit der mich viele innige Erinnerungen verbinden.

In unserem Land wissen wir das und bedeuten Engagement der „Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft“, die zur Entwicklung der Beziehungen und Verbesserung der Verständigung zwischen unseren Völkern beigetragen hat, hoch zu schätzen und denken daran mit Dankbarkeit zurück.

Optimistisch in die Zukunft der bilateralen Partnerschaft blickend, möchte ich meine Zuversicht zum Ausdruck bringen, dass die von Ihnen eingeleitete Arbeit erfolgreich fortgesetzt wird und die und vielseitigen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland von Jahr zu Jahr gefestigt werden.

Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche ich gute Gesundheit, viele weitere Lebensjahre und Wohlergehen, neue Begegnungen am russischen Samowar.

Mit freundlichen Grüßen



Tunnelkosten explodieren

Wenn eine Staatsregierung nicht mit Geld umgehen kann

Wenn man den Meldungen dieser Tage glauben darf, wird das Leipziger Millionengrab namens City-Tunnel um 133 Millionen Euro teurer als ursprünglich vorgesehen. Damit kostet das Lieblingsprojekt unseres Verkehrsministers und ehemaligen Oberbürgermeisters voraussichtlich 705 Millionen Euro. Diese gigantische Zahl vermeldet inzwischen auch das Wirtschaftsministerium in Dresden.

Leipzig, das sich mit 7,1 Millionen Euro am Projekt beteiligt, erklärt, dass die Stadt kein zusätzliches Geld aufbringen kann.

Leipzigs Baubürgermeister Martin zur Nedden sagte, die Stadt habe ihren Beitrag mit der Bereitstellung von Grundstücken und Planungsleistungen erbracht, mehr sei nicht drin.

Wirtschaftsstaatssekretär Manghold unkte: Nach jüngsten Prognosen sei mit einer weiteren Steigerung von 60 Millionen Euro zu rechnen. Als Gründe werden gestiegene Stahl- und Energiekosten sowie erhöhte Sicherungsmaßnahmen angeführt.

Der Geschäftsführer der Steuerungsfirma DEGES, Dirk Brandenburger, verwies auf inzwischen 19 Änderungen am Planfeststellungsbeschluss und 400 Nachträge von beauftragten Baufirmen. Nebulös bleibt das Problem,

wer denn nun die Mehrkosten tatsächlich tragen werde.

Scharfe Worte finden die Abgeordneten der LINKEN im Sächsischen Landtag: „Das Drama um die Kostenexplosion offenbart nach dem Finanzdesaster rund um den Notverkauf der Sächsischen Landesbank einmal mehr die bittere Wahrheit, dass die Staatsregierung nicht mit Geld umgehen kann.“ Vor anderthalb Jahren noch löste Wirtschaftsminister Jurk staatsanwaltliche Ermittlungen gegen vermeintliche Informationsquellen zur Verteuerung dieses umstrittenen Mammutprojektes aus. Der Minister war damals nur peinlich berührt, hatte er doch im Februar 2006 auf die Kleine Anfrage von Dietmar Pellmann behauptet, dass der Kostenrahmen eingehalten werde.

Zu erinnern ist, dass neben den inzwischen Illusion gewordenen Geldprophezeiungen nicht, wie ursprünglich geplant, 2009 sondern 2012 die ersten Züge fahren werden. Weiterhin umstritten bleiben künftige S-Bahn-Routen. Fest steht jetzt lediglich: Der Freistaat wird wieder einmal sehr tief in die Taschen der Bürger greifen, die schließlich letzten Endes zur Kasse gebeten werden.

• JO

Auslöschung eines Jahrzehnts Leipziger Architektur



Die seit Ende der 1960er Jahre prägenden Zehngeschosser an der Nordseite des berühmten Leipziger Brühl haben im 21. Jahrhundert keine Überlebenschance. Nach Universität und Messehaus am Markt wurden 2007 weitere prägende Bauten eines Jahrzehnts aus dem Stadtbild für angeblich neue Jahrhundertprojekte plattgemacht.

Fotos: Märker

Diskutiert : Wir waren keine „Kinder in Uniform“

IN DER LN 21/07 VOM 19.OKTOBER 2007 las ich den Beitrag von Petra Radtke unter der Überschrift „Kinder in Uniform“ und wurde auf das Vorhaben des Leipziger Schulmuseums aufmerksam: „Großeltern in der HJ – Eltern in der Pionierorganisation – Kinder in Uniform“. Ernsthaftes Forschen darf sich nicht an Äußerlichkeiten – an Bekleidung – orientieren.

Ich gehöre zum Jahrgang 1935, wurde 1941 in die 51. Volksschule, Leipzig-Kleinzschocher, Gießerstraße, eingeschult. Vor mir liegt unser erstes Klassenbild, darauf ist keine Uniform zu erkennen. An der hinteren Wandtafel sind sauber Äpfel, Birnen und Pflaumen vom Lehrer aufgemalt. Ein friedliches Bild-auffällig nur: in der ersten Reihe sitzen einige Jungen, fremdartig aussehend, ernst...Das waren Kinder aus Besarabien, die man heim ins Reich geholt hatte-Kinder im Krieg... Einige Fotos habe ich auch auf denen ich mit Uniformstücken abgebildet bin, mal in einer Matrosenbluse, mal mit Feldmütze meines Vaters. Uniformen an der Schule (Volksschule) waren bei den Schülern im Pimpfenalter selten, bei Lehrern hatten wir sie jedoch schon mal gesehen. Kindheitserinnerungen damals noch neunjährig- waren mit dem Krieg verbunden- der Vater Soldat, daheim Fliegeralarm mit Nachtstunden im Luftschutzraum, die 51.Volksschule wurde Lazarett, also Wechsel in die 50., später an die 52. Hier wurden wir Jungen von HJ-Führern „gemustert“ und da waren die Treffs vor den Mauern der Taborkirche und anschließend Exerzieren auf dem Schulhof.

Erinnerungen an diese Zeit- wo sind da Ansatzpunkte für ein HJ-orientiertes Leben. Danach war unser Sinnen nicht gerichtet. Wir wohnten in der Bahnhofstraße, die Zufahrt zur Ladestraße des Plagwitzer Rangierbahnhofes- aus dem Mansardenfenster des „Vogelbauers“ – so wurde unser Haus genannt- hatten wir einen guten Ein- und Überblick über diese Gelände... auch beim Einmarsch der Amis über die Antonienstraße zum Adler.

Meinen Schulabschluss erlebte ich 1949. Unser Pionierleiter organisierte mit einigen anderen Jugendfreunden bei Tittel und Krüger (später Buntgarnwerke) eine Schulabschlussfeier. Zwei Erinnerungsstücke an jene Zeit waren die Festschrift zum Goethejahr und eine Porträtpostkarte zum Max-Reimann-Aufgebot. In der britischen

Besatzungszone hatte man diesen Antifaschisten und energischen Gegner der Remilitarisierung eingekerkert. Für uns unverständlich und empörend. Das war vier Jahre nach Kriegschluss und lag noch vor den Gründungen zuerst der BRD und später der DDR. Da waren einheitliche Kleidungen („Uniformen“) weder bei den Jungen Pionieren noch bei der FDJ verbreitet und als solche aufkamen, waren die Welten in West und Ost schon unterschiedlich gegensätzlich. Die Generationen wachsen nun einmal in die unterschiedlichen Perioden hinüber, mischen sich mit den jüngeren und somit sind stets aufs Neue Denken und Fühlen herausgefordert. In der ehemaligen BRD, insbesondere unter Adenauer und seiner Partei wurde das rigoros geklärt. KPD und demokratische Organisationen darunter auch die FDJ und die Jungen Pioniere sowie die Initiative „Frohe Ferientage für alle Kinder“ wurden verboten. Dass im Kalten Krieg auch unsererseits nach Geschlossenheit gestrebt wurde ist unbestreitbar, auch durch das äußere Erscheinungsbild in Pionier- und FDJ-Kleidung. Formalismus hat die Wirkung unserer Bemühungen beeinträchtigt und unattraktiv werden lassen. Das Pionierleben war jedoch über die Gruppenachmittage – meist unter Leitung dafür mehr oder weniger engagierter Klassenleiterweitaus reichhaltiger. Dazu kamen vielfältige Möglichkeiten in Kultur z.B. Galerie der Freundschaft, Solidaritätsaktionen für Vietnam, für Kuba, für Angela Davis u.v.m. , Messe der Meister von Morgen, die Pionierspartakiaden als Vorläufer der Kinder- und Jugendspartakiaden, Pionier- und Betriebsferienlager, Freundschaftszüge u.a., Altstoffsammlungen. All diesen Aktivitäten waren Gemeinschaftsgeist, Achtung des Menschen, Solidarität, Förderung von Leistungsbereitschaft, Achtung der Arbeit eigen. Die Initiatoren der Ausstellung sollten nicht solche Fehler machen, wie sie uns aus Unwissenheit und Einseitigkeiten der Geschichtsauslegung unterlaufen sind und die dem Antikommunismus Nahrung gaben – aber innere Gemeinsamkeiten zwischen Kinder- und Jugenderziehung im faschistischen Deutschland und der der DDR gab es nicht.

SOWEIT GEDANKEN UNSERES LESERS
WERNER TEICHMANN
WIR DISKUTIEREN WEITER...

Der Sächsische Landtag beschloss, gegen den MfS-belasteten Abgeordneten Dr. Volker Külöw (LINKE) vor dem Leipziger Landesverfassungsgericht Anklage zur Mandatsaberkennung zu erheben. Für diese Klage stimmten am 13. Dezember 86 von 121 anwesenden Parlamentariern. Die LINKE bezeichnete das Verfahren als verfassungswidrig. Die Klageschrift musste laut Landesverfassung bereits am folgenden Montag bei Gericht eingehen, damit die Einjahresfrist (seit Eingang der Akten der Stasi-Unterlagenbehörde im Landtag) eingehalten wird.

LN dokumentiert die Rede VOLKER KÜLOW'S während besagter Sitzung:

Versucht man die seit Februar 2007 laufende Vorbereitung der Erhebung der Abgeordnetenanklage gegen mich auf den Begriff zu bringen, trifft wohl ein bekannter Spontispruch der 68er am besten zu, der einst mit subversivem Sprachwitz verkündete: „Du hast keine Chance, nutze sie!“ Auch wenn jetzt einige Vorredner mit zum Teil sehr salbungsvollen Worten erklärt haben, dass die Frage der Erhebung der Abgeordnetenanklage angeblich nach vorn offen gewesen sei: schon durch die wichtige Präsentation meiner Akten aus der Birthlerbehörde in den sächsischen Zeitungen, lange bevor ich sie zu Gesicht bekam, war das heutige Urteil vorgezeichnet. Ich beklage das nicht, denn ich bin kein Freund von Larmoyanz. Außerdem gönne ich Journalisten zunächst erst mal jede Enthüllung. Aber für die Selbstbeweihräucherung des Bewertungs- und Geschäftsordnungs- und Immunitätsausschusses, muss ich nicht noch Wasser auf die Mühlen gießen, denn die Arbeitsweise beider Ausschüsse war von Anfang an von parteipolitischer Voreinge-

Landtag beschloss Anklage gegen Volker Külöw zur Mandatsaberkennung

„Bekenne mich zu meiner Biografie“

nommenheit und zum Teil sogar regelrechter Verachtung gegen meine Person geprägt.

Diese Behauptungen wären durch viele Beweise belegbar, ich will es bei einem sehr gewichtigen und von jedem hier im Saal nachvollziehbarem Vorwurf an dieser Stelle belassen. Seit dem 27. Februar 2007 haben die beiden Ausschüsse zusammen sicher ein Dutzend Mal getagt, mir wurden in einer geschätzten Gesamtsitzungszeit von mehr als 30 Stunden gewiss weit mehr als einhundert Fragen gestellt; nicht eine einzige Frage befasste sich allerdings mit meiner konkreten politischen, wissenschaftlichen oder journalistischen Tätigkeit nach 1990. Das vom Landesverfassungsgericht als so genannte „Nachbewährung“ bezeichnete Wirken in der FDGO (freiheitlich-demokratische Grundordnung, so die Langform dieses schönen Kürzels – LN) interessierte von der Ausschussmehrheit niemanden, es war schlichtweg nicht existent. Ich habe immer kritisiert und tue es auch heute, dass meine mittlerweile 30jährige politische Biografie im Sächsischen Landtag stets auf die 18monatige Zusammenarbeit mit der Stasi reduziert wurde, die mittlerweile fast 20 Jahre zurückliegt.

Diese Perspektive kann im Grunde auch nicht verwundern, hatte doch die Hubertus-Knabe-Fraktion sowohl im Bewertungs- als auch im GOI-Ausschuss mehrheitlich das Sagen. Die Mehrheit der Mitglieder beider Gremien verfügte offenkundig nur über ein Grundmuster ihrer Erkenntnisfähigkeit. Mit der Gleichförmigkeit einer tibetanischen Gebetsmühle hieß

es immer wieder nur: wo Külöw drauf steht, muss auch MfS drin sein – oder wie ich dieses eindimensionale Weltbild in meiner Stellungnahme metaphorisch und mit leichter Ironie beschrieb „Die Erde ist eine Statische Scheibe“. Jeder Entlastungszeuge, jedes Beweismittel wie beispielsweise der über mich gedrehte Film aus der Wendezeit, wurde in ein vermeintliches Belastungsindizes gegen mich umfunktioniert. Dieses eindeutig parteipolitisch intendierte Vorgehen war und ist auf ein Ziel ausgerichtet: mir die persönliche Integrität für die Innehabung eines Landtagsmandats abzusprenken. Dafür schreckte man in den Ausschusssitzungen auch nicht vor rüden Attacken gegen mich zurück. Für einen dieser Angriffe bin ich allerdings bis heute sehr dankbar, denn in nur einem einzigen Wort enthüllte sich das Geheimnis der ganzen Arbeit beider Ausschüsse. Ich will die Gelegenheit nutzen, mich öffentlich bei Herrn Lehmann von der CDU, denn um keinen Geringeren handelt es sich, an dieser Stelle zu danken. Mit seinem auf meine komplette moralische Vernichtung ausgerichteten Diktum vom 1. Oktober, dass ich angeblich eine „Judaspersönlichkeitsstruktur“ habe, war alles gesagt.

Die Unerbittlichkeit der Ausschussmehrheit gegenüber meiner Person hat natürlich nicht nur mit meiner Biografie zu tun, sondern auch und gerade mit dem hier im Hause gepflegten Umgang mit der DDR-Geschichte. Insofern wurde wieder einmal leichtfertig eine Chance vertan, in der DDR-Geschichtsaufarbeitung einen Schritt in Richtung Differenzierung weiter zu kommen, es reichte nicht mal



für einen Millimeter Bewegung. Eigentlich ist die DDR längst tot, aber sie wird in diesem Haus zumeist wie ein politischer Zombi betrachtet, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit erneut getötet werden muss. Insofern habe ich keinerlei Illusionen über die bevorstehende Abstimmung und sehe mit großem Vertrauen in den Rechtsstaat der Auseinandersetzung vor dem Landesverfassungsgericht in Leipzig entgegen.

Ich will am Schluss meines Beitrages die Gelegenheit nutzen, mich bei all denjenigen zu bedanken, die mich in den letzten Monaten mit ihrem moralischem Zuspruch ermutigten und unterstützten, diese für mich sehr schwierige Lebensphase halbwegs unbeschadet durchzustehen: meine Familie, meine Freunde und die Mitglieder meiner Fraktion, insbesondere diejenigen aus dem Bewertungs-, Geschäftsordnungs- und Immunitätsausschuss. Und an die Mehrheit hier in diesem Hause adressiere ich nur noch einen Gedanken. Sie werden mir heute etwas absprechen, das sie mir nicht wirklich wegnehmen können. Das persönliche Bekenntnis zu meiner gesamten politischen Biografie in der ihr eigenen Widersprüchlichkeit. Mit diesem Bekenntnis war und bin ich wählbar und werde es nach meiner festen Überzeugung auch künftig sein.

Koalition dreht beim Jugendstrafvollzug durch

Ziel eines modernen Jugendstrafvollzugs soll die Befähigung des Strafgefangenen zu einem künftigen Leben ohne Straffälligkeit und in sozialer Verantwortung sein – so will es auch der 105 Seiten umfassende Entwurf des Jugendstrafvollzugs- und Fördergesetzes, den die Linksfraktion bereits Anfang Mai vorgelegt hatte. Was die Koalition nun ihrem eigenen Nachzügler-Gesetzesentwurf angetan hat, fällt dagegen in die Rubrik „Durchgedreht“: Vollzugsziele sind nun die „Ehrfurcht vor allem Lebendigen“, „Frieden“, „Erhaltung der Umwelt“, „Heimatliebe“ und „Erziehung „zu sittlichem und politischem Verantwortungsbewusstsein“.

Damit ist der Strafvollzug nicht nur überfordert, ein solcher Maßstab ist in diesem Zusammenhang weltfremd. Es reicht eben nicht, nur die pathetisch formulierten allgemeinen Erziehungsziele für Kinder im Artikel 101 der Sächsischen Verfassung abzuschreiben und heranwachsenden Straftätern aufzuerlegen. Statt sich in die lichten Höhen moralischer Bekenntnisse zu flüchten, sollte sich die Koalition lieber in den Niederungen des Alltags von straffällig gewordenen Jugendlichen abarbeiten, die nicht nur eine Resozialisierung brauchen, sondern auch soziale Perspektive, vor allem dann, wenn sie sich auf keine Familie stützen können.

Wer künftig Vollzugslockerungen oder -verschärfungen vom Grad der „Heimatliebe“ oder anderen Formen edler Gesinnung abhängig machen will, hat sich aus der Lebenswirklichkeit straffällig gewordener Jugendlichen verabschiedet. Ich fordere die Koalition auf, zur Realität zurückzukehren – der beste Weg dahin ist die Annahme des Gesetzesentwurfs der Linksfraktion.

• KLAUS BARTL

28. November

Leipzig: Im Leipziger Zoo haben mit dem ersten Spatenstich die Bauarbeiten für die neue Tropenhalle „Gondwanaland“ begonnen. Insgesamt 40 Tierarten sollen in „Gondwanaland“ angesiedelt werden, darunter Riesenotter und Tapire.

29. November

Dresden: Die Polizei hat in Bayern ein seit langem vermisstes Gemälde der Dresdner Kunstsammlungen beschlagnahmt. Wie der Verwaltungsdirektor der Sammlungen Burghardt, mitteilte, handelt es sich um das Rundbild „Vor der Dorfschänke“ von Jan Brueghel aus dem Jahr 1641. Es sei im Katalog eines Münchner Auktionshauses aufgetaucht.

30. November

Dresden: Die großen Städte in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wollen künftig enger zusammenarbeiten. Vertreter von 16 Städten unterzeichneten dazu in Jena eine entsprechende Erklärung. Die Städte wollen unter anderem gemeinsam auf internationalen Messen auftreten.

1. Dezember

Dresden: Sachsens Grüne sind in Dresden

SACHSEN-CHRONIK

(28. November bis 15. Dezember)

zu einem Klima-Kongress zusammengekommen. Fraktionschefin Hermenau lehnte zum Auftakt der Veranstaltung erneut eine weitere Nutzung der Braunkohle ab.

3. Dezember

Freiberg: Im Erzgebirge dürfen zwei weitere Zinnvorkommen erkundet werden. Das sächsische Oberbergamt genehmigte der Deutschen Rohstoff AG die Untersuchung eines 10,5 qkm großen Feldes um den Breitenbrunner Ortsteil Anthonsthal im Landkreis Aue-Schwarzenberg. Die kanadische Tingo Exploration Inc. darf ein 68 qkm großes Feld um Altenberg im Weißeritzkreis erkunden. Beide Genehmigungen gelten bis 2012, erlauben aber keine Förderung von Rohstoffen.

6. Dezember

Leipzig: Nach dem Verkauf der Sächsischen Landesbank sollen am Hauptsitz in

Leipzig offenbar doch Arbeitsplätze gestrichen werden. Das schreibt die „Frankfurter Rundschau“ und beruft sich auf ver.di.

9. Dezember

Leipzig: In Leipzig haben am Samstagabend rund 50 Vermummte die Weihnachtsfeier einer Fanggruppe des FC Sachsen Leipzig überfallen. Dabei wurden nach Angaben der Polizei mehrere Personen verletzt. Die Täter schlugen im Vereinslokal des FC mit Baseballschlägern um sich. Außerdem hätten sie Nebelkerzen gezündet sowie Schreckschusspistolen und Leuchtpurmunition abgefeuert. Möbel und Scheiben wurden zerstört und 600 Euro aus der Kasse gestohlen. Die Polizei ermittelt wegen schweren Landfriedensbruchs. Die Hintergründe für die Tat sind noch unklar.

10. Dezember

Dresden: Die ersten sächsischen Kommunen werden in Kürze bereits erhobene Straßenbaugebühren an die Bürger zurückzahlen.

12. Dezember

Leipzig: In Leipzig wird es im Januar erstmals einen Bürgerentscheid geben. Am 27. Januar können knapp 400 000 Bürger entscheiden, ob knapp die Hälfte der Stadtwerke-Anteile verkauft werden dürfen. Um den Verkauf zu stoppen, sind 105.000 Nein-Stimmen nötig.

14. Dezember

Leipzig: Der City-Tunnel wird um weitere 60 Mio. Euro teurer als geplant. Nach derzeitigem Stand klettern die Kosten auf rund 704 Mio. Euro. Gründe seien gestiegene Energie- und Materialkosten sowie höhere Sicherheitsaufwendungen.

15. Dezember

Leipzig: Der Sparkasse Leipzig droht ein beträchtlicher Gewinneinbruch für das Geschäftsjahr 2007. Die Bank werde voraussichtlich Verluste in zweistelliger Millionenhöhe ausweisen, sagte ein Insider der Nachrichtenagentur dpd.

Sieben tote Säue durch Sachsen gejagt

Landtagshöhepunkte 2007

Das von der CDU am meisten gebrauchte Wort, wenn es um die öffentliche Herabwürdigung besonders lästiger Oppositionsattacken der LINKEN geht, heißt „Klamauk“. Davon kann sich jeder überzeugen, der sich auf die Internet-Seiten der CDU-Landtagsfraktion begibt, diesen Suchbegriff verwendet und umgehend mit einem Haufen Pressemitteilungen zum Landesbank-Untersuchungsausschuss bedacht wird, in denen

Von
MARCEL BRAUMANN

dieses hübsche Wort seinen Platz gefunden hat. Nämlich immer dann, wenn dem Obmann der CDU, Prof. Günther Schneider, kein passendes Argument zu den Erklärungen seines LINKEN Gegenüber Klaus Tischendorf eingefallen ist.

Doch im zu Ende gehenden Jahr 2007 wurde der „Klamauk“ vor allem beim Thema „Sachsen-Sumpf“ strapaziert. Diesmal nahm der Regierungschef persönlich den „Klamauk“ in die Hand und übergab ihn zu treuen Händen dem landespolitischen Korrespondenten der Chemnitzer *Freien Presse* in Dresden, während man sich gemeinsam in China aufhielt. Das traf sich gut, hatte doch zuvor Ministerpräsident Milbradt wochenlang zu den Vorwürfen im Zusammenhang mit den 15 600 Seiten Verfassungsschutzakten über mutmaßliche kriminelle Netzwerke geschwiegen (siehe auch LN S.8/9). Und wer als Journalist auf Einladung der Staatskanzlei in der Weltgeschichte herumfliegt, will natürlich den Daheimgebliebenen Spannenderes präsentieren als ein paar diplomatische Zeremonien mit hierzulande völlig unbekanntem Menschen.

Eine exklusiv anvertraute Beleidigung des Parlaments durch den Chef der Regierung lässt sich dagegen bestens vermarkten: Andere Zeitungen schreiben es ab, die Opposition regt sich auf, die Koalition übt sich überwiegend in Verständnis für den Boss. Kurzum: Die veröffentlichte Meinung hat eine hübsche Sau, die sie eine Weile durchs mediale Dorf treiben kann. Doch irgendwann bricht das Vieh erschöpft zusammen und muss geschlachtet, modern gesprochen: vom Markt genommen werden. Höchste Zeit für eine Nachfolgerin: „Verfassungswidrig“ sei der Einsetzungsbeschluss des Untersuchungsausschusses und dürfe deshalb nicht das Parlament passieren.

Dass CDU und SPD dabei teilweise an Formulierungen Anstoß nahmen, die sich fast wortgleich und seinerzeit völlig un-

beanstandet im 2005 beschlossenen Auftrag des Landesbank-Untersuchungsausschusses finden, interessierte die meisten Beobachter kaum. Schließlich wurde ein von drei Juristen (Klaus Bartl, LINKE; Dr. Jürgen Martens, FDP; Johannes Lichdi, GRÜNE) gemeinsam erarbeiteter und aus Kulanzgründen ein bisschen veränderter Untersuchungsausschuss-Antrag vom Landtag bei Ja-Stimmen der Opposition und Enthaltung der Koalitionsfraktionen durchgewinkt. Klaus Bartl wurde zum Ausschussvorsitzenden gewählt. Kaum hatte sich Bartl mit Familie für ein paar Tage in den wohlverdienten Sommerurlaub zurückgezogen, tauchte die dritte Sau auf: Er sei „befangen“, weil er als Anwalt zeitweilig Men-

sungsrechtler anderer Meinung als die beiden Regierungs-Gutachter; zweitens hätte die Regierung selbst gegen den Ausschuss klagen müssen, was sie unterlassen hat; drittens bedeutete die Verallgemeinerung dieses Vorgehens, dass sich niemand mehr an Gesetze halten muss, wenn er behauptet, sie für verfassungswidrig zu halten. Aber in Sachsen kann man damit immerhin Journalisten zu Leitartikeln bewegen, die darüber sinnieren, ob der Bartl nicht vielleicht wirklich zu verbissen an den Untersuchungsausschuss herangegangen ist.

Die fünfte Sau schickte der Chef des Ermittlungsteams der Staatsanwaltschaft kurz vor dem

anwalts-Interviews machten diese Sau schnell zum öffentlichen Gespött. So ließ sich Karl Nolle, SPD-Obmann im Untersuchungsausschuss zum „Sachsen-Sumpf“ nicht irritieren: Wer so die Aufklärung abblocke wie die CDU, der habe „Dreck am Stecken“.

Die sechste Sau wuselte längere Zeit durch die Gassen, ehe sie auf den Dorfanger getrieben wurde: Die Verfassungsschutzakten könnten ja sowieso nicht dem Untersuchungsausschuss übermittelt werden, da dessen Mitarbeiter und Schreibkräfte bisher nicht einer Sicherheitsüberprüfung der höchsten Stufe (Ü 3) unterzogen worden seien. Diese Sau hatte von Anbeginn mit Reputa-



Foto: P. Radtke

schen vertreten hatte, die in den Akten zum „Sachsen-Sumpf“ eine Rolle spielen. Daher habe der Obmann der CDU-Fraktion in diesem Untersuchungsausschuss, Milbradts ehemaliger Redenschreiber Christian Piwarz, eine Menge Fragen an Bartl, ohne deren Beantwortung dieser sein Amt nicht ausüben könne. Das war aber selbst der *Freien Presse* zuviel, ihr Chefredakteur griff persönlich zur Feder, um die Ausfrageaktion als Anschlag auf eine funktionsfähige Demokratie zu geißeln. – Diese Sau verreckte also, bevor sie geschlachtet werden konnte, allein schon deshalb, weil Bartls Ex-Mandanten ja zu den Opfern des mutmaßlichen „Sumpfes“ gehören. Ihre Nachfolgerin kam in Gestalt zweier von der Regierung gekaufter Gutachten, denen zufolge der Ausschuss tatsächlich verfassungswidrig sei und ihm daher weder Akten noch amtliche Zeugen zur Verfügung gestellt werden dürften. Das ist zwar aus drei Gründen belanglos: Erstens sind die drei Juristen Bartl, Martens und Lichdi sowie ein inzwischen vom Untersuchungsausschuss beauftragter renommierter Verfas-

CDU-Parteitag und seiner eigenen Pensionierung durchs Dorf: Je tiefer man ermittelte, desto mehr heiße Luft steige auf. Das freute natürlich den Ministerpräsidenten in seiner Eigenschaft als zur Wiederwahl anstehender CDU-Landesvorsitzender, zumal Milbradt selbst ein höchst sonderbares Verhältnis zur Wahrheit pflegt, siehe seine Parteitagsäußerungen zu Müggeln, wo keine Hetzjagd auf Inder, sondern eine mediale Hetze gegen Einwohner stattgefunden habe. Dass inzwischen ein Richter mit dem Hinweis auf einen drohenden „Pogrom“ einem in dieser Sache Verurteilten die Aussetzung der Strafe zur Bewährung verweigerte, wird der „westfälische Sturkopf“ Milbradt vermutlich ebenso aus seiner Wahrnehmung ausblenden wie alle störenden Fakten beim Thema „Sachsen-Sumpf“.

Dass ganz offenkundig viele Hinweise aus den Verfassungsschutzakten gar nicht überprüft und entsprechende Zeugen nicht vernommen worden sind, und die allzu augenfällig parteipolitisch motivierte terminliche Platzierung der beiden Staats-

tionsproblemen zu kämpfen, schließlich begreift niemand, wieso die „heiße Luft“ nur von Menschen bearbeitet werden darf, die intensiver kontrolliert wurden als ihre Kollegen im BND-Untersuchungsausschuss des Bundestages. Als herauskam, dass mit diesen Akten befasste Staatsanwälte ebenfalls nicht sicherheitsüberprüft sind und sogar Teile der dem Untersuchungsausschuss vorenthaltenen Akten in aller Welt herumgeschickt werden, gab auch diese Sau den Geist auf.

Die siebte Sau ist jener ominöse Bericht der so genannten Beyer-Kommission über den Verfassungsschutz, mit dem die Regierung mit Hilfe externer Prüfer den Nachweis führen wollte, dass der ganze „Sachsen-Sumpf“ nur das Phantasieprodukt einer durchgeknallten ehemaligen Referatsleiterin und ihrer verblendeten Kollegen des seinerzeitigen Referats „organisierte Kriminalität“ des Landesamtes für Verfassungsschutz sei. Nur zu dumm, dass die angeblich unabhängigen Untersucher gerade mal mit einem (!) von rund einem Dutzend damals mit diesem Thema befassten Verfas-

sungsschützern gesprochen haben. Leider wurde der Untersuchungsbericht in der streng geheimen „Parlamentarischen Kontrollkommission“ versenkt und dem ganzen Landtag und seinen weniger geheimen Ausschüssen entgegen der Ankündigung der CDU/SPD-Koalition noch nicht übergeben. Egal, auch diese Sau ist längst tot.

Ein ähnliches Schicksal widerfuhr Ende August der Sächsischen Landesbank. Das laut Milbradt kleine, aber feine Geldinstitut – trotz aller Skandale um Matressenwirtschaft, Mobbing und skrupellose Selbstbedienung des Führungspersonals gern als Paradebeispiel der vermeintlichen finanzpolitischen Kernkompetenz des früheren Finanzministers und derzeitigen Ministerpräsidenten gefeiert – wurde abrupt per Notverkauf an die Landesbank Baden-Württembergs versenkt. Natürlich nicht ohne ein für Milbradt typisches Wahrheitsverdrängungssymptom: Eine „Fusion“ sei das gewesen, faselte der entzauberte Finanzjongleur. Wieso man Jahre zuvor Hunderte Millionen Euro ausgibt, um die Anteile Baden-Württembergs an der Sachsen LB zurückzukaufen, wenn man am Ende die Bank sowieso in diese Richtung unter ursprünglichem Wert verscherbeln muss, das hat Milbradt nicht verraten.

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe ist das Drama um die Abwicklung des Notverkaufs, die bis zum Jahresende erfolgen soll, noch nicht gänzlich ausgestanden (die Schwaben forderten erst 4,3 Milliarden Euro Sicherheit, inzwischen 2,75, ersteres wäre ein Viertel des sächsischen Gesamthaushalts). Fakt ist jedoch: Seit dem im Jahr 2000 noch unter Finanzminister Milbradt vorbereiteten Strategiewechsel der Geschäftspolitik der Landesbank widmete sich diese vorrangig nicht mehr der heimischen Wirtschaft, sondern der Spekulation auf den internationalen Finanzmärkten. So viel zum Thema „Landesvater“ und Sorge ums sächsische Wohl ...

Im Sommer dieses Jahres änderte die Spitze der Linksfraktion ihr Gesicht: Der langjährige Vorsitzende Prof. Peter Porsch kandidierte, wie zu Beginn der Legislaturperiode angekündigt, nicht wieder für dieses Amt. Die Nachfolge übernahm erwartungsgemäß der langgediente Parlamentarische Geschäftsführer Dr. André Hahn, der mit den brisanten Themen „Sachsen-Sumpf“ und Landesbank seine ersten großen Herausforderungen meisterte. Zugleich legte er eine Strategie für einen mittelfristigen Politikwechsel in Sachsen vor, über den auch LN ausführlich berichtete. Sachsens Zukunft ist wieder offen – wenn die Macht der CDU schon bald der Vergangenheit angehört.

...damit wir endlich mal „heiße Luft“ sehen!

LN sprach mit Dietmar Pellmann, Mitglied für DIE LINKE im Untersuchungsausschuss des Sächsischen Landtages



LN: Sachsensumpf ein Unwort des Jahres, es steht für Korruption, Rotlichtmilieu und Justiz ... wofür noch? Dietmar Pellmann: Es steht vor allen Dingen für eine typische Praxis in Sachsen, nämlich alles zu vertuschen, alles unter der Decke zu halten und möglichst solange mit Aufklärung zu warten, bis es nicht mehr zu verhindern geht. Es ist also nicht nur eine Frage der Vorhaltungen gegenüber organisierter Kriminalität und anderer unappetitlicher Dinge, sondern es ist eine Methode, wie die Verwaltung bis hinein in die Staatsregierung mit solchen Dingen umgeht.

Leute, die kürzlich das Forum in der überfüllten Handelsbörse besucht

haben und danach erregt und auch irritiert waren, meinten: Es muss jetzt einfach was passieren? Ja, was denn nun...

Wir hatten am Montag die 8. Ausschusssitzung seit Juli und es ist bisher nichts passiert. Wenn Wählerinnen und Wähler eine halbe Stunde in diesem Ausschuss hospitieren müssten, würden sie vielleicht nie wieder zur Wahl gehen. Es ist eine Zumutung. Wahrscheinlich im Dezember wird der Ausschuss eine Klage einreichen beim Sächsischen Verfassungsgericht, um durchzusetzen, dass wir endlich mal ein Stück Akte kriegen und Zeugen vernehmen können. Bis jetzt war es nur ein Ping-Pong-Spiel. Insbesondere die CDU praktiziert eine Blockadehaltung, die einzigartig in der deutschen Parlamentsgeschichte ist.

Ein makabres Ping-Pong, um auf Zeit zu spielen?

Auf der einen Seite die Ansicht, dass man aufklären will, zumindest sagt man das immer wieder, auf der anderen Seite ist natürlich klar, der Untersuchungsausschuss ist an die jetzige Legislaturperiode gebunden. Und sie geht bis zum Sommer 2009. Wir müssen also, um überhaupt etwas aufzuklären, wenigstens ein halbes Jahr vorher beginnen, die entsprechenden Abschlussberichte zu verfassen. Es ist schon kurios: Auf der einen Seite meint die Regierung, alles sei nur heiße

Luft. Wenn es wirklich so wäre, das haben wir im Ausschuss betont, dann wäre es doch wohl ein Leichtes, die Akten herauszugeben. Es wird bewusst auf Zeit gespielt.

Die dann für die Ausschussmitglieder schlichtweg auch vergeudet ist?

Im Augenblick ist es für mich, der ich dort als einziger Leipziger in den Ausschuss gewählt wurde, tatsächlich vertane Lebenszeit. Man hat im Prinzip nur die Möglichkeit der angedeuteten juristischen Wege und die dauern. Wenn die Klage noch in diesem Jahr eingereicht wird, müssen wir abwarten, wann es zum Verfahren kommt. Und das kann Monate dauern.

Die Presse hat ja in dieser Beziehung ihren Fokus auf Sachsen gerichtet. Ist das für die Ausschussmitglieder hilfreich?

Es ist insofern hilfreich, weil wir damit zunächst einmal auf die Dinge gestoßen sind. Es ist ein eigenartiges Szenario abgelaufen. Noch bis Ende Juni war aufgrund der Presseberichte die sächsische Regierung ein Hühnerhaufen. Sie flatterte, wenn überhaupt etwas ans Tageslicht kam und hatte kein Szenario. Das gipfelte bekanntlich in der „Angstrede im Landtag“, in der der Innenminister vor der Rache der Mafia warnte. Dann kippte das Ganze. Trotzdem wurde die Einset-

zung des Ausschusses verzögert, und als man den nicht mehr verhindern konnte, hieß es, dieser Ausschuss sei verfassungswidrig.

Stichpunkt Leipzig: Die Vorgänge berühren die Amtszeit im Rathaus von Wolfgang Tiefensee. Welche Fragen hätten Sie an ihn?

Das ist ganz schwierig, weil zur Zeit nur unvollständig Akten vorliegen, bis auf die, die inzwischen auch Beweisgegenstand im Untersuchungsausschuss sind. Ich hätte schon gern gewusst, in welchem Maße Wolfgang Tiefensee verwickelt ist. Er streitet das ja ab. Bis zum Beweis des Gegenteils kann nur spekuliert werden.

Und OBM Burghard Jung?

Als die Dinge passierten war er nicht im Amt. Hier ist aber nachdrücklich zu fragen, in welchem Maße er die Aufklärung befördern wird.

Wenn wir uns im Dezember 2008 wieder in dieser Angelegenheit treffen, was muss bis dahin passiert sein?

Wir werden davon ausgehen haben – davon bin ich überzeugt – dass der Verfassungsgerichtshof in Leipzig den Untersuchungsausschuss legitimiert. Wir müssen dann den 36-Studentag durchführen, um verlorene Zeit aufzuholen. Ich hoffe also auf teilweise Aufklärung. Aber: Skepsis ist weiterhin angesagt.



Die Affären um den „Sachsensumpf“ Szenen einer Podiumsdiskussion im Dezember 2007 in der überfüllten Leipziger Handelsbörse. Eingeladen waren...



Klaus Bartl

MdL, DIE LINKE, Vorsitzender des 2. Untersuchungsausschusses des Sächsischen Landtages.

Es geht um Fragen der organisierten Kriminalität, es geht um Fragen von Prostitution und Kinderprostitution, es geht um Menschenhandel, Geldwäsche, Bestechlichkeit und Immobilienschieberei. Es geht um eventuelle Verwicklungen hochrangiger Vertreter von Politik, Justiz, Wirtschaft und Polizei.

Es gibt 15 600 Aktenseiten. Ein Untersuchungsausschuss ist das Vornehmste zur Kontrolle einer Regierung durch das Parlament.

Vor allem wundere ich mich, wenn ein Polizist am Ende einer Ermittlung in Sachsen plötzlich selbst als Angeklagter vor einem Richter steht, gegen den er früher ermittelt hat. Und der Senatsvorsitzende hat nicht mal die Größe, den Fall wegen Befangenheit abzulehnen.

Die CDU hat sich bisher geweigert, die uns übergebenen 28 Aktenbände in irgendeiner Form inhaltlich zu behandeln bzw. Zeugen vorzuladen.

Karl Nolle

MDL, SPD, Mitglied und Obmann der SPD-Fraktion im UA.

Es geht hier nicht um Parteiengquake, sondern um die Frage des Rechtsstaates.

Es geht auch um das Recht des Parlamentes, und das sollte keiner versuchen auszuschalten.

Durch eine Politikinzucht der CDU, bei der häufig zwischen Richteramt und Staatsanwaltschaft hini- und hergewechselt wurde, hat man die leeren Flaschen im Kasten immer wieder hini- und hersortiert. Der Sumpf ist nur eine Fortsetzung des schwarzen Filzes.

Es werden jetzt natürlich alle Möglichkeiten durchgespielt, die man hat, um zu verhindern, dass dieser Ausschuss endlich mal mit seiner Arbeit anfangen kann.

Übrigens von Staatsanwälten, die ermitteln, wurden nur zwei sicherheitsüberprüft, nicht etwa alle. Die Akten sind durch unzählige Hände gegangen, wenige davon sind sicherheitsüberprüft worden. Ich habe deswegen Anzeige gegen Unbekannt erstattet.

Matthias v. Hermann

ehem. Chef des Betriebes für Beschäftigungsförd. Vorsitzender des CDA-Kreisverb. Lpzg.

Natürlich gibt es in Sachsen eine organisierte Kriminalität wie in anderen Ländern auch. Aber konzentrieren müssen wir uns auf die Frage, ob sie politisch motiviert war?

Ich bin der Auffassung, dass es ein Fehlverhalten Einzelner gibt und dass man diese Verfehlungen entsprechend aufklären muss. Einschließlich der Frage: Wie kann so etwas entstehen?

Es ist ein ungenießbarer Brei entstanden auch unter dem damaligen Justizminister Heitmann. Die importierten Juristen, die hier arbeiteten, haben einfach ihre Berufung nicht gefunden. Das betrifft auch die Trennung zwischen Staatsanwaltschaft und Gericht. Das alles ist hier in den frühen 90er Jahren vermischt wurden.

Die angesprochene Grundthese eines allgemeinen politischen Sachsensumpfes halte ich jedoch für gewagt.

Stefan Costabel

Rechtsanwalt Leipzig

Es gab Kinderprostituierte als das Bordell in der Leipziger Merseburgerstraße existierte, die waren 13 Jahre alt. Das geht aus Zeugenvernehmungen hervor.

Mir sind Dokumente zugespielt worden, aus denen hervorgeht: der Hauptbeschuldigte würde, wenn er keinen Dreck waschen würde, nur zwei Jahre bekommen, wenn er die Kunden benennen würde, bekäme er zehn Jahre.

Ich muss als Strafverteidiger die Substanz der Vorwürfe zunächst mit Vorsicht genießen, aber man muss hinblicken und nicht wegblicken und nicht das Ganze als Blödsinn abtun.

Es gibt Vorwürfe massiver Art und denen ist bisher nicht nachgegangen worden, weil - so muss ich vermuten - hochrangige Persönlichkeiten betroffen sein könnten.

Nicht der Ausschuss, sondern seine Verhinderung erhöht die Wahlmüdigkeit der Bürger.

Jürgen Roth

Autor und Publizist Frankfurt am Main

Ich gehe mal davon aus, dass nicht der Untersuchungsausschuss aufklären wird, sondern der „Focus“, für den alles Bisherige nur Schall und Rauch ist.

Wen interessiert denn schon Kinderprostitution? Wen interessiert denn schon dass Organisationen wie KARO, die sich mit diesem Schmutz beschäftigen, aufgelöst werden. Das interessiert scheinbar niemanden. Warum hat ein Polizeichef inzwischen Selbstmord begangen?

Wir reden von unterschiedlichen regional agierenden kriminellen Netzwerken. In Sachsen wird wohl bald die Antikorruptionsabteilung aufgelöst werden, weil es hier nicht mal Korruption gibt.

Es ist eine Verdummung der Bevölkerung, wenn behauptet wird: es gäbe keine mafiosen Strukturen in Sachsen. Wie sind denn Geschäftsbeziehungen des Leipziger OBM Jung nach Bulgarien zu werten, zu zwielichtigen Plovdiver Leuten?



Finnland

Hyvää joulua!

Noora Kaselius

„Am 24. trifft sich die Familie und isst gemeinsam. Wie schon vor zweihundert Jahren vor allem Fisch oder Schinken und Kartoffeln. Außerdem warmen Milchreis mit Zimt und Zucker. Im Reis steckt eine Mandel und der, der sie bekommt, hat Glück. Auch bei uns glauben die Kinder, dass der Weihnachtsmann die Geschenke bringt. Immerhin kommt er ja aus Finnland. Einen Baum haben wir natürlich auch. Viele gehen an diesem Tag in die Kirche und die meisten gedenken am Heiligen Abend der Verstorbenen, gehen auf den Friedhof und zünden Kerzen an. Ja, und während der kühlen Tage ist die finnische Sauna sehr beliebt.“



Dänemark

Gladelig Jul!

Professor Per Sørensen

„In Dänemark – wie in Deutschland – ist es uralte Tradition, dass man Weihnachten mit der Familie feiert. Wer sich das Jahr über nicht gesehen hat, der freut sich, zusammen zu kommen. Ich werde nach Hause fahren und meine Mutter in Dänemark besuchen. Wie in Deutschland geht es Anfang Dezember damit los, dass man Geschenke verpackt. Und es werden Nissen gekauft. Das sind diese kleinen Figuren, die Kinder darstellen, die trickreich sind und immerzu Spaß machen und auch Dinge verstecken. Die hängt man an den Weihnachtsbaum. Nicht jeder weiß: Die meisten deutschen Weihnachtsbäume kommen aus Dänemark.“

Schon zwei Tage vor Heiligabend werden bei uns Geschenke unter den Baum gelegt. Man geht um die Tanne herum und singt traditionelle Lieder. Am Weihnachtstag werden im Kreis der Familie zwei bis drei große Hauptgerichte zu Abend gegessen. Oft Ente und Kartoffeln mit Soße. Es gibt eine dänische Tradition, die sich „Mandelgabe“ nennt. Eine Mandel wird in süßem Reispudding versteckt und derjenige, der sie findet hat gewonnen. Ich habe dabei jedoch meistens kein Glück. Wir sitzen an diesem Abend noch lange mit der Familie zusammen und tauschen uns aus.“



Italien

Buon natale!

Miriam Radi

„Weihnachten ist in Italien das Familienfest. Man unterhält sich, isst gemeinsam und besucht die Mitternachtsmesse. Anders als in Deutschland gibt es an diesem Tag noch keine Geschenke. Die gibt es erst am 6. Januar zu den „Heiligen drei Königen“. Das ist unser großer Festtag. Da bringen die heiligen drei Könige die Gaben, doch die meisten Kinder in Italien glauben eher an Befana, eine gute Hexe. In der Zeit zwischen dem 24. 12. und dem 6. 1. haben fast alle frei. Die Krippe fehlt in keiner Wohnung. Weihnachtsbäume gibt es in den Wohnungen so viele wie hier in Deutschland. Außerdem ist es Tradition in der Weihnachtszeit neben Fischgerichten mit Gemüse und Panettone (süßes Weihnachtsbrot), besonders viel Linsen zu essen, denn es wird gesagt, je mehr Linsen man verspeist, um so reicher wird man im nächsten Jahr sein.“

Ungarn

Kellemes Karócsenyi ünnepeket!

Ferenc Gancs mit seiner Frau

„In Ungarn wird der Weihnachtsbaum erst einige Stunden zuvor mit Szaloncukor geschmückt. Das sind in verschiedenfarbig glänzendes Papier eingewickelte Schokoladenmännchen. Manchmal sind sie mit Gelee gefüllt und manchmal mit einer festeren Füllung. Zum Weihnachtsessen gehört bei uns die Gans und eine klare Fleischbrühe. Es gibt meist traditionellen Festtagskuchen aus Hefeteig. Ich bereite ihn mit Kokos, Mohn und Schokolade zu. Nach ungarischem Brauch wird er nur mit Haselnüssen zubereitet.“



Fröhliche Weihnachten international

Sandra Wolf besuchte und fotografierte Leipziger auf Zeit und fragte nach ihren Weihnachtsbräuchen



¡Feliz navidad!

Rosa Agurto aus Peru (rechts)

„Am 24. Dezember, kochen wir Truthahn mit ensalada rosa. Das sind gekochte und geviertelte Kartoffeln mit Möhren. Natürlich werden dazu auch mit Maisteig gefüllte Bananenblätter gereicht. und Wein. Außerdem essen wir Panetón (Hefekuchen) und trinken heiße Schokolade. Zur Mittagszeit gehen wir in die Kirche. Wenn wir wieder zu Hause sind, sitzen wir bis zwei Uhr in der Nacht zusammen und warten. Wenn es dann um zwei ist, beglückwünschen sich alle, denn um diese Zeit wurde das Christkind geboren und erst jetzt ist für uns Weihnachten.“

Rocío Escobar aus Mexiko

„In meiner Familie wird Weihnachten etwas anders gefeiert als bei Rosa, denn in Lateinamerika kommt es darauf an, aus welcher Schicht man kommt. Außerdem ist es ein Unterschied wie viele Kinder eine Familie hat. In meiner Familie sind wir sieben Kinder. Es fehlt das Geld, um für alle Geschenke zu kaufen, deshalb gibt es keine. Aber es zählen ja nicht nur Geschenke an diesen Tag. Es ist immerhin ein Familienfest. Man kommt zusammen und isst gemeinsam und besucht im Anschluss Verwandte. Die Wohnungen sind geschmückt mit dem, was man zur Verfügung hat. Wenn die Leute sich keinen Weihnachtsbaum leisten können, hängen sie Girlanden und Lametta über die vorhandenen Pflanzen. Der Weihnachtsbaum hat in Lateinamerika eigentlich sowieso keine Tradition, doch mittlerweile ist dieser Trend aus den USA rübergeschwappt. Das was in jeden Haushalt zu dieser Jahreszeit vorhanden sein sollte ist die Krippe, denn die Mehrheit von uns ist Katholisch und die Geburt Jesus Christus spielt zu Weihnachten die wichtigste Rolle. So ist es auch Brauch kleine Krippen zu basteln.“

KLEINE CHRONIK

Leipziger Skandale 2007

Januar

In Grünau wollen LWB und Wohnungsgenossenschaften im Laufe des Jahres 1365 Wohnungen abreißen, obwohl die Stadt kein gültiges Konzept für den Stadtteil hat.

Das geplante Einkaufszentrum am Brühl ist laut Handelsverband Sachsen mit 35 000 Quadratmetern Einkaufsfläche überdimensioniert und droht zu einem Verdrängungswettbewerb mit verheerenden Konsequenzen für die Stadtteilzentren zu führen.

Im Klinikum St. Georg schließt trotz Patientenprotesten die Ambulanz für Hepatitis- und Aids-Kranke.

Statistiken weisen aus, dass die Besucherzahlen der Theater und des Bildermuseums im vergangenen Jahr um bis zu 36 Prozent zurückgegangen sind.

Februar

Bei der Suche nach dem Sexualtäter und Mörder Uwe Kolbig, der bereits wegen einschlägiger Delikte verurteilt worden ist, werden die Ermittlungen dadurch beeinträchtigt, dass die Archive der Staatsanwaltschaft am Wochenende nicht zugänglich sind.

Wie das Sozialgericht Leipzig mitteilt, gingen 2006 bei ihm rund 2200 Klagen zum Arbeitslosengeld II ein, doppelt so viele wie im Jahr zuvor.

Nach der Einstellung des stationären Betriebs des Bundeswehrkrankenhauses in Wiederritzsch und angesichts seiner bevorstehenden völligen Schließung Ende März ist das Schicksal der 280 Zivilbeschäftigten und von 240 Bundeswehrgestellten wie auch des Standortes noch ungewiss.

Die Gartenstadt Marienbrunn GmbH als städtisches Wohnungsunternehmen steht mit

12,3 Millionen Euro Schulden vor der Zahlungsunfähigkeit. Ex-Kämmerer Kaminsky hatte ohne Stadtratsbeschluss und Genehmigung des Regierungspräsidiums die Haftung der Stadt im Falle der Verschuldung der Firma erklärt.

Bei Ausschreitungen von 800 Hooligans nach einem Fußballspiel werden 36 Beamte und sechs Zivilisten verletzt. Da gegen fünf festgenommene Gewalttäter keine Haftbefehle beantragt werden, kommen sie wieder auf freien Fuß.

Die Auslastung des künftigen Leipziger City-Tunnels ist gefährdet, weil der Ausbau der Sachsen-Franken-Magistrale für Hochgeschwindigkeitszüge durch Elektrifizierung der Strecke Reichenbach-Hof-Nürnberg in den Planungen der Bahn AG nicht vorgesehen ist.

Managementfehler bei der Steuerung eines Biokraftwerk-Projektes der Stadtwerke-Tochter Wabio in Bad Köstritz führen zu einer Kostenüberschreitung von 7,5 Millionen Euro und Verschuldungen.

Kirchenvertreter greifen Universitätsrektor Häuser im Zusammenhang mit dem Universitätsneubau scharf an. Während der Rektor auf die von Grundgesetz und sächsischer Verfassung verlangte weltanschauliche Neutralität der Hochschulen und auf den geplanten Andachtsraum für 100 Personen verweist, verlangt der Kirchenkonvent, sich zu einer Universitätskirche als notwendigem Teil des Wissenschaftsbetriebs im 21. Jahrhundert zu bekennen.

Wegen der Kürzung der Haushaltsmittel für die Eingliederung Arbeitsloser um zehn Prozent werden die städtischen ABM-Stellen beim Bürgerdienst LE, bei den Baustellenlotsen und den Blau-gelben Engeln um über 800 reduziert. Von den Kürzungen betroffen sind auch mehrere

pentransporter, die neben militärischem Gerät fast 100 000 US-Soldaten nach dem Irak, Afghanistan oder Kongo brachten oder von dort zurückflogen. Die Mitteldeutsche Flughafengesellschaft AG, die für diese Flüge eine 24-Stunden-Genehmigung erteilte, verdiente daran im Vorjahr 1,3 Millionen Euro.

Das Regierungspräsidium Leipzig mischt sich unzulässig und realitätsfremd in die kommunale Selbstverwaltung ein, indem es fordert, dass die städtischen Unternehmen Gewinne abwerfen, statt Subventionen zu erhalten. Um die Verschuldung der Kommune und ihrer Betriebe, die sich auf rund 5000 Euro je Einwohner beläuft, entgegenzuwirken, seien Immobilien der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft zu verkaufen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende im

se und der Schadensersatzforderung gegen ihn in Höhe von 518 000 Euro befassten. Ein nicht standardgerechter Kreditantrag war vom Sparkassenvorstand und von ihrer Kreditkontrolle bestätigt worden, bevor er von dem Mitarbeiter bearbeitet wurde, dem nun die Altschuld zugeschrieben wird.

Während in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters eine Vorlage bestätigt wird, die von 2788 ABM-Teilnehmern ausgeht, genehmigt das Bundesarbeitsministerium nur für 2100 Stellen das Geld – bei 32 835 Langzeitarbeitslosen.

Mai

Der sächsische Verfassungsschutz verfügt über eine umfangreiche Dokumentation – rund 15 600 Blatt Papier – mit Ermittlungsergebnissen zur organisierten Kriminalität in Sachsen, besonders in Leipzig. Dabei geht es um kriminelle Netzwerke, rechtswidrige Immobiliengeschäfte, Korruption, Erpressung und Amtsmissbrauch durch Beamte der Justiz, der Polizei und der öffentlichen Verwaltung sowie um deren Kontakte zum Rotlichtmilieu und zur Pädophilenszene. Diese Materialien sollen nach Meinung des sächsischen Datenschutzbeauftragten, Andreas Schurig, vernichtet werden, weil sie rechtswidrig entstanden seien. Ermittler äußern den Verdacht, Schurig selbst sei mit der Leipziger Szene verbandelt. Landtagsabgeordnete beklagen eine ungenügende Information über die Vorgänge.

Wiederholte Übergriffe rechtsradikaler Jugendlicher gegen das Alternative Jugendzentrum „Bunte Platte“ in Grünau führen zu Sachbeschädigungen und Körperverletzung. Bei Neonazischlägern werden eine Schreckschusspistole, Schlagringe und Schlagstöcke gefunden.

Thomaskantor Biller diskreditiert die Lehrerschaft der Thomasschule, weil sie in der Debatte um das Schulprofil nicht seinen Vorstellungen zur Reduzierung auf eine musische Ausbildung und eine kirchliche Orientierung folgt. Die Schule könne sich nicht allein durch ein Sechstel ihrer Schülerschaft definieren, stellt das demokratisch erarbeitete Konzept 2012 klar.

Der Name Herderschule wird getilgt. Die Schule am Connewitzer Kreuz trägt künftig den Namen der Gutsbesitzerin Apollonia von Wiedebach. Das beschließen die Stadträte von CDU, SPD und Grünen.

Offenbar von Leipzig aus wird der im vorigen Jahr verbotene neonazistische „Schutzbund Deutschland“ mit Flugblättern, Plakaten und Aufklebern verfassungsfreundlichen Inhalts öffentlich wirksam.



City-Tunnel: Kostenexplosion, Pannen beim Bau und höchst ungewisser Nutzen

Vereine, die auf soziokulturellem Gebiet wirken.

Die Stadt Leipzig muss wegen unregelmäßiger Zahlungen an das Finanzamt in den vergangenen Jahren ein Bußgeld in Höhe von 232 000 Euro entrichten.

März

Kulturbürgermeister Girardet stellt fest: „Für eine Halbe-Million-Einwohner-Stadt hat Leipzig zuviel Kultur.“ Das seit Jahren mitgeschleppte Haushaltsdefizit zwingt zu weiteren Einsparungen. So sollen bis 2010 in Oper und Musikalischer Komödie von den 693 Stellen weitere 100 wegfallen.

Wie eine Studie der Linkspartei ausweist, ist Leipzig – gemessen an Faktoren wie Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug und Einkommenshöhen – Sachsens Armutshauptstadt.

Neue Fakten bestätigen, dass sich der Airport Leipzig-Halle zunehmend zum Kriegsflughafen entwickelt. Im 2. Halbjahr 2006 landeten hier 230-mal als Zivilmaschinen getarnte Trup-

Stadttrat, Achminow, verlangt, neben Teilen der LWB auch Wasserwerke und Verkehrsbetriebe zu privatisieren.

Wie das Landeskriminalamt mitteilt, wurden im Jahre 2006 in Leipzig 2383 illegale Graffiti registriert, ein Drittel aller Fälle in Sachsen.

April

Ein Jahr nach massiven Fällen von Jugendgewalt im Leipziger Norden müssen Eltern erneut wegen andauernden Terrors von Jugendcliquen gegen Kinder in die Öffentlichkeit gehen. Die Polizei agiert weitgehend zurückweisend und ohnmächtig.

Um die Finanzierung der umstrittenen Waldschlösschenbrücke in Dresden zu sichern, sperrt das sächsische Wirtschaftsministerium Millionensummen für den kommunalen Straßenbau. Leipzig erhält statt der beantragten 2,77 Millionen Euro nur 294 000.

Das Arbeitsgericht muss sich mit der Kündigung eines Kundenbetreuers durch die Sparkas-

Nach dem Scheitern einer Einigung mit der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft in einem seit 1992 andauernden Streit um elf Millionen Euro sind die Ansprüche der LWB trotz mehrfacher Fristverlängerung endgültig verjährt.

Gegen den Präsidenten des Chemnitzer Amtsgerichts und früheren leitenden Oberstaatsanwalt in Leipzig, Norbert Röger, ermittelt die Dresdner Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit der sächsischen Amtsmisstrauungs- und Korruptionsaffäre. Justizminister Mackenrodt eröffnet ein Disziplinarverfahren gegen ihn.

Juni

Nach langem Vertuschen krimineller Machenschaften durch LWB-Chef Stubbe und erst nach öffentlichem Druck trennt sich die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft von ihrem Justiziar Klockzin. Er wird verdächtigt, an dubiosen Immobiliengeschäften beteiligt gewesen zu sein; ferner liegt ein Strafbefehl gegen ihn wegen Urkundenfälschung vor.

Nach dem Selbstmord eines Kripobeamten, der gegen mehrere leitende Mitarbeiter seiner Behörde Strafanzeigen erstattet hat, will die Staatsanwaltschaft kein Ermittlungsverfahren einleiten.

Das traditionsreiche „Haus Leipzig“, vormals „Haus Antifa“, ist offenbar seit mehreren Monaten Veranstaltungsort der rechtsradikalen NPD.

Oberbürgermeister Jung und Kulturbürgermeister Girardet geraten unter Druck im Zusammenhang mit ihrer ungenügenden Information gegenüber dem Stadtrat bei der Trennung von Operntendant Maier. Erst ein Jahr zuvor ist sein Vertrag trotz kritischer Warnungen von Fachleuten verlängert worden.

Der von der Stadtverwaltung vorgelegte Sozialreport 2006 weist aus: Das durchschnittliche Einkommen der Haushalte stagniert; die Einkommensschere klafft weiter auseinander. Der Anteil der Bürger, die staatliche Finanzhilfen brauchen, ist stark angestiegen. Nur noch neun Prozent aller Familien haben zwei und mehr Kinder.

Juli

Beim Sozialgericht Leipzig sind im ersten Halbjahr 1554 Klagen von Hartz IV-Empfängern aus dem Regierungsbezirk eingegangen, über 50 Prozent mehr als das Jahr zuvor.

Aus dem internen Material des Verfassungsschutzes zur organisierten Kriminalität in Sachsen werden Fakten bekannt, die sich auf Sex-Einsätze von Prostituierten im Leipziger Rathaus

beziehen. Die Rede ist auch von einer „Tafelrunde“, in der ranghohe Kommunalpolitiker und Immobilienmanager rechtswidrige Absprachen getroffen haben.

Oberbürgermeister Jung verschärft die Geheimhaltungsvorschriften zum Anteilsverkauf der Stadtwerke und schneidet damit die Lenkungsgruppe des Stadtrates von sämtlichen Informationen ab.

Nachdem der Streik des medizinischen Personals im vorigen Jahr auch am Leipziger Universitätsklinikum zu einem Kompromiss geführt hatte, von dem ein Sprecher des Klinikums sagte, er habe die Einrichtung „bis an die Grenze des Machbaren belastet“, weist der jetzt veröffentlichte Geschäftsbericht für 2006 einen Rekordgewinn von 218 Millionen Euro aus, eine Steigerung um 50 Prozent. Der Trend setzt sich 2007 fort.

Der Stadtrat beschließt eine neue Satzung für die Stadtbibliothek mit erhöhten Nutzergebühren. Auch die bisher kostenlose Benutzung des Informationszentrums wird für Nichtinhaber einer Jahreskarte kostenpflichtig (Tagesausweis 5 Euro).

In der Mühlpleiße verenden alle Fische, weil bei Bauarbeiten in der Helenenstraße das Abwasser falsch umgeleitet wurde.

Das Verwaltungsgericht hebt das von der Stadt verhängte Verbot einer Demonstration des Rechtsradikalen Worch und seiner Anhänger auf.

Das Rechnungsprüfungsamt moniert ein großes Durcheinander und Lücken in der Liegenschaftsverwaltung der Stadt.

Eine dubiose Verquickung von LWB- und Sparkassenaffäre kommt ans Licht. Sparkassenvorstand Krakow hat überhöhte Kredite für Gebäudesanierungen genehmigt und – neben der vereinbarten Provision für die Commerzbank – sechsstellige „Provisionen“ auf Privatkonten des Frankfurter Juristen Schamburg und seiner Frau für „Baubetreuung“ und Herstellung von Geschäftskontakten überweisen lassen. Gegen Krakow läuft be-

reits ein Ermittlungsverfahren. Wegen Vetterwirtschaft wird dem Sparkassen-Generalbevollmächtigten Demmer fristlos gekündigt.

Trotz gesunkener Arbeitslosenzahlen ist die Anzahl der Leistungsempfänger nach Hartz IV gegenüber dem Vorjahr um über 2500 auf den neuen Höchststand von 84 609 gestiegen

August

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund, zu dem auch die LVB gehören, erhöht zum Monatsbeginn die Tarife um durchschnittlich vier Prozent. Die letzte Anhebung liegt erst ein Jahr zurück.

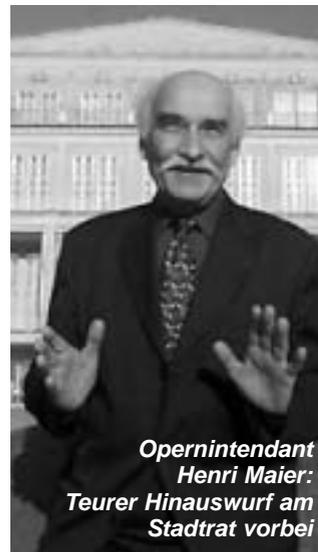
Wie die Leipziger Branddirektion informiert, lösten automatische Brandmelder im ersten Halbjahr bei 297 von 302 Meldungen falschen Alarm aus. Bereits seit Jahren bewegt sich die Fehlerquote zwischen 96 und 99 Prozent.

September

Nach intensiver, aber vergeblicher Suche eines neuen Domizils für die „Leipziger Pfeffermühle“, der Ende 2005 die Räume am Thomaskirchhof wegen Erweiterung des Bach-Archivs gekündigt worden sind, fühlt sich das 1954 gegründete Kabarett von der Stadt allein gelassen. Kulturbürgermeister Girardet schließt eine finanzielle Unterstützung ausdrücklich aus.

Die Fraktion der Grünen im Stadtrat sieht sich veranlasst, die Auflösung der Lenkungsgruppe des Stadtparlaments für den Stadtwerkeverkauf wegen ihrer Einflusslosigkeit vorzuschlagen. Die Gruppe ist bereits seit Juni von allen Informationen über den Verkaufsprozess und von Kontrollmöglichkeiten abgeschnitten.

Bei Oberbürgermeister Jung und Kulturbürgermeister Girardet ist etwas spät die Erkenntnis gereift, dass die Stelle des beurlaubten Operntendanten Maier erst nach dem Auslaufen seines Vertrages im Jahre 2011 neu ausgeschrieben werden darf. Eine Beurlaubung zum Zwecke der Entlassung hätte Sächsi-



schem Recht widersprochen, weil diese nur vom Stadtrat ausgesprochen werden kann. Wenn Maier, dem noch 600 000 Euro zustehen, nicht vom Vertrag zurücktritt oder eine neue Tätigkeit aufnimmt, müsste die Ratsversammlung ein zweites Intendantengehalt genehmigen.

Die Sparkasse Leipzig sieht massive Stellenkürzungen vor. Die Rede ist von 250 der 1950 Arbeitsplätze.

In der Richard-Wagner-Straße öffnet eine Filiale des Neonazi-Ausstatters Thor Steinar.

Die Bohrmaschine für den City-Tunnel muss ihre Arbeit für mehr als zwei Wochen einstellen. Der herausgearbeitete Zeitpuffer kann nicht genutzt werden, weil die Vorbereitung auf der Strecke Wilhelm-Leuschner-Platz-Markt noch nicht abgeschlossen sind.

Das jährliche Schwarzbuch des sächsischen Steuerzahlerbundes enthält mit Hinweisen auf die Kostenexplosion beim City-Tunnel, die kostspielige Trennung von Operntendant Maier und die Schließung des für 90 Millionen Euro sanierten Bundeswehrkrankenhauses auch drei gravierende Fälle für Steuerverwendung auf Leipzig.

Erich Loest möchte Tübkes Gemälde „Arbeiterklasse und Intelligenz“ aus der Universität verbannen und es durch ein von ihm in Auftrag gegebenes „Gegenbild“ ersetzen, auf dem auch er selbst abgebildet ist.

Oktober

Nur noch rund 29 Prozent der Arbeitslosen im Alter ab 50 Jahren erhalten in der Stadt das Arbeitslosengeld I, während 71 Prozent das Arbeitslosengeld II nach Hartz IV-Gesetz beziehen.

Ungeachtet der wachsenden kritischen Stimmen beharrt Oberbürgermeister Jung auf seiner Politik der Privatisierung städtischen Eigentums. „Für die Entscheidung des Stadtrates ist das Bürgerbegehren ohne Belang“, äußerte er und ignoriert damit die mit bereits mehr als 25 000

Unterschriften bekräftigte Forderung eines Volksentscheids. Erst nach der Vorlage von über 40 000 Unterschriften sieht er sich veranlasst einzulernen.

Die Stadtverwaltung plant, ab März kommenden Jahres die Elternbeiträge für Krippen, Kindergärten und Schulhorte durchschnittlich um rund 3,5 Prozent zu erhöhen.

Die Deutsche Flugsicherung ignoriert bei der Festlegung der Flugrouten um den Flughafen in Schkeuditz trotz massiver Proteste nach wie vor die Interessen der Anwohner, indem sie die Vorgaben der Planfeststellungsbeschlüsse nicht berücksichtigt.

November

Im Prozess um das Attentat auf den damaligen LWB-Justitiar Klockzin vor drei Jahren hat das Leipziger Landgericht nach Ansicht des Anwalts eines Beschuldigten einige Tatsachen und Beweismittel nicht beachtet. Er beantragt deshalb die Wiederaufnahme des Verfahrens. Auch seien die Hintermänner, zwei bayrische Immobilienhändler, nie als Zeugen gehört worden.

Der von Oberbürgermeister Jung und Finanzbürgermeisterin Kudla vorgelegte Etatentwurf für 2008 weist ein Defizit von 44,67 Millionen Euro aus. Trotz gesunkener Anzahl Arbeitsloser entstehen der Stadt höhere Kosten für den Bezug von ALG II. Höhere Steuereinnahmen werden durch geringere Zuweisungen des Freistaates kompensiert.

Laut Rechnungshof-Bericht finden sich bei keiner anderen Studentenvertretung annähernd so hohe Kosten für Personal sowie für Speisen und Getränke wie beim Studentenrat Leipzig.

Nach der Montage eines Teils der Glasfassade am Bildermuseum ist mit bloßem Auge zu erkennen, dass die Stahlkonstruktion nachgibt und sich die Fassade nach außen wölbt.

Dezember

Die Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts setzt den seit Mai laufenden Prozess wegen Millionenbetrugs gegen Manager der Wohnungsbaugesellschaft Leipzig-West auf unbestimmte Zeit aus, weil die Staatsanwaltschaft Ergebnisse der noch laufenden Ermittlungen dem Gericht vorenthält. Der vermutliche Drahtzieher des Betrugs und Hauptbeschuldigte, Jürgen Schlögel, wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

Eine Prognose zur Kostenüberziehung beim Bau des City-Tunnels spricht von 133 Millionen Euro (bisher 73 Millionen).

Und das Jahr ist noch nicht zu Ende ...



Viele Forstleute, die wie Sie nach dem Studium fast ihr ganzes Leben im Wald verbrachten, ihr Wissen und ihre Erfahrungen in die Bewirtschaftung der Wälder eingebracht haben, betrachten sorgenvoll die Reformen und den Umgang mit dem Wald in den neuen Ländern.

Siegfried Jahn: Die nunmehr 16jährige Herumbasterei an den ehemals stabilen und fachlich gesicherten Strukturen der Forstwirtschaft auch bei uns in Sachsen-Anhalt schaden wahrlich dem Wald, aber auch den hier Beschäftigten.

Die Privatisierung des Landeswaldes füllte zwar vorübergehend leere Kassen, war aber falsch. Wenn es um einen leistungsfähigen Wirtschaftswald geht, dann muss der dem Gemeinwohl besonders verpflichtete Landeswald den größten Anteil erbringen. Diese Gemeinwohlverpflichtung verlangt eine Korrektur gemachter Fehler.

Welcher Fehler neben der Privatisierung?

In der Dübener Heide wie im gesamten Land Sachsen-Anhalt führten die ständigen Reformen in der Forstwirtschaft zu einem Zustand, der uns negativ in die Geschichte eingehen lässt. Mit den angesagten Sparzwängen gab es einen häufigen Wechsel von Reviergrößen, Förster und Fachpersonal wurden „abgebaut“. Es ist das in seinen Grenzen stabile und nach Möglichkeit über Jahrzehnte vom selben Revierförster geführte Revier zerstört worden, das die Voraussetzung für hohe Holzträge in guter Qualität ist. Mit diesem falschen „Reformgeist“ ist die Arbeit vergangener Generationen zerstört worden – mit negativen Wirkungen für die Zukunft. Die Begründer der wissenschaftlichen Forstwirtschaft Cotta und Pfeil würden sich im Grab umdrehen, wüsten sie um die Zustände im Betreuungswald wie im Landeswald. Zum eklatanten Personalmangel kommt hinzu, dass durch die Privatisierung in nicht wenigen Fällen selbst ernannte Fachleute in den Wäldern ihre eigenen Eckpunkte setzen und sich von Forstingenieuren wenig oder gar nichts sagen lassen. Es gibt neue Waldbesitzer, die selbst nach fünf Jahren Kahlschlag noch nicht aufforsten. Und dann sorgt die neue Erntetechnik in den Mittelalter-Beständen auch noch für „großzügige Arbeitsbreiten“ mit großen Schneisen. Über große Kahlschläge ohne Aufforstung gibt es auch in den neuen Kiesgruben im Dessauer Park Oranienbaum.

Insgesamt, so lässt sich konstatieren, haben sich viele Bewirtschaftungsfehler und anderes eingeschlichen. Ungenügende Kontrolle der Schadinsekten, verbunden mit Entgleisungen des Wetters und Bewirtschaftungsfehlern zeigen uns gemachte Versäumnisse auf. Auch

die Wirkung des Orkans „Kyrrill“ hätte abgeschwächt werden können, wenn die Altersstruktur unserer Wälder eine bessere wäre, wenn die Pflege der Jungbestände erfolgen würde, und übergroße sporadische Eingriffe in den mittelalten Beständen ausblieben.

Anders gesagt, Wirtschaftlichkeit hat mit Nachhaltigkeit zu tun ...

Der Begriff einer forstlichen

tun. Erfüllt der Käufer alle Pflichten des Waldgesetzes, bekommt er diese Sicherungssumme zurück erstattet. Zudem sollten Kahlschläge nur bis zu einem Hektar Größe gestattet werden. Besondere Auflagen muss es auch für Weihnachtsbaumplantagen geben, für die ohnehin besser Energietrassen oder andere Freiflächen in Frage kommen.

Ein neues Waldgesetz sollte auch sichern, dass alle Eigentumsformen von einem Forstin-

genieur betreut werden, was zurzeit von einigen neuen Waldbesitzern abgelehnt wird. Zu den Problemen der Übernutzung von Privatwald gehört auch die fehlende Unterscheidung zwischen Gesamtzuwachs und Erntefestmetern der Hiebsarten. Bei minderbestockten Beständen müssen Unterbaumaßnahmen eingeleitet werden. Als algedienter Forstmann könnte ich endlos über die Ursachen der Krankheiten unserer Wälder reden.

mit Wissenschaftlern und Naturschützern nach, dass Biokraftwerke gleiche Ergebnisse bringen, ohne dass jährlich 160 000 Tonnen Holz bei einem Wirkungsgrad von nur 33 Prozent durch den Schornstein gejagt und dabei 146 362 Tonnen CO₂ freigesetzt werden. Klimawandel scheint für die Befürworter dieses Irrsinns ein Fremdwort zu sein.

Die gegenwärtige sehr kritische Lage bei der Bewirtschaftung

von Kohlendioxid aufzunehmen und zu speichern. Die Wälder der Erde, enthalten die gleiche Menge Kohlenstoff (C) wie unsere Atmosphäre, nämlich 700 Milliarden Tonnen. Sie sind der wichtigste Speicher im globalen Kohlenstoffhaushalt. Dieses Gleichgewicht des natürlichen Stoffaustausches wird aber durch die Freisetzung von jährlich 6 Milliarden Tonnen Kohlenstoff (das entspricht 22 Milliarden Tonnen Kohlendioxid) aus der Verbrennung fossiler Energieträger gestört. Und diese klimazerstörende Menge erhöht sich jährlich um etwa 3 Milliarden Tonnen Kohlenstoff aus der weltweiten Zerstörung der Wälder.

Auch der neue Waldschadensbericht von 2006, wonach 68 Prozent der Bäume krank oder schwerkrank sind, der Klimawandel – der schon jetzt jährlich die Existenz von 250 Millionen Menschen zerstört – und die Zerstörung der Artenvielfalt auf unserer Erde zeugen von der falschen Entwicklungsrichtung. Die Auswirkungen treffen nicht nur die Menschen. Auf der neuen „Roten Liste 2007“ der Weltnaturschutzunion IUCN stehen 41 415 bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Jede vierte Säugetierart, jede achte Vogelart und ein Drittel aller Amphibien, sowie 70 Prozent der bekannten Pflanzen sind bedroht.

Sachsen-Anhalts Finanzminister Jens Bullerjahn sagte vor Jahr und Tag auf einem SPD-Parteitag, die Forstform müsse rückgängig gemacht werden, er forderte auch wieder ein Einheitsforstamt. Passierte seither irgendetwas Positives?

Nichts Tragendes. Wirklich wichtige Erkenntnisse, um die Nachhaltigkeit unserer Wälder zu sichern, werden kaum umgesetzt. Und ein wichtiges Element unseres Staates, die Demokratie, wird täglich verbogen.

Nichts desto trotz, wir brauchen das von mir bereits angesprochene neue Waldgesetz, in dem das Allgemeinwohl jetzt lebender und kommender Generationen im Vordergrund stehen muss, auch wenn es die Rechte privater Eigentümer schärfer eingrenzt. Das ist kein Verstoß gegen das deutsche Grundgesetz, schließlich: Eigentum verpflichtet!

Mit einem neuen Waldgesetz müssen dann auch sofort klare Aussagen zu gesicherten, stabilen Strukturen für die Forstwirtschaft erarbeitet werden. Erste Aufgabe ist es, alte kahlgeschlagene Flächen, minderbestockte Flächen unter 0,6 ha und alle möglichen Freiflächen zu erfassen und einer standortgerechten und in vielen Jahrzehnten gesammelten Erfahrungen in richtigen Pflanzverbänden aufzuforsten, sachgemäß nachzubessern, zu schützen und zu pflegen. Wer Wald zerstört, zerstört Leben. Und wir haben in den letzten Jahren sehr viel Wald zerstört.



Wer Wald zerstört, zerstört Leben

LN im Gespräch mit Siegfried Jahn, Forstmann in Rente, Dipl.-Phil.

Nachhaltigkeit darf nicht für Übernutzung, Raubbau und Vernichtung stehen, wie wir sie tatsächlich erleben, sondern muss die Langfristigkeit der forstlichen Produktionsprozesse klar formulieren. Die Begriffsbestimmung der Nachhaltigkeit hat eine moralische Komponente, nämlich die Verantwortung, die Waldausbeute zum Nutzen kommender Generationen zu begrenzen. Nachhaltige Bewirtschaftung ist definiert als Betreuung und Nutzung von Wäldern auf eine Weise und in einem Ausmaß, dass deren biologische Vielfalt, Produktivität, Verjüngung und Vitalität gesichert ist. Sie bedeutet auch, jetzt und in Zukunft, die entsprechenden ökologischen, ökonomischen und sozialen Funktionen zu erfüllen und zwar umfassend, ohne anderen Ökosystemen zu schaden.

Wenn also schon Verkauf von Landeswald – der für mich, siehe oben, nach wie vor ein Fehler ist – dann nur auf der Basis von genau kontrollierten Festlegungen und Gesetzen, wonach der Käufer pro Hektar eine Summe zusätzlich zum Kaufpreis hinterlegt. Denn sollte es, wie es ja Praxis ist, zu Kahlschlägen und Nichtaufforstungen kommen, wäre das Land mit der hinterlegten Summe in der Lage das zu

genieur betreut werden, was zurzeit von einigen neuen Waldbesitzern abgelehnt wird. Zu den Problemen der Übernutzung von Privatwald gehört auch die fehlende Unterscheidung zwischen Gesamtzuwachs und Erntefestmetern der Hiebsarten. Bei minderbestockten Beständen müssen Unterbaumaßnahmen eingeleitet werden. Als algedienter Forstmann könnte ich endlos über die Ursachen der Krankheiten unserer Wälder reden.

Eine Gefahr für den Wald, im Konkreten vor allem wieder für die Dübener Heide, haben wir schon mehrmals in LN benannt, das ökonomisch unsinnige und ökologisch verbrecherische 20-MW-Holzwerk in Piesteritz, das zu bauen der Wittenberger Stadtrat den Leipziger Stadtwerken genehmigt hat.

Auch ohne dieses neue Werk können die hiesigen Wälder den Bedarf der in Sachsen-Anhalt angesiedelten Holzindustrie und der zudem noch überdimensionierten Holzkraftwerke nicht decken.

Dabei gibt es wirtschaftliche und umweltfreundliche Alternativen. So wiesen wir im Verein

unserer Wälder erfordert verantwortliches, gemeinsames Handeln aller. Denken wir immer daran, der Wald kommt ohne den Menschen aus, aber der Mensch braucht den Wald um Leben zu können.

Und dennoch zerstören wir diese Lebensgrundlage unaufrichtig. Wie ist die konkrete Lage derzeit?

Laut Bundeswaldinventur gibt es in Sachsen-Anhalt nur noch 24, 1 Prozent Wald. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 30 Prozent. In Deutschland werden täglich über 100 ha Wald und landwirtschaftliche Fläche unwiederbringlich genutzt, verbaut und zubetoniert. Das sind im Jahr 54 000 ha. Allein in Sachsen-Anhalt werden täglich 8 ha Land- und Forstfläche durch Bebauung, Stadterweiterung, Kiesgruben und anderes genutzt. Das sind im Jahr 2920 ha. Es muss also neuer Wald her. Unbewirtschaftete Flächen gäbe es genügend, die durch Aufforstung sozusagen zu Klimaschutzwäldern heranwachsen könnten. Bäume sind in der Lage, ihr Leben lang CO₂ aus der Luft zu binden. Schon ein Hektar Wald ist in der Lage, jährlich 10 Tonnen Kohlendioxid

Die Bundeswehr soll bis zum Jahr 2010 radikal umstrukturiert werden. Mit der Unterteilung in drei völlig neue Kategorien, sogenannte Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte, erfolgt die Umfunktionierung von einer Armee zur Landesverteidigung zu einer Aggressionsarmee. Sie entspricht damit der Struktur der überregionalen EU- und NATO-Militärverbände.

Die künftigen Aufgaben der Bundeswehr

Von **HELMUT ULRICH**

sind in dem vom Bundesministerium für Verteidigung herausgegebenen 165-seitigen „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ (www.weissbuch.de) veröffentlicht. Unter anderem wird hier auch die Sicherung der wirtschaftlichen Interessen durch die Bundeswehr festgeschrieben. Dazu heißt es auf Seite 16: „Deutschland, dessen wirtschaftlicher Wohlstand vom Zugang zu Rohstoffen, Waren und Ideen abhängt, hat ein elementares Interesse an einem friedlichen Wettbewerb ..., an einem offenen Welt-handelssystem und freien Transportwegen.“ Demzufolge „muss die Sicherheit der Energieinfrastruktur gewährleistet werden“. Bis hierher klingen diese Aufgaben noch recht harmlos – die im Entwurf verwendeten Formulierungen wurden auch entsprechend verändert –, doch auf ihrem 20. Parteitag, im November 2006, beschloss die CDU, dass dafür auch Militär eingesetzt werden könne. Wörtlich heißt es in diesem Beschluss: „Gerade im Zeitalter der Globalisierung ist die deutsche Wirtschaft mehr als zuvor auf den freien Zugang zu den Märkten und Rohstoffen der Welt angewiesen. Die Bundeswehr kann als Teil der staatlichen Sicherheitsorgane im Rahmen internationaler Einsätze zur Sicherung der Handelswege und Rohstoffzugänge beitragen.“ Deutlicher kann der Anspruch der deutschen Wirtschaft nicht ausgedrückt werden, die Teilhabe an den Welt-Rohstoffressourcen notfalls auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.

Kanonbootpolitik

Diese Forderung, die in den letzten Jahren bereits mehrfach von führenden Politikern und Wirtschaftlern gestellt wurde, erinnert in makabrer Weise an die bereits im 19. Jahrhundert von den Großmächten praktizierte Kanonenbootdiplomatie, die als „Verwendung militärischer Mittel zur Erlangung diplomatischer oder politischer Ziele in Friedenszeiten“ definiert wird. In der Zeit vor dem 1. Weltkrieg wurden von der Kaiserlichen Marine mehrere solcher Aktionen durchgeführt. Zu den bekanntesten gehören dabei der fälschlich als Aufstand bezeichnete „Boxer-Krieg“ in China (1900/01), in dessen Ergebnis Deutschland weitgehende wirtschaftliche Konzessionen in China zugestanden wurden, sowie der „Panthersprung nach Agadir“, der den deutsch-französischen Verhandlungen über Kolonialinteressen Nachdruck verleihen sollte (1911).

Dieses Prinzip der Einschüchterung meist schwacher Staaten durch Seestreitkräfte wird auch im 21. Jahrhundert fortgesetzt. Jüngstes Beispiel ist die am 4. August 2007 begonnene Afrika-Umrundung eines NATO-Flottenverbandes (Standing NATO Maritime Group 1, SNMG-1) unter Beteiligung deutscher Marineeinheiten. Bei dieser Aktion die auch Teile des Indischen Ozeans einschloss, sollten

Deutsche Marine rüstet auf

Flottenprogramm zur weltweiten Rohstoffsicherung

sich die SNMG-1-Kommandeure „ein Bild über die maritimen Aktivitäten“ vor den Küsten machen und damit konkrete Kampfeinsätze vorbereiten. Mit der Afrika-Umrundung dehnt die NATO nach eigenen Angaben ihren Einsatzradius „weit über die traditionellen Operationsgebiete“ aus. Die Präsenz des Flottenverbandes vor den Küsten war auch eine Drohgebärde gegenüber den „unwilligen“ Staaten und sollte sowohl Erkenntnisse über die Lage vor den afrikanischen Küsten sammeln als auch die Logistik des Militärbündnisses testen.

Flottenprogramm

Auf Grund der neuen Bedeutung der Marine für die globalen Einsätze der Bundeswehr rüstet die Bundesregierung die Marine mit Milliardensummen auf. Damit soll deren Führungsrolle bei künftigen Kriegseinsätzen in aller Welt gewährleistet werden. Neben der Sicherung von

Für die Jahre 2003-2017 sind für die Bundeswehr insgesamt 20 neue Waffensysteme mit Gesamtkosten von 75 Mrd. Euro vorgesehen. Für das Geld könnte man insgesamt 1 000 Berufsbildungszentren (à 12,5 Mio. Euro/je 500 Azubis), 2 000 Pflegeheime (à 6,4 Mio. Euro/je 60 Plätze), 2 000 Grundschulen (à 3,9 Mio. Euro/je 200 Schüler), 2 000 Studentenwohnheime (à 7,0 Mio. Euro/je 100 Plätze), 2 000 Sport-Mehrzweckhallen (à 5,0 Mio. Euro/je 2 Spielfelder) und 12 000 Kindergärten (à 1,4 Mio. Euro/je 4 Gruppen) errichten.

**LÜHR HENKEN,
FRIEDENSRATSCHLAG KASSEL**



Kanonenboot Panther, um 1900

Schiffahrtsrouten für deutsche Handelsschiffe gehören seegestützte Operationen gegen küstennahe Ziele an Land zu ihrem zentralen Aufgabenbereich. Welcher Art diese Aufgaben sein werden, geht aus einer Äußerung Jamie Sheas, Direktor für politische Planung der NATO, hervor. Zu



Korvette der K 31 Klasse



Fregatte F 125 (Modell)

Klagen der Erdölkonzerne BP und Shell über schwere Einbußen durch Angriffe von Rebellen auf Förderanlagen in Nigeria erwiderte er: „In der NATO denken wir sehr aktiv darüber nach, wie wir unsere Marinekräfte mit Ölkonzernen verbinden können.“

Die NATO-Konzepte sehen die Intervention von Marineeinheiten in Afrika und Asien vor, um Sabotage an Pipelines oder Geiselnahmen zu verhindern. Für die vorgesehenen Aufgaben sollen modernste Kriegsschiffe eingesetzt werden, die einen Küstenstreifen von 70 km Tiefe beschließen können und die auch als Basis für Landeinsätze von Spezialkräften dienen. Nach Angaben der Marine leben zwei Drittel der Weltbevölkerung innerhalb eines Küstenstreifens von 60 km. Deshalb werde es bei der „internationalen Krisenbewältigung und Konfliktverhütung“ in vielen Fällen sinnvoll sein, von See aus mit militärischen Mitteln vorzugehen, da Operationsbasen auf See leichter zu schützen sind als Landstützpunkte und auch flexibler verlegt werden können. Nach Vizeadmiral Noltig, Inspekteur der Deutschen Marine, ist außerdem bei seegestützter Kriegführung ein fließender Übergang von Drohgebärden zu Kampfhandlungen sowie das „dauerhafte“ operieren vor fremden Küsten möglich.

Das Aufrüstungsprogramm der Bundeswehr sieht für die Marine in den Jahren 2004-2017 folgende Neubauten vor, die mit den modernsten Antriebsaggregaten und elektronischen Steuerungsgeräten ausgestattet sind:

3 Fregatten, Typ F 124 (2004-2006), Gesamtkosten 2,20 Mrd. Euro. Sie sind gegenwärtig die größten der NATO. Ihre Hauptaufgabe ist die Geleitführung von weltweit operierenden deutschen Ein-

satzverbänden.

4 Fregatten, Typ F 125 (2014-2017), Gesamtkosten 2,60 Mrd. Euro. Ihre ununterbrochene Einsatzdauer beträgt maximal zwei Jahre. Jedes dieser Schiffe bietet Platz für 50 Einzelkämpfer einschließlich Speedboote und zwei Hubschrauber, um Kommandoaktionen durchzuführen.

5 Korvetten, Typ K 130 (2007-2008), Gesamtkosten 1,50 Mrd. Euro. Sie bilden als Korvettenverband ein völlig neues Waffensystem und dienen als Basis für Spezialkräfte. Nach Angaben der Marine sollen sie „zur präzisen Bekämpfung von Landzielen befähigt sein“.

6 U-Boote, Typ 212 (2004-2014), Gesamtkosten 2,70 Mrd. Euro. Die Boote verfügen über einen neuartigen Brennstoffzellen-Antrieb mit einer Leistung von 3120 kW, der eine ununterbrochene Tauchfahrt über mehrere Wochen erlaubt. Mit dem Aufrüstungsprogramm wird die deutsche Werftindustrie in starkem Maße dadurch subventioniert, dass Angebote ausländischer Konkurrenten nicht beachtet werden. Im Jahr 2006 erwirtschafteten die deutschen Marinewerften Umsätze von rund zwei Mrd. Euro. Nach Ansicht der Interessenvertretung der Werften und ihrer Zulieferer, des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik (VSM), müssen jedoch zur Expansion der Marineindustrie, die für die weitere Aufrüstung der deutschen Seestreitkräfte unerlässlich ist, rund zwei Drittel des Umsatzes im Export erzielt werden. Dank der Förderpolitik der Bundesregierung finden auf dem Weltmarkt für Kriegsgüter U-Boote und Schiffe „Made in Germany“ guten Absatz; der U-Boot-Bau nimmt dabei eine Spitzenstellung im Export ein. In wirtschaftlicher Hinsicht dienen die weltweiten Einsätze der deutschen Marine als „hervorragende Referenzen“ für den Export von Kriegsschiffen und deren Ausrüstung.



U-Boot der 212-Klasse

Die Sächsische Längsschnittstudie ist eine weltweit einzigartige sozialwissenschaftliche Langzeitforschung. Sie begleitet seit 1987, d. h. seit nunmehr 20 Jahren, eine personell gleichgebliebene, hinreichend große Population junger Ostdeutscher auf ihrem Weg vom real existierenden Sozialismus der DDR in den real existierenden Kapitalismus der Bundesrepublik Deutschland. Heute leben sie sowohl im Osten als auch im Westen. Die 1987 per Zufallsauswahl zustande gekommene Population ist repräsentativ für die 1973 in der DDR geborenen, inzwischen 34-Jährigen.

Im Juli wurden die Panelmitglieder – wie schon einmal 2004 – am Ende des Fragebogens zur 21. Welle dieser Studie gebeten: „**Bitte stellen Sie sich vor, Sie könnten in einer Diskussion mit hochrangigen Politikern ganz offen Fragen zur gegenwärtigen Situation in Ostdeutschland stellen. Wie würden Ihre Fragen lauten? Bitte Klartext formulieren!**“

Interessant, dass sich die weitaus meisten in Fragen gekleideten Probleme der noch von der Sozialpolitik der DDR Geprägten vor allem um drei Komplexe drehten:

- die ausgebliebene Ost-West-Angleichung, vor allem zu spüren im ungleichen Lohn für gleiche Arbeit,

- die Unmöglichkeit, ein menschenwürdiges Leben mit ALG II zu führen und
- das Unverständnis, warum das Gute der DDR, vor allem die Kinderbetreuung in den Vorschuleinrichtungen und die solide 10-klassige Schulbildung nicht vom Westen übernommen wurde.

Prof. Förster nennt seine Arbeit zu Recht ein politisches Seismogramm. Nur leider haben die allermeisten Politiker kein Gespür für dieses Beben im Volk. Die meisten der von ihm Befragten wollen den gegenwärtigen Kapitalismus wieder loswerden. Wobei sich im November 1989, zu Beginn der Studie, 87,2 Prozent der befragten Schüler, Lehrlinge und Studenten ohnehin für einen besseren Sozialismus und nur 3,4 Prozent für einen kapitalistischen Weg entschieden hatten. Ihr späteres mehr oder weniger geglücktes „Ankommen“ in der westgeprägten Gesellschaft trübte ihnen nie den Blick für die tatsächlichen Vorteile der DDR, was noch lange keine „ideologische Verklärung“ bedeutet. Kurz, das, was junge Menschen aus Erfahrung am eigenen Leib klug gemacht hat und was sie nun Vernünftiges fordern lässt, können und wollen Politiker nicht leisten.

Die hier von LN für den Druck nochmals gekürzte Fragenauswahl ist original nachzulesen unter: www.leipzigs-neue.de

Forschungsleiter:

PROF. PETER FÖRSTER
(Leipzig)

stellte Fragen zusammen, die die Teilnehmer der Studie, im Juli 2007 formuliert hatten.

„Wissen Sie eigentlich, wo Ostdeutschland liegt?“

Wann gehört Ostdeutschland endlich zu Deutschland?
(Monteur)

Warum gibt es immer noch Ost- und Westlöhne, wenn wir ein Deutschland sein sollen? Und die selbe Arbeit machen? Wieso werden wir Ostdeutschen immer noch abgestempelt? Wieso sind die Preise jetzt wieder so wie zu DM-Zeiten, obwohl es hieß, mit dem Euro wird alles halbiert?
(Mitarbeiterin bei Mc Donalds)

Warum gibt es so viele Arbeitslose? Wieso geht man immer an das Geld der kleinen Leute? Wann kommt hier der Aufschwung?
(Arbeitslose)

Warum „blüht“ der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland nicht, obwohl hier doch alle geforderten Voraussetzungen (niedrige Löhne, keine Tarifbindung, längere Arbeitszeit) existieren? Ist das nicht der Beweis, dass der geforderte flexible Arbeitsmarkt keinen Beschäftigungszuwachs bringt, sondern nur im Interesse der Kapitalisten (Ausbeutung) ist.
(Dipl. Ing.)

Was gedenken die Herren und Damen gegen das aufkeimende nationalsozialistische „Pack“, was sich ausbreitet, zu tun? Das Geld für Jugendarbeit wird ja überall gekürzt! Jeder Politiker sollte mal 1 Woche wie mit Hartz IV leben. Würden Sie das auch tun, um zu sehen, was das Leben dann so Tolles bereithält?
(Hausfrau, arbeitssuchend)

Wie ist das Kaputtmachen guter Dinge/Einrichtungen im Osten nach der Wende zu rechtfertigen? Gibt es die Bereitschaft zur offenen Entschuldigung?
(Diplompsychologe, Ost)

Politiker beklagen seit längerem den Verfall der Werte in Deutschland. Zu diesen moralischen Werten gehört auch Ehrlichkeit. Welchen Zusammenhang sehen Sie zwischen Ihrem Wahlversprechen und dem Verfall der Werte?
(Elternzeit)

Warum sind im Osten die Mindestlöhne immer noch 32% niedriger als im Westen (bei annähernd gleichen Lebenshaltungskosten)?

Warum verdient ein Ossi für die gleiche Arbeit als Fahrer oder Arbeiter am selben



Die einen sind drinnen, die anderen draußen, aber wenigstens mit einer Chance, doch noch reinzukommen ...

Foto: Eiltzer

Standort deutlich weniger?
(Fuhrparkleiter, Ost)

Warum werden viele Millionen für ein sinnloses G8-Treffen ausgegeben, statt sie hier in Wirtschaftsunterstützung und damit in neue Arbeitsplätze zu stecken?
(Teamleiterin, Ost)

Warum gibt es keine Schulen von der 1. bis zur 10. Klasse mehr? Warum muss es sein, dass Kinder nach der 4. Klasse, wenn sich Freundschaften gebildet haben, wieder auseinander gerissen werden? Neue Schulsysteme müssen her oder besser noch die aus der ehemaligen DDR!
(Verkäuferin, Ost)

Warum halten sich Politiker nicht an ihre Wahlversprechen?
(Berufssoldat)
Erst die Kitas schließen und jetzt einen auf Samariter machen und mehr Ganztagsbetreuung fordern – finden Sie das in Ordnung?
(Arbeiter)

Was haben Sie aus PISA gelernt? Wann gibt es (endlich) eine flächendeckende Ganztagsbetreuung für Kinder?
(Vermögensberater)

Ich möchte Arbeit und mein Sohn eine Lehrstelle!
(Arbeitslose)

Wieso können Sie es so viele Jahre nach der Wende zulassen, dass es (nicht nur ideologisch) immer noch eine Trennung zwischen Ost und West gibt (Tariflöhne, ALG II, Rente usw.)?

Wieso gibt die Bundesregierung so viel Geld für „humanitäre“ Kriegseinsätze aus, die uns von den USA aufgezwungen werden, aber für die Jugend ist kein Geld da (Krippenbetreuung, Pisa, Geburtenrückgang seit Jahren, Kinderarmut, Verteuerung der Kinder- und Schülerspeisung usw.?)
(Angestellte, Ost)

Mindestlohn einführen – warum ist das so schwierig?
(Angestellte, Ost)

Wer hat den Satz für das ALG II ausgerechnet, kann dieser jemand mit 331 Euro pro Monat auskommen?
(Erziehungsurlaub)

Es ist mir eigentlich egal, mit Politikern zu reden, weil sich eh nichts ändert. Der kleine Mann ist immer der Dumme und das bleibt auch so!
(Zollbeamter)

Gibt es glaubwürdige, ehrliche Politiker? Wann werden Politiker und Beamte für ihre Fehler zur Rechenschaft gezogen, auch finanziell?
(Arbeitsloser)

Welche Gedanken begleiten Sie, wenn Sie unlogische und unverständliche Gesetzesentwürfe verabschieden? Hat Ihr Geld Ihnen den Charakter verdorben?

Wie viel Schmiergeld wird gezahlt, damit die Politiker diese ganzen Gesetze unterzeichnen?
(Marketing-Assistentin)

Warum fließen die Subventionen, die Ostdeutschland erhält, nach Westdeutschland zurück?

Warum werden zunehmend ostdeutsche Firmen geschlossen, trotz voller Auftragsbücher?

Warum gibt es so wenige Ostdeutsche in Führungspositionen?

Musste das Schulwesen neu erfunden werden? Das 10-Klassen-System in der DDR hat sich doch bewährt? Warum wird nicht versucht, gute Sachen, die sich bewährt haben, zu übernehmen? (Gesundheits-, Familien-, Bildungspolitik).
(Krankenschwester)

Ich würde keine Fragen stellen wollen, da die Meinung von normalen Bürgern keinen hochrangigen Politiker interessiert. Hauptsache, die haben genug Geld zum Leben, alles andere kann ruhig beim „kleinen Bürger“ abgezogen werden.
(Krankenpflegerin)

Mit welchem Recht sind in Westdeutschland die Löhne, Gehälter und Renten höher als im Osten, obwohl im Osten die Preise für alle Waren, Mieten, Energien genau so hoch oder noch höher sind als im Westen? Sind wir Menschen zweiter Klasse? Arbeiten wir schlechter als die Vertreter der westdeutschen Späßgesellschaft?

Wie rechtfertigen Sie eine Politik, die Gesundheit zu einem für viele unbezahlbaren Luxusgut macht in einer angeblich so sozialen Gesellschaft?
(Leiterin Datenverarbeitung)

Was tun Sie gegen korrupte Politiker?
(Staatsanwältin)

Fortsetzung auf Seite 15

Es war das Jahr des Abschieds aus fast allen ehrenamtlichen Gremien. (Landesfachbereichsvorstand Sachsen, Bundesfachbereichsvorstand usw.) und die letztmalige Teilnahme an einem ver.di-Kongress.

Es wird also ein Rückblick über einen größeren Zeitraum.

In der ver.di ist das Ehrenamtsprinzip in der Satzung festgeschrieben.

Wie es sich mir in der Bundesverwaltung dargestellt hat, lässt sich an einem ironischem Beschlussvorschlag ablesen, den ich mal vor dem ersten ver.di-Kongress verfasst hatte:

Beschluss des Bundesfachbereichsvorstandes „Besondere Dienstleistungen“

Der Gewerkschaftskongress beschließt:

1. Alle ehrenamtlichen Gremien werden abgeschafft.
2. Die Mitglieder haben die Ehre und die Pflicht, mindestens satzungsgemäße Beiträge zu bezahlen.
3. Die Satzung erhält folgenden 1. Abschnitt § 1 Die Hauptamtlichen Funktionäre haben immer recht.
§ 2 Falls die Hauptamtlichen Funktionäre ausnahmsweise nicht recht haben, tritt automatisch § 1 in Kraft.
4. Die Schulungseinrichtungen von ver.di werden zu Kampfsportakademien umgebildet.
In diesen Instituten haben die Hauptamtlichen Funktionäre ihre Verteilungskämpfe zu absolvieren.
5. Mit der Annahme des Beschlusses wird der Gewerkschaftskongress beendet.

Beschlussbegründung

1. Der Punkt 3 wird bereits defacto ständig angewandt.
2. Die dadurch unnötigen Kosten, die die ehrenamtlichen Gremien verursachen, werden eingespart und stehen dem Hauptamtlichen Apparat uneingeschränkt zur Verfügung.
3. Die Akzeptanz der Mitglieder zu ver.di wird steigen, da sie nicht mehr für die abwesenden Ehrenamtlichen mitarbeiten müssen. Das Argument „Ihr verprasst nur unsere Beiträge“ wird gegenstandslos.
4. Die Quotenbestimmungen verursachen niemanden mehr Kopfschmerzen
5. Die in den Kampfsportakademien gestählten Hauptamtlichen Funktionäre bilden eine strategische Reserve für den Kampf gegen das Böse.

Fortsetzung von Seite 14

Korruption und marktwirtschaftliche Verbrechen sind heute allzu gegenwärtig geworden! Wie begeben Sie diesen? Können Sie das überhaupt noch bewältigen? Stecken Sie da mit drin? Was bedeutet Menschenwürde, was sind wir für Sie? Ich freue mich, dass man mal zu solchen Themen sein Herz ausschütten kann.

(Bürofachkraft)

Da ich seit 1993 in Baden-Württemberg wohne, weiß ich leider nicht mehr so genau, was die Menschen in Ostdeutschland im täglichen Leben beschäftigt. Aber interessant wäre zu wissen, warum die Löhne immer noch geringer sind als hier, wofür der Soli-Zuschlag verwendet wird, den wir alle immer noch zahlen, Was wird aus den vielen Schulabgängern, die keine Lehrstelle finden und wie wird

endlich den vielen Arbeitslosen wirklich geholfen, anstatt ihnen sinnlose ABM-Stellen zu geben. Leider ist so vieles versprochen worden, was nie oder nicht so schnell zu realisieren war.

(Modeverkäuferin)

Wann bekommt Ostdeutschland, vor allem der Mittelstand, endlich etwas vom Aufschwung zu spüren?

Wie wollen Sie die immer noch anhaltende Abwanderung stoppen? Nach wie vor verweisen ganze Landstriche im Osten.

(400-Euro-Job)

Ich glaube, ein Politiker würde die Frage des „einfachen Bürgers“ überhaupt nicht verstehen, da er in einer anderen Welt lebt. Es sei denn, es stehen Wahlen vor der Tür!

(Industriemechaniker)

Tauschen Sie mal 4 Wochen mit:
a) einem Hartz-IV-Empfänger

b) einer berufstätiger Mutter
c) Eltern, die für ihr behindertes Kind im Bürokratismus ertrinken?

Dabei sollten auch beachtet werden: Wohnverhältnisse, Einkommen, Spritpreise, Antragstellungen, Telefonate mit Behörden!!

d) einem Angestellten, der sich von seinem Chef alles gefallen lassen muss?

(Physiotherapeutin)

Frau Merkel, warum sind Sie in der CDU, vermitteln aber nicht die christlichen Werte? Wieso gibt es Milliarden für Rüstung, aber nur Millionen für Kinder und Jugendarbeit?

(Trockenbauer)

Mit Politikern reden bringt nichts, da sie nur die Ziele der herrschenden Klasse verfolgen!

(Arbeitslose)

Gibt es für mich auch noch Altersrente?

(Krafffahrer)

Warum wurde unser altes Altstoff-System nicht beibehalten oder auch im Westen umgesetzt? Ich habe von Bekannten aus Sachsen (Hoyerswerda) erfahren, dass es dort noch einen Teil davon geben soll. Finde ich gut, gerade für Kinder, sich nebenbei noch ein paar Euros zu verdienen.

(Personaldisponentin)

Die Leute, die heute Arbeit haben, müssen oft für 3 bis 4 Leute arbeiten. Warum ist das so?

(Krankenschwester)

Für welche Unternehmen machen Sie die Politik?

(KFZ-Meister)

Können Sie mir sagen, wie viel ein Liter Milch kostet?

(400-Euro-Job)

Wissen Sie eigentlich, wo Ostdeutschland liegt?

(Arbeitsloser)

Mein Gewerkschaftsjahr 2007!



Alle unsere Bemühungen für den Fachbereich *Besondere Dienstleistungen* bessere Betreuungsbedingungen zu schaffen, sind gescheitert.

In meinem Diskussionsbeitrag auf dem ver.di-Kongress 2003 hatte ich dazu vorgeschlagen: Die Lage in den Armen-Fachbereichen muss endlich grundlegend verändert werden, aber den Weg, den die Politiker einschlagen, wollen wir ja nicht gehen. Was würde passieren, wenn wir mit der Agenda 2010 unsere Probleme in ver.di lösen wollten? Die Hauptsache war ja, statt Arbeitsplätze zu schaffen, die Armen zu schröpfen. Wenn wir das konkret bei uns machten, hieße das, wir müssten vom ver.di-Baum die schwachen Äste abhacken.

Oder ganz konkret:

Alle, die weniger als, sagen wir mal, 30 Euro Mitgliedsbeitrag bezahlen, werden nicht mehr betreut.

Was wäre das für eine einfache Lösung für die Budgetierung! Und ähnlich wie bei der Gesundheitsreform: Für alle Besuche bei einer Betreuungssekretärin oder -sekretär werden jetzt zehn Euro Betreuungsgeld verlangt.

Und nun wird alles ganz einfach: Die viel

zulung dauernde Strukturreform könnte radikal verkürzt werden. Die Fachbereiche 12 und 13 könnten fast vollständig ausgegliedert werden, da die meisten Mitglieder ja nicht mehr im Betreuungslimit liegen und auch die Betreuungsgebühr sowieso nicht aufbringen können. Es gibt kein Geschrei mehr, dass diese Fachbereiche mehr Betreuungspersonal brauchen. Man muss sich nicht mehr um die weißen Flecken kümmern, wie zum Beispiel die Call-Center, die Arbeitsvermittler, die Wachleute, die Friseur, die Handelsleute, die Fitnesscenter und so weiter, die zwar viele Mitglieder bringen könnten, die aber nichts einbringen, dafür aber auch noch betreut werden wollen.

Ver.di bekommt zwar nur wenige Sekretärinnen und Sekretäre aus den auszugliedern den Fachbereichen frei, aber wir können die Arbeitsenergie endlich auf Leute konzentrieren, die Geld ins Haus bringen. Ein Mitglied, das 30 Euro Beitrag bringt, ist letztlich auch billiger als sechs Mitglieder, die nur fünf Euro einbringen.

Alles in allem: Dadurch würde sich die Finanzsituation erheblich verbessern. Die Budgetierungsrichtlinie könnte bleiben, wie sie ist.

Da die Auslagerung von Dienstleistungen in den Billiglohnbereich immer mehr um sich greift ..., werden also immer mehr Leute in den Niedrigstbetreuungsbereich fallen. Und da die Billiglöhner nicht mehr gewerkschaftlich betreut und die Tarifverträge dann mit irgendwelchen obskuren Vereinen abgeschlossen werden, werden die Dienstleistungen immer billiger, und das ist für die guten Beitragszahler sicherlich auch besser.

Leider hat sich in den vier Jahren die Betreuungskapazität weiter verringert. Der Zusammenschluss MDR hat da natürlich auch nichts gebracht.

Mit dem Kongress 2007 hat der Fachbereich 13 allerdings eine couragierte Leiterin bekommen, was dringend nötig war.

Trotz allem:

Mit der Mindestlohn-Initiative haben wir einen ganz großen Schritt vorwärts getan.

Hier werde ich weiter aktiv bleiben!

Die Idee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift.

•JÜRGEN RICHTER

Norbert Büttner

Ein Beitrag zur Debatte

Zum Jahreswechsel verschickte eine Reinigungsfirma folgendes Schreiben:
„Liebe Mitarbeiter, wir möchten die Gelegenheit nutzen und Ihnen für die geleistete Arbeit danken. Das abgelaufene Jahr war für uns sehr erfolgreich und wir würden unser Geschäft gern ausdehnen. Doch die Politik verweigert die dafür nötigen Reformen, denn solange das ALG II fast so hoch ist wie die von uns gezahlten Löhne, solange werden wir nicht die erforderlichen Arbeitskräfte finden.“

Die Unterscheidung

Das Gericht verkündete sein Urteil: Einstellung des Verfahrens gegen Zahlung einer Geldbuße. Die gutbetuchten Angeklagten, auf die dutzende Fernsehkameras gerichtet waren, verkniffen sich jede sichtbare Reaktion. Sie zeigten nur einen Moment Erstaunen und einer von ihnen freute sich, als die Höhe der Strafen bekannt gegeben wurde je knapp drei Millionen Euro für den Bankier und den Aufsichtsratsvorsitzenden, aber nur 60 000 für den ehemaligen Gewerkschaftsführer. Das Gericht begründete es mit dem unterschiedlichen materiellen Status der Angeklagten.

Ehe sie den Gerichtssaal verließen, bemerkte der Bankier stüffisant zum Gewerkschafter: „Nur 60 000. Und da soll einer noch sagen, deutsche Gerichte geben nichts mehr auf soziale Gerechtigkeit.“

Es weihnachtet in Konzert und Oper

In der Vorweihnachtszeit wird's möglich. Im Opernhaus wird wieder öfter als dreimal in der Woche gespielt. Neben der Wiederaufnahme von „Hänsel und Gretel“ erweist sich der vom Ballettdirektor Paul Chalmer frei nach Lew Iwanow und Wassili Wainonen neu einstudierte „Nussknacker“ von Peter Tschaikowski als Publikumsmagnet.

Von **WERNER WOLF**

Die von Marius Petipa nach E. T. A. Hoffmann und Alexandre Dumas gestaltete Geschichte wird munter mit einigem Augenzwinkern erzählt. Chalmer folgt weitgehend der choreographischen Überlieferung nach den Regeln klassischer Ballettkunst, setzt aber auch einige ironische Blitzlichter dazu. Da können die Solotänzer und Gruppen von Festgästen, Mäusen, Schneeflocken, Soldaten, in spanischen, arabischen, chinesischen, russischen Tänzen nach Herzenslust über die Bühne wirbeln, ohne allzu sehr auf Präzision achten zu müssen. Tänze wie Trepak waren freilich in Leipzig schon temperamentvoller zu erleben. Benjamin Tyrrell hat farbenfrohe Mär-

chenkostüme entworfen und anheimelnde Bühnenbilder bauen lassen. Das mit Tschaikowskis Sinfonik bestens vertraute Gewandhausorchester könnte die Musik dieses Balletts gewiss noch geschmeidiger, farbiger und ausdrucksstärker spielen, wenn der Dirigent Vello Pähn ihm mehr abfordern würde.

Selbstverständlich gehört in die Adventszeit das Weihnachtsoratorium von Johann Sebastian Bach. Die Aufführungen mit den Thomanern sind trotz inzwischen enormer Preise die gefragtesten. Auch (die öffentliche Generalprobe mitbedacht) in der vierten Aufführung der Kantaten 1-3 und 6 am 3. Advent sangen und musizierten die Thomaner, die Solisten Johannette Zomer, Anna Haase, Martin Petzoldt, Matthias Weichert und das Gewandhausorchester mit Christian Funke als Konzertmeister, von Thomas Kantor Georg Christoph Biller suggestiv geführt, in großartiger Form.

Neben Kantoreien finden aber auch andere Chorgemeinschaften wie der Oratorienchor unter Martin Krumbiegel und erstmals die Kammerphilharmonie und das Vokalconsort Leipzig unter Leitung von Michael Köhler mit dem Weihnachtsoratorium viel Zuspruch. Zudem

wecken die Aufführungen von Weihnachtsoratorien anderer Komponisten Interesse. So setzte sich das von Gunter Berger neu gebildete Studio vocalis Leipzig in der Reformierten Kirche mit Erfolg für „Die Freude der Hirten über die Geburt Jesu“ des Bach-Schülers und langjährigen Dresdener Kreuzkantors Gottfried August Homilius ein. Es ist ein klangschönes, abwechslungsreiches und farbiges Werk in Verwandtschaft zu Kompositionen von Carl Philipp Emanuel Bach und Carl Heinrich Graun. Die Kantorei der Reformierten Kirche bot unter Leitung von Maria Bräutigam die Weihnachtshistorie von Heinrich Schütz. Von den zahlreichen Requiem-Aufführungen am und vor dem Totensonntag sei die des Requiems von Gabriel Fauré mit dem Chor und dem Sinfonieorchester des MDR im 3. Matineekonzert hervorgehoben. Es unterscheidet sich von den meisten anderen Vertonungen dieses liturgischen Texten durch das Auslassen des „Dies irae“ mit seiner Strafpredigt und durch das Hinzufügen des Teiles „In paradisum“ als Abschluss. Mit seiner zarten, innigen Musik will Fauré die Trauernden aufrichten, ihnen Trost zusprechen. Der französische Dirigent Fabrice

Bollon erschloss mit dem Chor, den Solisten Iride Martinez, Klemens Sander und dem Sinfonieorchester all die feinen Nuancen, die diese zu Herzen gehende Musik auszeichnet. Die vorher aufgeführte dritte Sinfonie für Orgel und Orchester des mit Fauré gleichaltrigen Charles-Marie Widor bildet dazu das bombastisch ausladende Gegenstück.

Französische Musik gab es auch im 4. Matineekonzert des MDR. Da wurde zum 3. Advent eingangs das erst in jüngster Zeit wieder vollständig erschlossene Violoncellokonzert, ein Concerto militaire, von Jacques Offenbach gespielt. Wenn neben empfindsamen Themen auch flotte Operettenmelodien und -rhythmen aufklingen, wird das Militärische auf die Schippe genommen. Der vorzügliche Solist Raphael Wallfisch meisterte all die virtuosierten Extravaganzen seines Parts und traf insgesamt die launige Musizierhaltung des Stückes. Jonathan Stockhammer trumpfte dabei mit dem Orchester gehörig auf. Bei den selten zu hörenden Sätzen Gigue und Rondes de printemps aus den Images von Claude Debussy und der noch seltener aufgeführten Sinfonie g-Moll von Lalo wäre mehr klangliche Differenzierung zu wünschen gewesen.



Klein(e)-Messe-Ausstellung

An Besitzer von Wachfigurenkabinetten und Menagerien, an Puppenspieler, Akrobaten, Seiltänzer und Gaukler wird erinnert. Seit 100 Jahren gibt es Schaubuden und Karussells am Leipziger Kleinmesseplatz Cottaweg.

„Rein ins Vergnügen“ – so lockt die Ausstellung im Stadtgeschichtlichen Museum noch bis zum 27. Januar 2008. Ab 18. April 1907 begeisterten unweit des heutigen Stadi-

ons die Fahrgeschäfte verschiedenster Couleur. Immer dabei auch Seiferts Oscar, der mit seinem Bauchladen auch Geldbörsen aus Brummochsenleder feilbot. Bis der Cottaweg in dieser Hinsicht die erste Stadtadresse wurde, waren diese Vergnügungen unter anderem am Rossplatz oder Schul- und Fleischerplatz zu finden.

Interessant auch die Einblicke dieser Ausstellung in die Vergnügungsindustrie nach 1945. Riesenrad, Geisterbahn zogen von der heutigen Jahnallee bereits 1946 zum wiederhergestellten Kleinmessegelände. Besonders beliebt: das drehbare Haus, die Überschlagschaukel, Kettenkarussell und das Riesenrad mit seiner wunderbaren Aussicht von ganz oben. Von Anbeginn wurde dieses Volksfest dreimal pro Jahr geplant. Und da die Vergnügungen immer lauter und größer wurden, mussten Straßenbahn und Autoverkehr umgeleitet werden. So entdeckten die Stadtoberen vor 100 Jahren das in dieser Hinsicht „störungsfreie“ Gelände am Cottaweg. Derzeit haben da auch die Preise mächtig angezogen. Für diese Ausstellung müssten sie drei Euro auf den Kassentisch legen. Aber der erste Mittwoch im Monat ist sogar gratis. • H. G.

Jeder blamiert sich irgendwann und irgendwo einmal. Ob mit oder ohne Folgen, das hängt von der Art der Bloßstellung und der damit verbundenen Beschämung ab. Und das passiert ja im Fernsehprogramm zunehmend häufiger. Geschämt haben sich die junge Frau und ihr Telefonjoker nicht, als sie sich jüngst bei „Wer wird Millionär“ blamierten. Wie war doch gleich die berühmte Frage mit „Ostbonus“? *Wie heißen zwei der längsten Flüsse in den neuen Bundesländern, die die Begriffe „Weiße..“ und „Schwarze...“ in ihrem Namen tragen? Und als Vorgabe gab es noch: A) Elster, B) Schmepe, C) Drosel, D) Lerche.*

Grübeln, Kopfschütteln bei der Kandidatin. Günter verdrehte die Augen und empfahl die mögliche Telefonhilfe. Auch die, ein Mann um die 60, versagte. Schließlich riet die junge Frau ganz aufgeregt: *Elster.*

Blamiert? Was meinen Sie, nach dieser speziellen PISA-RTL-STUDIE einer West-Abiturientin?

Jörg Kachelmann hätte diese Frage

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

sicher sofort beantwortet. Seine Peinlichkeit, jüngst beim „Riverboot“, hörte sich ganz anders an und bediente, ohne Nachzudenken, mal wieder

Blamiert?

VON

Michael Zock

ein anderes Klischee. Der Wettermann hatte eine wunderbare, sehr beliebte Schauspielerin als Gegenüber: Ingeborg Krabbe.

Nun spricht man, wenn man sich nicht blamieren will, Frauen kaum direkt auf ihr Alter an. Trotzdem dürfte Herr Kachelmann durch die Redaktion wissen, dass Frau Krabbe 1931 in Leipzig geboren wurde, denn das steht in

jedem Schauspielerlexikon, welches DDR-Akteure nicht ausklammert. Also, Ingeborg Krabbe war auf dem MDR-Schiff, da sie zur Zeit eine nicht unwichtige Rolle im neuen Udo-Jürgens-Musical spielt. Sie singt und tanzt auf einer Hamburger Bühne und erwähnte, im Disput mit dem Frager, dass sie in diesem internationalen Ensemble auch ihre alten Schulkenntnisse der englischen Sprache aufgefrischt habe. Wie der Blitz verblüffte der Wettermann daraufhin die Zuschauer, dass sich Frau Honecker wohl noch heute darüber freuen könne. Glaubte er, Ost-Abiturienten können nur Russisch? Stopp! Keine falschen Schlüsse ziehen. Die Situation war viel doppeldeutiger, denn Ingeborg Krabbe schaute Jörg Kachelmann tief in die Augen und raunte: Ich habe mein Abitur 1949 in Leipzig gemacht, da gab es die DDR noch gar nicht. Alle Wetter! Der Moderator schüttelte seinen schlecht frisierten Wildwuchs und fragte schlicht weiter. Blamiert oder nicht?

In memoriam STOCKHAUSEN

Unabhängig von heutiger und künftiger Bewertung: Der am 5. Dezember im Alter von 79 Jahren gestorbene Karlheinz Stockhausen gehört neben Luigi Nono, Pierre Boulez und Hans Werner Henze zu den herausragenden und anregendsten Komponisten seiner Generation.

Der Sohn eines mit Laienspielgruppen arbeitenden Volksschullehrers und einer Klavier spielenden Mutter wuchs mit Musik auf. Sein Weg führte vom Klavierunterricht seit dem 6. Lebensjahr über den Musikunterricht auf der Lehrerbildungsanstalt Xanten zum Schulmusikstudium in Köln und zum Komponieren. Die Internationalen Ferienkurse für Musik in Darmstadt, Studien bei Olivier Messiaen in Paris und die Bekanntschaft mit Herbert Eimert, einem der Pioniere elektronischer Musik prägten ab 1951 die frühe kompositorische Entwicklung. Nach zwei Studien mit elektronischer Musik (1953/54) erregte Stockhausen mit dem 1955/56 entstandenen „Gesang der Jünglinge“ mit gesungenen und elektronisch erzeugten Tönen weithin Aufsehen. Eine stattliche Werkreihe schließt sich in den 1960er und 1970er Jahren an.

Mit „Originale“ wandte sich Stockhausen 1961 erstmals dem musikalischen Theater zu. Von 1977 bis 2005 schuf er mit dem siebenteiligen Zyklus „Licht - die sieben Tage der Woche“ sein umfangreichstes Werk von 29 Stunden Dauer. Die Teile „Donnerstag“, „Samstag“ und „Montag“ erlebten in der Mailänder Scala 1981, 1985 und 1988 ihre Uraufführung. 1993 und 1996 erwarb sich die damals von Udo Zimmermann geleitete Oper Leipzig das Verdienst der Uraufführung von „Montag“ und „Freitag“.

Die auf dem neuen Leipziger Messegelände geplante Uraufführung von „Mittwoch“ kam nach Zimmermanns Weggang nicht zu Stande und konnte auch in Berlin nicht realisiert werden. Auch eine Gesamtaufführung des Werkes steht noch aus. Stockhausens Wunsch, man möchte für das Werk ein spezielles Festspielhaus errichten blieb bislang unerfüllt. Inzwischen plante der Künstler ein neues 24-teiliges Projekt über die 24 Stunden des Tages. Ein vielgestaltiges Lebenswerk bleibt noch zu erforschen.

• W.W.



Ein großer Tag nach einem langen Kraftakt

Grassi Museum für Angewandte Kunst wiedereröffnet

Der Museumsdirektorin Eva Maria Hoyer ist die Begeisterung anzumerken, wenn sie von ihren Schätzen und deren neuem Zuhause spricht. „Ein großer Tag“, wird sie nicht müde zu betonen. Und wahrlich, ein Kraftakt.

Nach mehrjähriger baulicher Sanierung, die 34,9 Millionen Euro zuzüglich drei Millionen für den Innenausbau kostete, ist das Grassi Museum für Angewandte Kunst jetzt wiedereröffnet worden.

Im ersten großen Ausstellungsrundgang „Antike bis Historismus“ werden auf 2000 qm Ausstellungsfläche in 30 Schauräumen mehr als 2000 Objekte präsentiert. Und noch mehr lagern in den Depots, Schätze, die auf eine interessierte Öffentlichkeit warten: 90 000 Bestandseinheiten aus allen Materialbereichen, 50 000 Blatt Graphische Sammlung und 70 000 Fotos, soweit die Statistik.

Nicht zufällig wird das Museum mit dem Rundgang „Antike bis Historismus“ eröffnet, wie Eva-Maria Hoyer erläutert: „Die Antike ist Beginn und Ende. Es geht um die Rezeption der Antike. Sie ist Reiz- und Drehpunkt für die Kunst.“ Die Direktorin betont, dass viele Objekte seit Jahrzehnten erstmals zu sehen sind.

Der Rundgang wird zu einer Rundreise: Von der Antike geht es ins Mittelalter, zur Spätgotik, wo ein Wandbehang aus dem Jahr 1539 von der tragischen Liebe zwischen Tristan und Isolde berichtet, dann zur Renaissance, wo Teile des Leipziger Ratsschatzes, wie die Eidbibel, zu bewundern sind.

Eine kunsthistorische Rarität ist die Julius Franz Döteber zugeschriebene

Predella mit der Abendmahlsdarstellung, die vermutlich aus dem Jahr 1638 stammt (siehe Abb.). Der Überlieferung nach gehört sie zum 1785 abgebrochenen Hauptaltar der Leipziger Nikolaikirche. Solche Polierweißfassungen aus dieser Epoche sind nur noch sehr selten im Original erhalten.

Einmalig im musealen Kontext ist auch die Refektoriumsvertäfelung aus dem Kloster Cori nahe Rom. Diese Holzvertäfelung, die 1670 vom Klosterbruder Vincenzo da Basiano angefertigt wurde, zeichnet sich durch die feinen Halbkapitellschnitzungen aus. Das Sorgenkind, welches durch fehlerhafte Lagerung im Depot massiven Schaden nahm, konnte zwischen 2003 und 2005 aufwendig restauriert werden.

Armutig und exotisch ist die erstmals öffentlich präsentierte Wandbespannung mit Chinesendarstellungen aus dem Rittergut Zehmen bei Leipzig. Etwa 1760 hat ein unbekannter Künstler mit Öltempera und Leinwänden dieses Kunstwerk geschaffen. Damals ein Modeartikel, denn wer vom Adel etwas auf sich hielt, ließ sich ein solches chinesisches Kabinett als Rückzugsort vom strengen Hofzeremoniell anfertigen.

Raffaels „Schule von Athen“ ist nicht nur jedem Vatikan-Touristen und vielen Kunstliebhabern ein Begriff, sondern hat 1777 auch das Pariser Atelier Audran inspiriert, das einen Wandteppich mit eingewirkten Bildern schuf. Dieser Gobelin, ein Geschenk von Ludwig XIV. von Frankreich an den russischen Zaren

Paul I., hing im Winterpalais und ist heute in Leipzig zu bewundern.

An die Piranesi-Liebhaber wurde auch gedacht und eigens dafür ein Kabinett eingerichtet.

Piranesis Radierungen („Vedute die Roma“) haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Italien-Sehnsucht der Deutschen gehabt. Auch der junge Goethe hat in Frankfurt am Main die erste Berührung mit Italien durch die filigranen Stadt- und Ruinenansichten Piranesis bekommen.

Ein besonderes Schmuckstück, was Objekt und Präsentation angeht, ist der ebenfalls durch langjährige Restaurierung wiedererstandene Römische Saal (Abb. rechts), der um das Jahr 1795 mutmaßlich von Künstlern des Weimarer Hofes geschaffen wurde und einst glanzvoller Mittelpunkt des Herrenhauses von Eythra war, einem inzwischen „verlorenen“ Ort.

Ein bisschen Ironie darf am Ende schließlich auch nicht fehlen. Kunstgewerbemuseen haften, oft zu Unrecht, der Ruf von „Kaffeetassensammlungen“ an. Damit spielen die Leipziger Ausstellungsmacher bewusst und präsentieren eine leuchtende Vitrine mit Sammeltassen.

In den nächsten Jahren werden die Rundgänge „Asiatische Kunst“ und „Jugendstil bis Gegenwart“ einladen. Geplant sind außerdem Sonderausstellungen und die Fortführung der Grassi-Messe. Nicht unerwähnt bleiben darf die 50 000 Bände umfassende Fachbibliothek.

• D. M.
Grassi Museum
für Angewandte Kunst,
Johannisplatz 5-11,
Di. - So.: 10 -18Uhr



Aus der Museumsgeschichte...

1874: Eröffnung als zweites Kunstgewerbemuseum in Deutschland

1892 bis 1896: Bau des ersten Grassimuseums am heutigen Wilhelm-Leuschner-Platz aus dem Vermächtnis des Leipziger Bankiers Franz Dominic Grassi

1920: Begründung der Grassimesse unter Museumsdirektor Richard Graul

1925 bis 1929: Bau des neuen Grassimuseums am Johannisplatz als eines der modernsten Museumsensembles der Zeit

1939: kriegsbedingte Schließung der ständigen Ausstellung

1943 und 1945: Zerstörung des Gebäudes

1952: Eröffnung einer provisorischen Ausstellung in fünf von einst dreißig Schauräumen

1982: Auf Grund des fortschreitenden Gebäudeverfalls Schließung der ständigen Ausstellung

1994: In fünf neu ausgestatteten Schauräumen Präsentation eines ausgewählten Sammlungsquerschnitts

1997: Wiederbelebung der Grassimesse als Verkaufsausstellung mit internationalem Profil

2000 bis 2005: Sanierung und bauliche Modernisierung des Komplexes

2007: Eröffnung des ersten Rundgangs „Antike bis Historismus“ in dreißig Schauräumen



Die Lebensbilder der Kunstmalerin Anna Bregulla

Am schönsten ist eine Vernissage, wenn manches ein wenig anders kommt als gedacht. Und wer sich aufmacht einer Einladung der Kulturvereinigung „DIE BUNTEN“ zu folgen, muss ohnehin damit rechnen. Ich wurde nicht enttäuscht, denn neben dem üblichen und zunächst floskelhaften: „Schön, dass Sie da sind!“, gab es bald Gelegenheit mit einer wunderbaren Frau ins Gespräch zu kommen, deren Bilder nicht von dem Leben der Malerin zu trennen sind. Enttäuschung, Hoffnung, Verzweiflung sind erkennbar, meist etwas versteckt in flächiger Landschaft oder Natur.

Anna Bregullas Pinselstrich ist direkt und geheimnisvoll zugleich. Seit 1992

lebt die gebürtige Polin in Leipzig. Die Lebenswege des privaten Glücks hielten nicht allzu lange an und wichen bald Verzweiflung und existenzieller Not. So etwas hinterlässt Spuren, direkt oder indirekt auf vielen Bildern und Motiven.

Steht man mit der Künstlerin gemeinsam davor, entsteht keine Kunstpause sondern man kommt ins Gespräch, über das eigene und ihr Leben. Das waren während dieser Vernissage Momente der schönen und seltenen Art. Ihre Bilder waren bisher im Leipziger Liebknecht-Haus, im Klub „Gshelka“ und zuletzt in der Veranstaltungstonne am Torgauer Platz zu sehen. Sicher, keine noblen Szene-

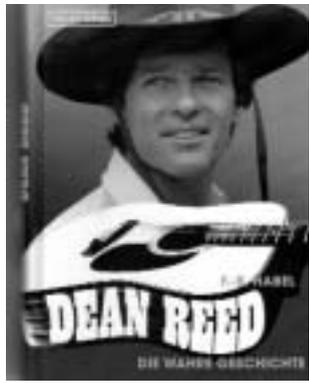
Galerien, dort würden ihre Sichten auch nicht hinpasse. Bregullas Bilder helfen ganz real Menschen, die mit ihrem Leben nur noch schwer zurechtkommen. Die Malerin nahm den Auftrag eines Pflegeheimes an, um für Demenzzranke die oft langweiligen Türen ganz speziell, mal größer, mal kleiner zu kennzeichnen. Auf kunstvolle Art, beispielsweise eine Badtür zu gestalten, damit die Hilflosen davor sie wiedererkennen und merken, was sich hinter so einer Tür verbirgt. Lebenshilfe gemalter Art. Erzählt Anna über ihr Leben, dann erwartet einen eine bemerkenswert mutige Frau, mit einer speziellen Prise polnischen Humors, die toll zuhören kann.

• MIZO

Voller Pathos, voller Ideale

„Die Wahre Geschichte“, so der Untertitel auch dieser Biografie. Wenn damit jene Stellen im Buch gemeint sind, die Dean Reed als einen unwahrscheinlich mutigen, ehrlichen, selbstlosen Streiter für die sozialen Rechte der Menschen in Franco-Spanien, in Argentinien, in Chile, in Nicaragua, in Palästina beschreiben, dann ist er wahrlich gerechtfertigt. Ich lernte den Sänger des anderen Amerika 1979 in Moskau kennen und schätzen, erinnere mich aber auch an seine ersten Zweifel. Zweifel nicht am Sozialismus als politischer Idee, sondern allein an der Art, wie er in seiner neuen Heimat DDR praktiziert wurde. Im selben Moment entschuldigte er sich für solche Gedanken, er kenne schließlich die andere Seite der Welt mit ihren wirklich schlimmen sozialen Zuständen.

Reeds sozusagen politisches Erwachen ist übrigens einem nächtlichen Gespräch mit Che Guevara in Argentinien zu verdanken. Freunde waren ihm Ernesto Cardenal ebenso wie Jassir Arafat oder Pablo Neruda. In der DDR war dieser schier unverbesserliche Idea-



list vielen suspekt, immer wieder begegneten ihm Misstrauen und Zweifel an seiner Ehrlichkeit, seiner Solidarität. Dabei war er auch rührend naiv. Ich erinnere mich an ein Gespräch, in dem er Eheprobleme andeutete und zerknirscht, grundaufrechtig aber eben auch mit dem ihm eigenen Pathos vor sich hinhimmelte: „Ich kann mich doch nicht schon wieder scheiden lassen. Ich bin doch Kommunist, ich bin im Weltfriedensrat, ich hab eine Vorbildfunktion ...“ Sein Biograf schreibt, Reed habe sich gerne mit schönen Frauen befasst, damit aber kein Problem gehabt. Ganz so oberflächlich war er wohl auch in dieser Beziehung nicht. Dennoch, eine „wahre“, eine lesenswerte und nachdenklich machende Biografie.

• WART

F.-B. Habel: *Dean Reed – Die wahre Geschichte. Verlag Neues Leben, Berlin 2007. 317 S., 19,90 Euro*

Eine lehrreiche Flucht

Die Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendliteratur e. v. in Volkach wählte dieses Abenteuerbuch als „Buch des Monats August“. Doch Abenteuerbuch ist zu eng für die Geschichte dieses Jugendlichen, der Probleme mit dem Neuen seiner Mutter hat, diesen beinahe erschlägt, und aus Angst, ihn ermordet zu haben zu seinem Großvater nach Kanada flieht. Dort erlebt

er die exotische wie gefährliche Wildnis, er lernt das Leben der Indianer kennen, ihren Lebenskampf, Umweltprobleme, menschgemachte – und wird zum reifen jungen Mann. Wirklich ein auszeichnungswürdiges Jugendbuch.

• MX

Wolfgang Bittner: *Flucht nach Kanada. Laetitia Verlag, Kellenhusen 2007. 161 S., 14,60 Euro*

Dichtung als Widerstand

Für Reinhard Bernhof ist Schreiben nicht nur ein ästhetisches Vergnügen, keine Flucht in die Idylle, sondern „Dialog mit der Zeit, in der ich lebe“. Ganz in diesem Sinne ist der vorliegende Gedichtband Einmischung in gesellschaftliche Prozesse, bemüht, diese sichtbar zu machen und anzuklagen. „Der Dichter, wenn er wahrhaftig ist“, so Bernhof, sollte seine Sprache dem Verlierer und den ins Abseits Gedrängten zur Verfügung stellen.“ Ein derartiger Vorsatz lässt aufhorchen in einer Zeit, in der alles nur noch Ware ist und Verteilungskämpfe immer gewalttätiger werden, wo „Menschenreste aus der Wir-Gesellschaft“ an den Rand der Gesellschaft gedrängt worden sind.

Seine erzählende Dicht- und Wortkunst resultiert nicht nur aus Beobachtung, sondern auch vor allem aus Erfahrungen. „Wir haben die Revolution gemacht, und andere Menschen herrschen über uns. Wir lasen ihre Briefe: Reklambriefe, Kettenbriefe, Rechnungsbriefe, Drohbriefe ... Sie vermaßen den Tatort, überprüften mein Grundbuch, stellten alte Grenzsteine auf die Felder (Wälder neu verteilt, Bäume durchgezählt), setzten Black&Deckers in Gang, lehrten uns das Fürchten.“ Und das Fazit: „Wir waren mutig, seltsam nüchtern bei unserer Revolution, wie neu aus einem Schoß geboren zum Denken, und sind doch nicht die Länge eines Grashalmes weit vorangekommen.“

Reinhard Bernhof, 1940 in Breslau geboren, hat bisher 25 Bücher (Lyrik, Prosa, Märchen, Kinderbuch) veröffentlicht. Zu-letzt erschien von ihm ebenfalls bei Plöttner „Herbstmarathon. Innenräume einer Revolution“. Seine jetzt vorgelegten Gedichte in „Goldgräberland“ entstanden zwischen 1992 und 2006. Er selbst schreibt zu „Goldgräber-



Schutzumschlagsausschnitt des jüngsten Gedichtbandes des Leipziger Schriftstellers Bernhard Bernhof mit einer kleinen kyrillischen Beigabe für Eingeweihte

land“ an LN, er wisse, „dass die führenden Meinungsbildner immer nur die gesellschaftlichen Außenseiter mit ihren unpolitischen Wortspielen pflegen: Salon-Lyrik in der Todeszone, linguale Experimente, Computer-Mix oder poésie pure – die Sprache im absoluten Vakuum, die wir von den Franzosen übernommen haben. Sie glauben, die Versenkung ins Detail, die kleinsten Fasern der Wirklichkeit, die Beschreibung fraktaler Verästelungen von Brokkoli und die der winzigsten Hauptartikel auf dem kurzen Marsch in die Mäuler der Teppich-Milben können mehr zur Erkenntnis der allgemeinen Zusammenhänge beitragen als das Reflektieren über die ungleichen Verhältnisse im vereinten Land.“ Und weiter Bernhof, Kafka zitierend: „Wir brauchen aber Bücher, die auf uns wirken wie ein Unglück, das uns sehr schmerzt (...) ein Buch muß die Axt sein für das gefrorene Meer in uns.“

Diesen hohen Maßstab erreicht Bernhof. Lesenswertere neuzeitliche Gedichte, die sich der Gerechtigkeit auf dem Globus zuwenden, kenne ich seit 17 Jahren nicht.

• WERNER BRENDL

Reinhard Bernhof aus „Goldgräberland“

MANÖVER/SHOW-BUSINESS

für den Auslandseinsatz

Wäre aber einer unter ihnen bei den Spartanern gewesen damals bei den Thermopylen (die mit den Pfeil & Bogen-Jobs) der den Ausgang gewusst hätte, ob sie nicht doch gezögert hätten?

Hinaufklettern auf den Laster
vorschriftsmäßige Prägung des
Stumpfsinns

im Gesicht

Zigarettenqualm
durch die halboffene Plane
Räder, Dreck spritzend, über
Kinderfüße
die ihnen nachlaufen

Im Druck der Sturmriemen
(mit Gasmaske)
durchs Heidekraut

(Gefreit in Eurydike
mit von der Partie)

Panzer durchqueren den Fluß
Fallschirmspringer schweben in
das noch nicht gebißne Gras

Gorkis „Die Mutter“ vor 100 Jahren erschienen

Was man auf einem Schiff namens Maxim Gorki erleben kann



Wahrscheinlich hätte ich kein Wort mehr darüber verloren. Zu alltäglich heute dieses Nichtwissen, diese Uninteressiertheit, aber auch das ignorante Verdrängen. Was ich in diesem Sinne kürzlich konkret auf dem „Phönix“-Schiff namens *Maxim Gorki* erlebte, ist also nichts Neues im Westen. Westwärts gings mit dem Kreuzfahrtschiff zudem, und als deutsche Bildungsbürgerin einer offenbar aussterbenden Spezies kam es nicht in Frage an Bord zu gehen, ohne noch einmal zu lesen, was mir der Bücherschrank an Gorki-Werken so bot. *Foma Gordejew, Das Nachtasyl, Italienische und russische Märchen, Das Werk der Artomonows*, aus seiner Autobiografie *Meine Universitäten*, dann noch *Klim Samgin* und natürlich *Die Mutter* – das „Buch zur rechten Zeit“, wie Lenin sagte, denn es erschien vor nunmehr genau 100 Jahren, auf dem Höhepunkt der russischen Revolution 1905/07.

All diese Bücher entdeckte ich (wohl als

einzig) dann auch in der reich bestückten Bordbücherei. Allerdings erst, als ich mich auf den Bauch legte. Nur aus einiger Entfernung hatte ich die hellen Leineneinbände der 1961er Aufbau-Edition erkannt. Oben in den Vitrinen war kein Platz! Gorki also hinter undurchsichtige und nur halb geöffnete Holztüren in Fußbodenhöhe verbannt. Dies auf einem zwar deutschen Schiff, das aber vom Kapitän bis zum letzten Maschinisten, von den Servierkräften bis zu den Kabinenfrauen in russischer und ukrainischer Hand war. Meine Nachfrage beim Hotelchef wurde sehr verlegen beschieden, das sei zwar ein bedeutender Schriftsteller gewesen, aber halt auch ein sehr ideologischer ... Und das über einen unverwechselbaren, genialen Schreiber. Vor etwa 30 Jahren hatte ich Gorki für mich wieder entdeckt, gestaunt und mich eine zeitlang regelrecht festgelesen. Diese wunderbare wortgewordene russische Seele, die ich ja nun selber als Korrespondentin

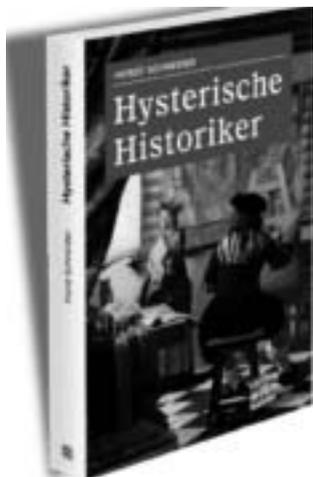
in der Sowjetunion studieren konnte. Nun, in diesem Spätsommer, um einiges älter geworden, erfahrener, also wieder Gorki. Und ein neues Erlebnis. Hatte ich Gorkis Bücher, auch *Die Mutter* früher einfach nur interessiert gelesen, so flossen mir diesmal von der ersten bis zur letzten Seite die Tränen. Auch wenn Rosa Luxemburg von einem Agitationsroman grellster Sorte sprach – ich vermute, weil sie das alles selber ja hautnah erlebte –, für mich tat sich ein herzerwärmender revolutionärer Enthusiasmus und eine Opferbereitschaft für die sozialistische Idee auf, die nun doch erst einmal vergebens waren. Das schmerzte. Der Gipfel war dann jene rheinländische Dame, die im Fotoladen an Bord forderte, dieser Mensch, der wohl der Schiffseigner wäre, solle von ihrem Kapitänsempfangsfoto entfernt werden. – Immerhin, Kapitän Alexander Nosko hatte sich zum Händelschütteln der Passagiere den Platz vor dem lebensgroßen Gorki-Bild (nebenstehendes Foto) ausgesucht, das zumindestens denn DDR-Bürgern noch aus Schulbüchern vertraut ist.

• MAXI WARTELSTEINER

Der Dresdner Historiker Horst Schneider, polemisch wie eh und je, hat jüngst zu seinem 80. Geburtstag eine „Streitschrift“ wider bestimmte Totalitarismusforscher, DDRologen und Renegaten“ vorgelegt. Schneider, der der Frage nachgeht, in wessen Auftrag und mit welchem Ziel Totalitarismusforscher nahezu widerstandslos agieren, betont, keine neuen Forschungsergebnisse vorzulegen. Die Fakten zu historischen Zäsuren und herausragenden Ereignissen, auf die er eingeht, seien dem Leser durchaus bekannt. Der von ihm geführte Streit entzündete sich nicht an den historischen Tatsachen, sondern vielmehr an deren Wertung.

Damit zielt Schneider auf das Geschehen im Zentrum der aktuellen offiziellen Geschichtspolitik. Es gehe darum, so der Autor, dass die Politik das Geschichtsbild bestimmt, das zugleich stets Instrument und Teil der Politik sei. Wie unbedarft sich mancher inkompetente Politiker sein Geschichtsbild bastele, habe Angela Merkel bewiesen, als sie 13. Juni 2002 zum Thema „Die DDR im Geschichtsbewusstsein der Deutschen“ sprach. Der Inhalt ihrer Rede seien persönliche Erlebnisse, Eindrücke und Wertungen gewesen, die sie verbind-

Wider dem verordneten DDR-Geschichtsbild



lich verallgemeinerte: „Die DDR war eine Diktatur. Da gibt es gar nichts zu diskutieren. Man kann deshalb den Menschen nicht weismachen, dass die DDR ein Rechtsstaat gewesen sei. Sie war ein Unrechtsstaat.“ Diesem Diktat dienen auch die zum Geschichtsbild der DDR verfassten 15 000 Seiten der 18 Bände der Eppelmann-Kommission – eingesetzt vom Bundestag – und das Hannah-Arendt-Institut. Schnei-

der verdeutlicht dem Leser „die unglaubliche Streitmacht mit großem personellen und finanziellen Aufwand“ mit der der Feldzug gegen das „Gespenst“ DDR geführt wird. Und dies mit dem Anspruch der Totalitarismusforscher, „dass ihre Darstellung als Wahrheit anerkannt wird und gegen die Widerspruch kaum erlaubt ist“. Für sie liegt das Ergebnis schon fest: „Die DDR war des Teufels, die BRD das christlich-parlamentarische Musterlande.“

Horst Schneider, der mittels konkreter Sachverhalte aufklären und entlarven will, wendet sich an eine breite Leserschaft. Es ist das Ringen wider die Verteufelung und Kriminalisierung der DDR, das Wehren dagegen, dass der derzeitige Sieger die Geschichte des Besiegten schreibt.

• K. SCH.

Horst Schneider. *Hysterische Historiker. Vom Sinn und Unsinn eines Geschichtsbildes.* Verlag Wiljo Heinen, Böklund 2007. 303 S., 12 Euro

Prosec und die Staatsbürgerschaften Thomas Manns

Wenn einem TV-Quizmaster jemand die gut honorierte Antwort auf die Frage nach den verschiedenen Staatsbürgerschaften Thomas Manns schuldig bleibt, wäre das noch kein Anlass, dem Thema ein Taschenbuch zu widmen. Wenn das indes auch den Verdacht nährt, die Umstände, unter denen das tschechische Städtchen Prosec Thomas Mann 1937 das Heimatrecht zuerkannte, würden in einer Gegenwart, in der die BRD ein „Vertriebenen“-Denkmal plant, nicht ohne Absicht verschwiegen, gewinnen die Motive an Gewicht. Zumal jenes Ereignis in Prosec es der Tsche-

choslowakischen Republik erst ermöglicht hatte, dem Dichter nach der „Ausbürgerung“ aus Hitler-Deutschland die Staatsbürgerschaft zu verleihen.

Die Ereignisse, die dazu führten, dass engagierte Tschechen in Prosec damals einen Gemeinderatsbeschluss durchsetzten – nachdem das „sudetendeutsche“ Liberec einen solchen Antrag verworfen hatte – und die die Familie Mann bewogen, nach Böhmen zu reisen, um sich dort zu bedanken, lassen sich weder mit Anekdoten noch mit Episoden über den Literatur-Nobelpreisträger darstellen. Prosec, seine Vorgeschichte und

die Nachgeschichte verdichten sich zu einem aufschlussreichen höchst politischen Abschnitt der Familiengeschichte der Manns und ihrer Umwelt. Dass darin auch noch Uwe Johnson eine Rolle spielt, mag manchen überraschen. Es hängt wohl irgendwie auch mit dem Antikommunismus zusammen, den Thomas Mann als eine Grundtorheit der Epoche gerügt hatte.

• J. G.

Frank Cronau (Hrg.): *Wie Thomas Mann Tscheche und ‚Agitator‘ wurde.* Berlin 2007, Spotless. 5,10 Euro

Nun auch als Taschenbuch:

Im Fadenkreuz: KUBA

Horst Schäfers spannende Chronik über 50 Jahre US-Staatsterrorismus gegen Kuba liegt nun auch als preiswerte Taschenbuchausgabe vor. Der 1930 im westfälischen Detmold geborene Autor arbeitet seit 1955 als Journalist. Aus den Vereinigten Staaten berichtete er elf Jahre als ADN-Korrespondent wie für weitere DDR Zeitungen.

Die Taschenbuchausgabe wurde von Horst Schäfer überarbeitet, ergänzt sowie aktualisiert. Verzichten konnte er dabei auf die vom US-Geheimdienst CIA Mitte des Jahres unter den Namen „Family-Jewes!“ veröffentlichten Dokumente, die Kuba betreffen. Sie waren dem Autor längst bekannt und schon in der ersten Ausgabe vorhanden. Die Medien der Vereinigten Staaten haben den US-Geheimdienst dokumenten keine große Publizität eingeräumt.

Nach wie vor, so Horst Schäfer, ist die Aggressivität des US-Imperialismus gegenüber der Karibikinsel Kuba geblieben. Für eigene Recherchen wurde dem Taschenbuch eine Auswahl von Internetadressen wie ein umfangreiches Glossar beigegeben.

Am 10. Oktober 2003 erklärte US-Präsident Bush in seiner Regierungserklärung, man plane „für die herrlichen Tage, wenn es Castros Regime nicht mehr gibt“. Hoffen wir für das kubanische Volk, dass ein solcher US-Plan nie Wirklichkeit wird.

• K.-H. WALLOCH

Horst Schäfer: *Im Fadenkreuz: KUBA.* Edition Zeitgeschichte / Kai Homilius, Verlag Berlin 2007. 296 Seiten, 9,90 Euro

ANNOTIERT



Walter Püschel: *Ein Anarchist ist der Kerl doch! Anekdoten über Max Liebermann.* Eulenspiegel Verlag, Berlin 2007. 128 Seiten, 9,90 Euro

Der kleine Band zu Max Liebermann, den der Kaiser Wilhelm II. für einen Schmutzmalers und Anarchisten hielt, enthält außer Anekdoten eine Reihe von Dokumenten, darunter die Presseerklärung zur Niederlegung seines Amtes als Ehrenpräsident und zum Austritt aus der Preussischen Akademie der Künste am 2. Mai 1933.

Liebermann, Sohn eines jüdischen Fabrikanten, wurde zum herausragenden Vertreter des deutschen Impressionismus und avancierte zu einem gefragten Porträtmaler. Seine Schlagfertigkeit und sein Berliner Mutterwitz offenbarten seine ausgezeichnete Beobachtungsgabe. Ein Nachwort und eine Zeittafel mit den wichtigsten Lebensdaten (1847-1935) vervollständigen die Sicht auf eine der beeindruckendsten Persönlichkeiten des deutschen Künstlerlebens.

• K. SCH.

Zu einer Zeit, da sich die sozialen Probleme in unserem Lande verfestigen und verschärfen, trifft die Sozialberichterstattung auf ein großes öffentliches Interesse. Dabei erweist sich ein kritischer Umgang und eine differenzierte Bewertung der zahlreichen angebotenen Berichte als unabdingbar. Die Betrachtungen zu ausgewählten umfassenden Sozialberichten, zu Faktensammlungen und Studien über ausgewählte soziale Gruppen wie auch über ausgewählte Lebensbereiche, die die sechs Autoren vorlegen, reflektieren sowohl theoretische Aspekte als auch Analysen und praktische Erfahrungen. Im Blick sind dabei Berichte sowohl staatlicher als auch nicht-staatlicher Institutionen.

Den Autoren geht es darum, dass die Sozialberichterstattung in bestmöglicher Weise der Sozialpolitik im Sinne sozialer Gerechtigkeit



dient und dazu beiträgt, die Öffentlichkeit aufzuklären, zu politisieren und zu aktivieren.

Gut nutzbare Fakten, aber auch: Tabus, Verschleierung, Entschärfung

Nach einführenden theoretischen Erörterungen (Begriffsklärung, Rolle der Datenbasis, Funktionen der Berichterstattung, ihr Verhältnis zur Politik, Qualitätsmerkmale) werden im Einzelnen betrachtet: der Bericht über die soziale Lage in der EU 2004, der Datenrapport des Statistischen Bundesamtes 2006, der Sozialreport zu den neuen Bundesländern 2004, die „Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung“ (die sich in besonderem Maße um eine „Deutung der Gesamtlage“ bemüht) sowie die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesrepublik. Mit ihren Hauptaussagen dargestellt und bewertet werden Be-

richte und Studien zu einigen Bevölkerungsgruppen, wie Kinder und Jugendliche, Ältere, Frauen, Geschlechterverhältnis und Familien sowie Migranten. Dem folgen Aufsätze über die Berichterstattung zu verschiedenen Lebensbereichen: Bildung, Ausbildung, Gesundheit und die Teilnahme der Bürger am politischen Leben.

Letzlich werden an den Beispielen Berlin und Land Brandenburg territoriale Aspekte der Sozialberichterstattung beschrieben.

Diese Gliederung nach verschiedenen Aspekten bringt zwar einige Überschneidungen mit sich, ermöglicht aber eine sehr eingehende und differenzierte

Betrachtung, die mit vielen konkreten Beispielen veranschaulicht wird.

Die Beiträge der Publikation befähigen den Leser, sich das reiche Potenzial der Sozialberichte besser zu erschließen, und dabei die nicht seltenen Einseitigkeiten, Lücken und Verzerrungen nicht zu verkennen. Zum Resümee der Publikation gehört auch die Warnung vor der Annahme, die Berichte würde direkt in politisches Handeln münden, das gehe nur über öffentlichen Druck und öffentlichen Diskurs.

• G. L.

Rainer Ferchland (Hrsg.): *Sozialberichte: Was sie benennen und was sie verschweigen. Studie des Instituts für Sozialdatenanalyse e. V. Berlin.* (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 38) Berlin: Karl Dietz Verlag 2007. 19,90 Euro

KALENDERBLATT**Vor 110 Jahren geboren****Herbert Balzer**

Unser Wissen über den niederschlesischen Kommunisten Herbert Balzer ist begrenzt, obwohl er von den Faschisten hartnäckigst verfolgt und schließlich ermordet wurde.

Am 27. Dezember 1897 in Breslau geboren und von Beruf Schmied, war Herbert Balzer 1922 der KPD beigetreten. 1929 übernahm er die politische Leitung des Unterbezirks Görlitz der KPD und wurde Abgeordneter des Kreistages.

Im Januar 1931 provozierten die Nazis in der Nähe von Niesky einen Zusammenstoß mit sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeitern. Dabei kam ein SA-Mann zu Tode, erschossen von eigenen Leuten. Dennoch wurde Herbert Balzer, der sich wegen seiner konsequenten Haltung im Kampf gegen die immer bedrohlicher werdende faschistische Gefahr den grenzenlosen Hass der Nazis zugezogen hatte, vor Gericht gestellt und wegen „intellektueller Verantwortung“ für den Tod des SA-Mannes angeklagt, begleitet von einer zügellosen antikommunistischen Hetze der faschistisch orientierten Presse. Der Prozessverlauf, der die völlige Unschuld Herbert Balzers und der mit ihm Angeklagten belegte, endete mit Freispruch.

Kaum an die Macht gekommen, wurde noch 1933 ein erneutes Verfahren eingeleitet. Doch wiederum musste auch dieses Verfahren wegen fehlender Beweise eingestellt und Herbert Balzer nach einjähriger Untersuchungshaft freigelassen werden.

Aber damit nicht genug. Im Mai 1940 wurden Herbert Balzer und zwölf weitere Antifaschisten – Former, Schmiede, Zimmerleute und Glasschleifer – aus dem gleichen Grund vor Gericht gestellt. Nunmehr wurden auf der Grundlage angeblicher Aussagen von fünf während der Untersuchungshaft erschlagenen Arbeitern elf der Angeklagten zu Zuchthausstrafen verurteilt, von denen fast alle später ihr Leben in Konzentrationslagern verloren. Die über Herbert Balzer verhängte Todesstrafe wurde in eine zehnjährige Zuchthausstrafe umgewandelt. Kurz vor Kriegsende wurde er, erst 46 Jahre alt, brutal ermordet.

Sein wohl letztes Lebenszeichen war ein kurzer Brief vom 12. Oktober 1943 an seine Familie, von einem Mithäftling bei dessen Entlassung hinausgeschmuggelt. Von ihm sollten seine Angehörigen erfahren, „wie's hier zugeht, welches Folter- und Menschen-schlachthaus Kletschkau (Ort neben Breslau K. Sch.) ist, wie ich gelebt habe und wie es mir ergangen ist“. Seine Frau Hedel bat er, „fest, hart und nochmals hart“ zu sein. „Überwindet Euren Kummer und Schmerz. Es werden andere Verhältnisse kommen.“

• K. SCH.

Otto Nuschke war 1945 einer der profiliertesten Mitbegründer der gesamtdeutsch konzipierten CDU und ab 1948 bis zu seinem Tode 1957 der Vorsitzende der CDU (Ost). Maßgeblich trug er dazu bei, die schwierige und nicht selten schmerzvolle Entwicklung der CDU im Osten Deutschlands von einer ehemals antifaschistisch-demokratischen Partei bürgerlicher Prägung zu einer politischen Organisation im sozialistischen Parteiensystem der DDR zu vollziehen. Er war an führender Stelle, so auch als einer der drei Vorsitzenden des Präsidiums des Deutschen Volksrates, mitbeteiligt an der Gründung der DDR, deren stellvertretender Ministerpräsident er war und dem das Amt für Kirchenfragen unterstand.

Otto Nuschke, am 23. Februar 1883 in Frohburg/Sachsen geboren und eine Buchdruckerlehre in Leipzig (1897-1901) absolviert, war linksliberaler Journalist und Politiker. Friedrich Naumann war der ihn prägende Lehrer, Hellmut von Gerlach ein Freund. Ob als Chefredakteur der *Berliner Volkszeitung*, als Mitbegründer und später Reichsgeschäftsführer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) sowie als Vorsitzender des Deutschen Demokratischen Pressevereins u.a.m., stets gehörte er zum linken Flügel des liberalen Bürgertums. Als die Kapp-Putschisten losschlugen und versuchen, die Weimarer Republik zu strangulieren, unterstützt er als Chefredakteur der *Berliner Volkszeitung* den Generalstreik, lässt Flugblätter gegen Kapp und Konsorten drucken, mobilisiert demokratische Journalisten und Parlamentarier zum Widerstand gegen den ultrarechten Putsch. Das Bekenntnis zum Einheitsstaat Weimarer Prägung war für Otto Nuschke gleichbedeutend mit dem Bekenntnis zur bürgerlich-demokratischen Ordnung. Als Abgeordneter des Preussischen Landtags geißelt er die „Judenhetze“ und die „Aufstachelung der nationalen Leidenschaft“, wendet er sich scharf gegen den aufkommenden Faschismus.

Ab 1920 ist sein Lebensmittelpunkt der Gertrudenhof, ein bescheiden vorgerichtetes Wohnhaus und einem Viehstall, gelegen nahe dem Nieder-Neuendorfer Kanal, südwestlich von Hennigsdorf. Ungeachtet mancher auch familiärer Gefährdung, macht Nuschke den Gertrudenhof zu einem Stützpunkt illegaler antifaschistischer Betätigung. Er wuerkt jüdischen Freunden Unterkunft und Nahrung, verhilft ihnen zur Ausreise aus Deutschland. Selbst in ständiger Gefahr lebend, half er den von der Gestapo Verfolgten, wo er nur konnte.

Obwohl viele seine Freunde emigriert oder inhaftiert sind, hat sich Nuschke dafür ent-

Vor 50 Jahren verstarb OTTO NUSCHKE

Ein sich zum Sozialismus bekennder christlicher Demokrat



Otto Nuschke an seinem Schreibtisch im Haus in der CDU-Parteileitung in Berlin (September 1950)

chieden, im Lande zu bleiben und das gegen die faschistische Diktatur zu tun, was ihm möglich erscheint. Mehrmals wird er verhört und verhaftet, kommt jedoch immer wieder frei. 1938 wird er wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ und „Verkehrs mit Juden“ aus dem Kriegerverein ausgeschlossen. Öffentlich gebrandmarkt, sieht sich Nuschke genötigt, seinen Hof an einen Viehhändler und Nazi-„Fachschaftsberater“ zu verpachten.

In den letzten Kriegsjahren gewinnt er über Julius Leber Anschluss an Männer des religiösen Sozialismus in der SPD, an den linken Flügel des Kreisauer Kreises und an die Offiziersverschwörung vom 20. Juli 1944. Falls der Putsch gelingt, soll Nuschke in Berlin die Leitung des Funkhauses in der Masurenallee und des Ullstein Hauses übernehmen. Von Juli 1944 bis Ende des Krieges ist er gezwungen, illegal zu leben. Bei Freunden findet er Unterschlupf, den er aber ständig wechseln muss. In Berlin erlebt er die Bombennächte der letzten Kriegsmonate.

Otto Nuschke, zunächst mit der versuchten Neugründung der DDP befasst, schließt sich dem

Gründerkreis der CDU an und wird zum Mitunterzeichner ihres Aufrufs vom 26. Juni 1945, der „die brüderliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller die Demokratie bejahenden Parteien und aller aufbauwilligen Kräfte“ verlangt. Dennoch, Auseinandersetzungen um den Grundgehalt des Gründungsdokuments bestimmen alsbald die innerparteiliche Auseinandersetzung. Eindeutig bekennt sich Otto Nuschke zur Notwendigkeit einer tiefgreifenden antifaschistisch demokratischen Umgestaltung des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Er verlangt die Nationalisierung der Bergwerke, der Schwerindustrie und der Großbanken, die Kommunalisierung der Versorgungsbetriebe in weitem Sinne, die Überführung von großen und mittleren Betrieben in genossenschaftliche Formen unter Beteiligung der Arbeiterschaft an Besitz und Leitung der Werke und bejaht die Bodenreform. In der Blockpolitik sieht er die „Realpolitik unserer Tage“, die „in den großen nationalen und sozialen Fragen eine gemeinsame Front (hat) erstehen lassen“.

Im Unterschied zu seinen Vorgängern im Parteiamt, Jakob Kaiser und Hugo Hickmann,

war Otto Nuschke „ostorientiert“. Er, der bereits seit dem Rapallo Vertrag für eine enge Partnerschaft mit der Sowjetunion gewirkt hatte, sah nunmehr im Bündnis mit der UdSSR eine Grundsäule deutscher Außenpolitik.

Aus der Sicht des „christlichen Sozialismus“ und gestützt auf seine Erfahrungen in den Jahren nach Kriegsende, entschied er sich für die Fortführung des politischen Bündnisses von Marxisten und Christen auch unter den Bedingungen des Übergangs zum Sozialismus in der DDR, ohne dabei die Schwierigkeiten und Widersprüche, die sich aus der weltanschaulichen Unterschiedlichkeit ergaben, zu übersehen. Dabei ging er oft innerparteilich als auch bündnispolitisch einen steinig Weg. Doch er, der in der DDR einen „Hort des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit“ und im Sozialismus eine „tatsächliche Ordnung“ sah, blieb sich jederzeit, auch in den schwierigsten politischen Situationen, selbst treu. Sein Kredo lautete: Unterschiede in den weltanschaulichen Fragen müssen und dürfen nicht zum Gegeneinander von Christen und Marxisten in den gesellschaftlichen Fragen führen.

Am 23. Februar 1955 verlieh ihm die Fakultät für Journalistik an der Leipziger Karl-Marx-Universität, mit der er vor allem durch den Theologen Emil Fuchs verbunden war, die Würde eines Dr. rer. pol. h.c.

Am 27. Dezember 1957 – Freitag nach Weihnachten – gelangt vom Gertrudenhof aus die Nachricht an die Öffentlichkeit, dass Otto Nuschke in den frühen Morgenstunden einem Herzschlag erlegen ist. Am 30. Dezember hält Ministerpräsident Otto Grotewohl namens der Regierung der DDR die Traueransprache. Er würdigt Otto Nuschke als „einen der hervorragendsten Staatsmänner der DDR“, als einen Menschen, „der durch die Lauterkeit seines Herzens und die politische Sauberkeit seines Charakters zu einer hochgeachteten und von allen fortschrittlichen Menschen verehrten Persönlichkeit geworden ist“.

Nach dem 3. Oktober 1990 wurden in nicht wenigen Orten der neuen Bundesländer, darunter in Dresden, Erfurt, Jena, Magdeburg und Rostock, Straßen, die nach dem sich zum Sozialismus bekennden christlichen Demokraten Otto Nuschke benannt waren, umbenannt.

Hilferuf im Dezember 1917

„Brüder, leistet uns Hilfe!“, „Eilt uns zur Hilfe!“ Mit diesem SOS Ruf in allerhöchster Not, gerichtet an die deutschen Soldaten, rief W.I. Lenin als Vorsitzender des Volkskommissarenrates im Dezember 1917 mit dem Verweis vor allem auf Karl Liebknecht, „des ansehnlichsten Führers des internationalen Sozialismus“, und auf den „heldenmütigen Aufstand eurer Matrosen“ zur revolutionären Beendigung des Krieges auf. „Wir ersuchen euch“, so W. I. Lenin, „uns in diesem Kampfe für den sofortigen Frieden und den Sozialismus mit Anstrengung aller Kräfte beizustehen, da dieser letztere allein dem Arbeiterstande aller Länder einen gerechten und dauerhaften Frieden sichern kann und alle die Wunden heilen, die der Menschheit der gegenwärtige und frevelhafteste aller Kriege geschlagen hat.“

Die überaus schwierige Situation, in der sich die russische Revolution befand, hatte die Spartakusgruppe in ihrem Flugblatt vom 2. Dezember 1917 treffend beschrieben. „Schwierigkeiten, Widerstände, Gefahren türmen sich bergehoch von allen Seiten. Im Inneren des Landes der grimmige Widerstand der russischen Bourgeoisie und des Junkertums, geheime und offene Ränke der Reaktion, Hunger, Not und Desorganisation der ganzen Staatsmaschine, draußen aber vor dem Tor deutsche Kanonen und deutsche Maschinengewehre, von der Hand deutscher Arbeiter auf das revolutionäre Russland gerichtet.“

Johann Knief, führender Kopf der Bremer Linksradiakalen, erklärte am 15. Dezember 1917 in der Zeitschrift *Arbeiterpolitik*, dass der Sieg der russischen Revolution mit neuen Konsequenzen für die deutschen Linken verbunden ist. Es sei nunmehr dringlichst notwendig, „sich unverzüglich von den Pseudo-sozialisten der Unabhängigen öffentlich loszusagen und eine eigene linksradikale Partei zu gründen“. Bekanntlich hatten die Bremer Linksradiakalen den



Im bolschewistischen Hauptquartier im November 1917. Wladimir Serow

Beschluss der Spartakusgruppe, der USPD beizutreten, verurteilt.

So war es Franz Mehring vorbehalten, sich am Ende des Jahres der Oktoberrevolution in seinem Artikel „Neujahr 1918“ in der *Leipziger Volkszeitung* zum Schicksal der russischen Revolution zu

Mehring's Spott galt den Revolutionsphilistern, „die auch in revolutionären Tagen die Mittagssuppe Punkt zwölf Uhr auf ihrem Tisch sehen wollen“, aber ebenso den Revolutionsromantikern, die sich einbilden, „in revolutionären Zeiten

gehe es immer hoch und herrlich zu und in ihnen verzichte die Menschheit auf ihr unveräußerliches Menschenrecht, Dummheiten zu machen“.

äußern. Seine Sicht war die des marxistischen Historikers, der sich davon leiten lässt, dass „Revolutionen einen langen Atem haben, wenn es wirkliche Revolutionen sind“. Die englische Revolution des siebzehnten, die französische Revolution des achtzehnten Jahrhunderts haben jede, so sein historischer Vergleich, „etwa vierzig Jahre gebraucht,

um sich auszuwirken, und wie – man möchte fast sagen ins Winzige – schrumpfen die Aufgaben, die die englische und selbst noch die französische Revolution zu lösen hatten, vor den ungeheueren Problemen zusammen, mit denen die russische Revolution ringen muss“. Mehring's Standpunkt war eindeutig: Für die russische Revolution „gibt es kein Zurück mehr, sondern nur noch ein Vorwärts, und wenn erst ein oder ein paar Jahre, ein oder ein paar Jahrzehnte die Massen des gewaltigsten Reichs ins Glühende gebracht haben, dann wird ihr heißer Hauch manchen ehernen Felsen schmelzen, der sich heute noch unerschütterlich dünkt“.

Mehring's Spott galt den Revolutionsphilistern, „die auch in revolutionären Tagen die Mittagssuppe Punkt zwölf Uhr auf ihrem Tisch sehen wollen“, aber ebenso den Revolutionsromantikern, die sich einbilden, „in revolutionären Zeiten gehe es immer hoch und herrlich zu und in ihnen verzichte die Menschheit auf ihr unveräußerliches Menschenrecht, Dummheiten zu machen“. Letztere seien nur allzu geneigt, die Flinte ins Korn zu werfen, „wenn Revolutionäre sich nicht immer so gescheit benehmen wie die sieben Weisen Griechenlands“. Der prinzipientreue Sozialist wird, so Mehring abschließend, jeder Enttäuschung „nur das alte erprobte Trutzwort entgegensetzen: Trotz alledem und alledem!“

• KURT SCHNEIDER

Rosa Luxemburg aus dem Gefängnis an Sophie Liebknecht (Auszug)

Breslau. Mitte Dezember 1917

Ich dachte an Sie jeden Tag beim Lesen der Nachrichten aus Russland und stellte mir mit Sorge vor, wie Sie bei jedem unsinnigen Telegramm grundlos in Aufregung geraten. Was jetzt von drüben kommt, sind ja meist Tatarennachrichten und das stimmt doppelt für den Süden. Den Telegrammagenturen liegt es (hüben wie drüben) daran, das Chaos möglichst zu übertreiben, und sie bauschen jedes unbeglaubigte Gerücht tendenziös auf. Bis die Dinge sich klären, hat es gar keinen Sinn und Grund, unruhig zu sein so ins Blaue hinein auf Vorschuss, im allgemeinen scheinen die Dinge dort ganz unblutig zu verlaufen, jedenfalls sind alle Gerüchte von „Schlachten“ unbestätigt geblieben. Es ist einfach ein erbitterter Parteikampf, der ja in der Beleuchtung bürgerlicher Zeitungskorrespondenten stets wie ein losgelassener Irrsinn und eine Hölle aussieht. Was nun die Judenpogrome betrifft, so sind alle dergleichen Gerüchte direkt erlogen. In Russland ist die Zeit der Pogrome ein für allemal vorbei. Dazu ist die Macht der Arbeiter und des Sozialismus dort viel zu stark. Die Revolution hat die Luft drüben so gereinigt von Miasmen und von der Sticlucht der Reaktion, dass Kischinow für immer passé ist. Eher kann ich mir in Deutschland noch Judenpogrome vorstellen... Jedenfalls herrscht die dazu passende Atmosphäre der Niedertracht, Feigheit und Reaktion und des Stumpfsinns. In dieser Hinsicht können Sie also für Südrussland völlig beruhigt sein. Da sich die Dinge dort zu einem sehr scharfen Konflikt zwischen der Petersburger Regierung und der Rada zugespitzt haben, so wird auch die und die Klärung sehr bald eintreten müssen, worauf man die Situation wird überblicken können. Von allen Standpunkten hat es absolut keinen Sinn, keinen Zweck, dass Sie sich aufs ungewisse vor Angst und Unruhe verzehren. Halten Sie sich doch tapfer mein kleines Mädchen, Kopf hoch, fest und ruhig bleiben. Es wird sich noch alles zum Besseren wenden, nur nicht immer gleich das Schlimmste erwarten... Sonjuscha, Liebste, seien Sie trotz alledem ruhig und heiter. So ist das Leben und so muss man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd – trotz alledem Fröhliche Weihnachten!

Was sich hinter LEIPZIGER STRASSENAMEN verbirgt (56)

Erst vor wenigen Jahren wurde ein Teil der Jahnallee wieder in Ranstädter Steinweg zurückbenannt. Diesen Namen trug sie bereits bis 1951, war dann die Straße der III. Weltfestspiele und ab 1956 schließlich Teil der Jahnallee. Auch wenn der Ranstädter Steinweg ein historischer Straßename ist, warum diese Bezeichnung wieder erweckt werden musste, dürfte ein Geheimnis der Stadträte bleiben. Wenn man schon so auf ursprüngliche Namen versessen ist, dann hätte man sie doch gleich wieder in Via Regia rückbenennen können, denn Teil dieser wichtigsten Ost-West-

Handelsstraße war sie schließlich.

Der etwas umständliche Name der Straße bedeutet, dass sie eine gepflasterte Straße durch die Ranstädter Vorstadt bzw. in

Richtung Altranstädt oder auch des Marktes Ranstädt (Markranstädt) war. Diese Vorstadt erstreckte sich ab dem 12. Jahrhundert entlang der Via Regia bzw. des Elstermühlgrabens vom Ranstädter Tor und der Ranstädter Bastei (etwa Goerdelerring) bis zum Äußeren Ranstädter Tor (etwa Leibnitz-

straße). Sie hatte sich aus mehreren kleinen Siedlungen und Einzelgehöften entwickelt. Die bekannteste Vorortsiedlung war das Naundörfchen, das mit seinem Gewirr von Haus- und Hof-

Ranstädter Steinweg

winkeln bis zur Zerstörung im Bombenhagel ein Stück Restromantik des alten Leipzigs war. In der Ranstädter Vorstadt ließen sich vornehmlich Handwerker (Gerber, Färber, Fischer und Fleischer) nieder. Da das Gebiet vor der schützenden Stadtmauer lag, wurde es im Schmalkaldischen Krieg (1546) und im 30-

jährigen Krieg mehrfach eine Beute der Flammen. Nach dem II. Weltkrieg war die kleine Funkenburg das einzige erhaltene Gebäude. Sie fiel dann 2005 der Abrisswut des Herrn Lüdke-

Daldrup zum Opfer.

Am Ranstädter Steinweg entstand nach Beseitigung des Trümmerfeldes 1951/52 das erste Großprojekt des Wohnungsbaus in Leipzig nach dem II. Weltkrieg, fünfgeschossige Wohnhäuser in Ziegelbauweise. Sollte dieser oder jener Leser

nun meinen, dass Tor, Vorstadt und Straße wohl Ranniges Tor und Rannische Vorstadt hießen, dann hat er natürlich Recht, aber dabei handelt es sich nur um verschiedene Schreibweisen zu verschiedenen Zeiten.

Und woher kommt nun das „Ran“ von Ranstädt? Das liegt im Dunkel der Vergangenheit begraben. Es könnte „die am Rande liegende Wohnstätte“ (Grenzgebiet von Merseburg und Leipzig) heißen, könnte aber auch vom Personennamen Ranno und ebenso vom „Hraban“, dem althochdeutschen Raben, abgeleitet sein.

• DIETER KÜRSCHNER

Die Nahostregion stände an einem Scheideweg meinte Palästinenserpräsident Mahmud Abbas am Ende der Konferenz von Annapolis. Er würde zwei historische Phasen voneinander trennen, die Vor-Annapolis-Phase und die Nach-Annapolis-Phase. Doch kein anderes Nahosttreffen war von so viel Skepsis begleitet wie dieses. Und nach der Konferenz gibt es erhebliche Zweifel, ob das Ergebnis zu ihrem erklärten Ziel führt, die Jahrzehnte von Konflikt und Blutvergießen im Nahen Osten

Von **HEINZ-DIETER WINTER**

zu beenden und zu einem friedlichen Zusammenleben Israels und des zu bildenden palästinensischen Staates zu gelangen. Der israelische Friedensaktivist Uri Avnery meinte, um in Annapolis Erfolg zu haben, hätte Präsident Bush enormen Druck auf Israel ausüben müssen, um es zu zwingen, die nötigen Schritte zu machen: der Errichtung eines echten palästinensischen Staates zuzustimmen, Ost-Jerusalem aufzugeben, die Grüne Linie als Grenze wieder herzustellen (einen geringfügigen Landtausch mit eingeschlossen), eine Einverständnis erzielende Formel zum Flüchtlingsproblem zu finden.

Die Konferenz endete mit einer von Präsident Bush verlesenen gemeinsamen israelisch-palästinensischen Erklärung. Darin erklären beide Seiten ihre Bereitschaft, Verhandlungen mit dem Ziel eines Friedensvertrages aufzunehmen und alle Grundfragen, die in vorhergehenden Vereinbarungen genannt sind, zu regeln. Sie wollen sich bemühen, den Friedensvertrag bis Ende 2008 abzuschließen. Der Verhandlungsfortschritt soll von den USA überwacht und beurteilt werden. Das wirklich Neue ist, dass USA-Präsident Bush, der sich bisher eines direkten Engagements im Nahostproblem weitgehend enthalten hat, nun offenbar gewillt ist, dass Gewicht der USA einzusetzen, um angesichts seiner gescheiterten Pläne im Nahen und Mittleren Osten bis zum Ende seiner Präsidentschaft einen außenpolitischen Erfolg aufweisen zu können. Neu im amerikanischen Verhalten ist auch die Einladung an Syrien und die damit erklärte Bereitschaft, auch die Golanfrage zum Gegenstand einer umfassenden Friedenslösung zu machen. Bush folgt damit Empfehlungen des ansonsten von ihm abgelehnten Berichts der Baker-Hamilton-Kommission aus beiden im Kongress und Senat vertretenen Parteien. Diese hatte angesichts des enormen Ansehenverlustes der USA und um einen Ausweg aus der katastrophalen Lage im Irak zu finden vor einem Jahr vorgeschlagen, die Nahostfrage wieder in den Mittelpunkt amerikanischer Politik zu rücken und den Dialog auch mit Syrien zu führen.

Die Ereignisse der nächsten zwölf Monate werden zeigen, was die „Nach-Annapolis-Phase“ wirklich bedeutet. Schon der Inhalt der Gemeinsamen Erklärung oder besser das darin nicht Enthaltene und die Reden insbesondere die des israelischen Ministerpräsidenten lassen Zweifel an einem wirklichen Friedensprozess aufkommen. In der Gemeinsamen Erklärung werden die für den Regelungsprozess relevanten UNO-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338, die Israel zum Rückzug aus den 1967 eroberten Gebieten auffordern, und der Arabische Friedensplan der Gipfelkonferenz von Fes nicht erwähnt.

Die israelische Seite war nicht bereit, die



Beschaulich wie prosperierend – Annapolis, Hauptstadt des US-Bundesstaates Maryland und heimliche Welthauptstadt der Segler. Ende November, während des Nah-Ost-Gipfels, trieben hier vor allem Bush und Olmert, die Repräsentanten der USA und Israels, ihr doppeltes Spiel.

Das Annapolis-Projekt

Nahöstliche Friedensregelung im Jahr 2008?

Grundfragen, um die es geht, und die Mahmud Abbas in seiner Rede dargelegt hatte, wie die Grenzen des zukünftigen Staates, das Problem der jüdischen Siedlungen, Jerusalem und die Flüchtlingsfrage, in einem gemeinsamen Dokument ausdrücklich zu erwähnen. Die emotional bewegenden Reden von Abbas und Olmert bezeugten Verständnis für die Leiden des anderen Volkes, enthielten aber kein Indiz, dass von bisher unvereinbaren vertretenen Grundpositionen abgewichen wurde. Olmert sprach zwar davon, dass die 1967 geschaffene Realität der Region sich bedeutend verändern würde, ja, er erwähnte sogar die Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338, aber er nannte als grundlegend für die Regelung auch den Briefwechsel zwischen USA-Präsident Bush und dem israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon vom 14. April 2004. Dieser wird, wie Jeff Halper am 6. November in der *Jerusalem Post* schrieb, „von der israelischen Regierung als das vielleicht wichtigste Element bei den Bemühungen betrachtet, die großen Siedlungsblöcke



Wenig beschaulich – Palästinenser-Mädchen ausgesperrt.

zu behalten“. In seinem Brief hatte Präsident Bush erklärt, dass es entsprechend der neuen Realitäten vor Ort, einschließlich der bestehenden großen israelischen Bevölkerungszentren, unrealistisch sei, zu erwarten, dass das Resultat – der Endstatus – ein voller Rückzug auf die Waffenstillstandslinien von 1949 sein würde. Jeff Halper meinte, in einem scheinbar harmlosen Satz habe Präsident Bush unwiderruflich, aber bewusst, die UN-Resolution 242, die Grundlage der Zwei-Staatenlösung seit 1967 unterminiert. Mit der Berufung auf diesen Brief des USA-Präsidenten hat Olmert mehr als deutlich gemacht, dass sein Konzept für die Zukunft des palästinensischen Autonomiegebiets auch für die „Nach-Annapolis-Zeit“ gilt. Ein Rückzug auf die sog. Grüne Linie vor dem 1967er Krieg wird ausgeschlossen. Die Palästinenser werden vielleicht 80 bis 90 % der Westbank erhalten, aber die großen Siedlungsblöcke, die die territoriale Integrität des Westjordanlandes zerstören, sollen zu Israel gehören. Selbst die Zugeständnisse, die Olmert bereit sein wird, den

Palästinensern zu machen, könnten an „Großisrael“-Ambitionen von Koalitionspartnern – den Parteien Shas und Beitenu, die mit Regierungsaustritt drohen – und am Widerstand der Siedlerbewegung – die angesichts der von Olmert verkündeten Absicht, den Siedlungsbau einzufrieren, vor einem „Tsunami“ warnen – scheitern.

In der Gemeinsamen Erklärung wird der auszuhandelnde Friedensvertrag von der Erfüllung der vom sogenannten Nahostquartett angenommenen road map abhängig gemacht. Obwohl dieses auf Initiative der USA im April 2003 vorgelegte Regelungskonzept mit dem Ziel der Gründung eines palästinensischen Staates in zwei Jahren Verpflichtungen für beide Seiten beinhaltet, hat Israel seine Verpflichtungen, so den umgehenden Abbau der seit März 2001 errichteten Siedlungen,

mit der Begründung nicht erfüllt, dass zunächst die palästinensische Seite alle Gewaltakte gegen Israel beenden müsse. Bekanntlich hatte aber die Hamas mehr als einmal erklärt, sie würde ihre Gewaltakte, darunter die unmenschlichen Selbstmordattentate, dann einstellen, wenn Israel sich von den besetzten Gebieten zurückzieht. Hamas hatte mehrere Male Waffenstillstände solange eingehalten, bis seitens der israelischen Armee „gezielte Tötungen“ oder andere Angriffe auf Palästinenser erfolgten. In Zukunft können Extremisten beider Seiten das Scheitern des Friedensprozesses jederzeit provozieren.

In den Tagen nach Annapolis hatte Ministerpräsident Olmert erklärt, dass die Implementierung der Annapolis-Vereinbarung abhängig wäre von der Erfüllung der road map. Vor einem möglichen Friedensvertrag müsse die palästinensische Autonomiebehörde die Kontrolle über den Gazastreifen, in dem die Hamas im Juni die Macht übernommen hatte, zu-

rückgewonnen haben. In der Kabinettsitzung am 2. Dezember sagte er, dass Israel an keinen Zeitplan gebunden sei. Ein Friedensvertrag, der zu einem

lebensfähigen und demokratischen palästinensischen Staat, den die Annapolis-Konferenz als Ziel gestellt hatte, führt, wird so nicht zu vereinbaren sein. Israel hat im Einvernehmen mit dem USA und leider auch unterstützt von der EU die von mehr als 50% der Palästinenser demokratisch gewählte Hamas-Regierung boykottiert. Die durch saudiarabische Vermittlung zustandgekommene Regierung der nationalen Einheit aus Hamas und Fatah wurde zu Fall gebracht. Jeder Versuch von Abbas, zu einer Versöhnung mit der Hamas zu kommen, stieß auf amerikanischen und israelischen Widerstand. Ja, es ist ungeheuerlich aber wahr, der Konfrontationskurs gegen die Hamas war die Vorbedingung, um mit Abbas überhaupt das Annapolis-Projekt zu beginnen. Die renommierte International Crisis Group ehemals führender Politiker schätzte ein, dass die Isolierung der Hamas als hauptsächliches Motiv von Annapolis erscheint. Aber ein Frieden gegen die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung und gegen Hamas ist nicht möglich. Zunächst müsste eine Verständigung zwischen Hamas und Fatah erreicht werden, um überhaupt einen legitimierten Partner für einen Friedensprozess zu haben, der diesen Namen verdient.

Präsident Bush geht es im Einvernehmen mit Israel nicht um eine auf den UNO-Resolutionen beruhende möglichst gerechte Lösung des Palästina-Problems. Er braucht das Annapolis-Projekt für seinen „Krieg gegen den Terror“, um – wie er es in seiner Rede sagte – den „Kampf gegen den Extremismus“ zu führen und möglichst viele arabische Staaten in die Konfrontation gegen Iran, die libanesische Hizbollah und Hamas einzubinden. Es geht um das große „neue strategische Alignment“ (Ausrichtung, Orientierung – LN) im Nahen und Mittleren Osten, von dem Condoleezza Rice im Januar 2007 vor dem Senatsausschuss für auswärtige Beziehungen sprach. Die israelisch-palästinensischen Gespräche haben am 12. Dezember begonnen, belastet durch den angekündigten Bau von über 300 neuen israelischen Häusern in dem an Ostjerusalem angrenzenden Har Homa. Es sieht nicht so aus, dass sich im Jahr 2008 die Dinge im Nahen Osten zum Guten wenden.

Referendum über den EU-Reformvertrag

Mit der Unterzeichnung des EU-Reformvertrages am 13. Dezember 2007 hat auch die Kampagne der Partei DIE LINKE für ein Referendum über den Vertrag von Lissabon begonnen. Der neue Vertrag wird die Europäische Union in vieler Hinsicht verändern. Er hat gravierenden Einfluss auf die künftigen Existenz-, Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen. Darum sollen die Bürgerinnen und Bürger europaweit darüber abstimmen können. Bisher ist eine Volksabstimmung nur in einem der 27 EU-Mitgliedsstaaten, nämlich in Irland, vorgesehen.

Im Leipziger Büro von Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, dem linXXnet in der Bornaischen Str. 3d, können auch Leipzigerinnen und Leipziger für ein Referendum unterschreiben sowie Informationen über den Vertrag einholen.

SYLVIA-YVONNE KAUFMANN,
Europaabgeordnete der
LINKEN



Der Vertrag von Lissabon, der nun der Ratifikation aller 27 EU-Mitgliedstaaten bedarf, ist von grundlegender Bedeutung für die Zukunft der Europäischen Union, für ihre Mitgliedstaaten und vor allem ihre Bürgerinnen und Bürger. Die Entscheidung über die Ratifikation dieses Vertrages darf deshalb nicht den Parlamenten allein überlassen werden. In einer demokratischen Gesellschaft ist es unverzichtbar, dass die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten selbst diesem Vertrag ihre Legitimation erteilen können.

Zugleich zwingt dies die Parlamente, die Regierungen und die Politiker aller politischen Parteien, die Bürgerinnen und Bürger umfassend, sachlich und wahrheitsgetreu und über den Inhalt des vorliegenden EU-Reformvertrags zu informieren und aufzuklären.

Deshalb unterstütze ich die Forderung der Partei der Europäischen Linken nach Volksentscheiden in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Sie sollten am selben Tag stattfinden, um überzeugend zu demonstrieren, dass es dabei tatsächlich um die Zukunft Europas und nicht um klein karierte nationale Sonderinteressen oder parteiinterne Belange geht.

Aus genau diesen Gründen rufe ich den Parteivorstand meiner Partei auf, auch unter den Mitgliedern der Partei DIE LINKE einen Mitgliederentscheid über den Reformvertrag durchzuführen. Ihm muss innerhalb der Partei eine umfassende Information eines jeden Parteimitglieds vorausgehen. Die Mitglieder unserer neu gegründeten Partei müssen die Vertragsinhalte kennen und in die Lage versetzt werden, über das Für und Wider zum EU-Reformvertrag selbst entscheiden zu können. Denn: Direkte Demokratie ist unteilbar!

LN erreichte eine Presseinformation, in der die Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela in der Bundesrepublik Deutschland u. a. mitteilt:

Venezuelas Realität: stabile Demokratie

In vollkommener Normalität ist in der Bolivarischen Republik Venezuela der Wahltag am 2. Dezember verlaufen. Die Wählerinnen und Wähler waren aufgerufen, am Referendum über die Verfassungsreform teilzunehmen, die vom Präsidenten Hugo Chávez vorgeschlagen und von der Nationalversammlung bestätigt worden war. Die Bürgerinnen und Bürger Venezuelas widerlegten mit ihrer bewussten und von Zivilcourage getragenen Haltung in einem wirklichen Fest der partizipativen, handelnden und antagonistischen Demokratie alle Gerüchte und Destabilisierungsversuche, die von isolierten Teilen oppositioneller Gruppen und ausländischen Kräften geschürt worden waren.

Dem ersten offiziellen Bulletin des Nationalen Wahlrates (CNE) zufolge stimmten 50,7 Prozent der Wähler für die Option „Nein“ zum Projekt der Verfassungsreform, gegenüber 49,3 Prozent, die



Unruhe bitte im Bundestag ...

Bali: Klimaziele zur Fußnote degradiert

„Verlauf und Ergebnis der Bali-Konferenz sind enttäuschend“, kommentiert die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Eva Bulling-Schröter und erklärt weiter:

Wann, wenn nicht am Ende des Klimajahrs 2007 hätte der Verhandlungszug für ein Kyoto-Nachfolgeabkommen Schwung aufnehmen müssen. Doch trotz UN-Klimaberichten, trotz Friedensnobelpreis für Al Gore und den UN-Klimarat bewegt sich die internationale Klimadiplomatie weiter im Schnecken tempo. Und selbst dieses Tempo versuchten die USA immer wieder zu bremsen.

Die „Bali-Roadmap“ sollte den Weg weisen für wirksamen Klimaschutz bis 2020. Statt klarer Minderungsziele finden sich nur vage Verweise auf den UN-Klimabericht in einer Fußnote des Abschlussdokuments wieder. Ein Aufbruchsignal sieht anders aus. Die Zeit wird nun sehr knapp, um bis 2009 ein wirkliches Klimaschutzabkommen zu verhandeln.

Die EU muss nun gemeinsam mit einigen Entwicklungsländern den UN-Klimaprozess vorantreiben – bis zum Regierungswechsel im Weißen Haus notfalls auch ohne die USA. Die Zeit für globalen Klimaschutz ist zu knapp, als sich von ein paar wenigen Blockadestaaten aufhalten zu lassen.

Kosovo: Keine Sezessionspolitik

Es gibt keine völkerrechtliche

Rechtsgrundlage für eine einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo. Auch Deutschland muss sich an das geltende Völkerrecht halten. Der Versuch der EU-Staatschefs, der serbischen Seite durch Beitrittsversprechen die Rechtspositionen in Bezug auf den Status der Provinz Kosovo abzuhandeln, ist falsch, so MdB Monika Knoche (LINKE) zu den Gesprächen über die Zukunft des Kosovos auf dem EU-Gipfeltreffen. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende erklärt weiter:

Deutschland muss jetzt darauf drängen, dass sich die Europäische Union aus der US-amerikanischen Vormundschaft herauslöst und die Versprechungen der Bush-Administration bezüglich eines neuen NATO-Staates Kosovo zurückweist.

Die Staaten Zypern, Spanien u.a. haben allzu berechtigte Gründe, keine Sezessionspolitik in der EU dulden zu wollen. Wer ein künftiges Europa mit eigener Legitimation in der Welt will – siehe EU-Reformvertrag – muss an der territorialen Integrität und Unversehrtheit seiner Grenzen festhalten.

New Jersey: Todesstrafe stirbt scheinbar

Nach dem Senat hat nun auch das Repräsentantenhaus des US-Bundesstaates New Jersey mit 44 zu 36 Stimmen die Todesstrafe abgeschafft. Michael Leutert, menschenrechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE erklärt hierzu:

Ich begrüße die Abschaffung der Todesstrafe in New Jersey ausdrücklich. Es ist immer wieder schön zu sehen, wenn sich in menschenrechtspolitischen Problemländern wie den USA die Vernunft teilweise durchsetzt und die Todesstrafe als schwerste Menschenrechtsverletzung ihr Ende findet. Und vielleicht wird ja Guantanamo doch noch geschlossen.

Menschenrechte

Die deutsche Bundeskanzlerin wird bei ihren weltweiten Besuchsreisen nicht müde, immer wieder die Einhaltung von Menschenrechten einzu fordern. Wenn allerdings dabei deutsche Interessen angetastet werden, ignoriert die Berliner Regierung selbst internationale Gerichtsbeschlüsse. Wir zitieren dazu Ausschnitte aus einem Beitrag des Internet-Portals *german-foreign-policy.com* vom 21. 11. 2007: Was hier wieder recherchiert wurde, erinnert stark an Guatemala und die US-amerikanische United Fruit Company, die das Land mit Hilfe ihrer Regierung und der CIA in den wirtschaftlichen und sozialen Angrund stürzte, als eine fortschrittliche Regierung die – lediglich brachliegenden Ländereien – dieser Ausbeutergesellschaft an landlose Bauern verteilen wollte.

Ein deutsches Privileg

Berlin behindert Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in Paraguay und setzt Sonderprivilegien für deutsche Großgrundbesitzer durch. Betroffen sind landlose Kleinbauern, denen laut paraguayischer Verfassung ein Anteil an brachliegenden Latifundien zugesprochen werden soll; viele der Landlosen leben unterhalb der Armutsgrenze. Profiteure sind deutsche Staatsbürger, die in Paraguay – oft zu Spekulationszwecken – Grundstücke gekauft haben, sie

aber nicht nutzen. Mit einem „Investitionsschutzabkommen“ verhindert Berlin, dass die ungebauten Ländereien gemäß paraguayischem Gesetz gegen Entschädigung enteignet und bedürftigen Landlosen zugesprochen werden. Wie mehrere Hilfsorganisationen berichten, hat die deutsche Botschaft in Asunción gegen Maßnahmen zur Landreform interveniert. ...

Tatsächlich widerspricht das deutsche Vorgehen internationalem Recht. So hat sich der Interamerikanische Gerichtshof im März 2006 mit dem Fall der Indigenen Gemeinschaft Sawhoyamaya befasst. Deren angestammtes Land ist heute Teil eines mehr als 60 000 Hektar großen Latifundiums, das einem Deutschen gehört. Nach paraguayischem Recht muss es der Indigenen Gemeinschaft gegen Entschädigung übertragen werden; dem steht jedoch nach deutscher Auffassung ebenfalls der Investitionsschutzvertrag entgegen. In einem aufwendigen Verfahren stellte schließlich der Interamerikanische Gerichtshof am 29. März 2006 klar, dass bilaterale Verträge der Bundesrepublik Deutschland den Menschenrechten nicht übergeordnet sind: „Das Gericht hält fest, dass die Anwendung von bilateralen Handelsabkommen keine Rechtfertigung für einen Verstoß gegen staatliche Verpflichtungen aus der Amerikanischen Menschenrechtskonvention darstellt“. Bislang bleibt der Urteilspruch allerdings folgenlos.

mit „Ja“ stimmten.

Ganz Venezuela zeigte am Sonntag, dass es eine wirkliche, stabile Demokratie besitzt, die den Ausdruck des Volkswillens erlaubt, was auch von jenen internationalen Medien zur Kenntnis genommen werden sollte, die in den vergangenen Tagen und Wochen die Transparenz des Abstimmungsprozesses in Zweifel gezo-

gen und verzerrte Darstellungen der venezolanischen Realität verbreitet hatten.

In der Botschaft Venezuelas in Berlin und den Generalkonsulaten in Hamburg und Frankfurt am Main verlief der Tag der Abstimmung normal. Hier beteiligten sich nur 21 Prozent der im Wahlregister eingetragenen Berechtigten an der Abstimmung, von denen 71,9 Prozent (118 Stimmen) mit Nein und 28,1 Prozent (46 Stimmen) mit Ja stimmten.

Die Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela in der Bundesrepublik Deutschland dankt ... den Institutionen und Personen, die in den vergangenen Monaten und auch am Sonntag selbst in Deutschland solidarisch und interessiert die demokratische Diskussion über den Vorschlag der Verfassungsreform begleitet haben.

Ähnlich wie im sächsischen Erzgebirge verwandeln sich dieser Tage wieder weite Teile Österreichs in „Weihnachtsland“. So weit es den Kaufhaus-Kitsch betrifft, gibt es sichtlich wenig Unterschied zwischen dem Erzgebirge und Österreich. „Stille Nacht, heilige Nacht“ wird für einen Monat zur Internationale. Natürlich zum Stolze Österreichs, weil sie dort entstanden. Die Sonntage werden zu Markttagen. Das Reis der Geschäfte blüht mitten im Winter. Und sage niemand, Weihnachten hätte keine guten Seiten. Das schlechte Gewissen beruhigt

Von **PETER PORSCH**

sich in Spendensammlungen für frierende Tiere und Menschen – zumindest bis Silvester, dann wird das übrig gebliebene Geld in die Luft geballert.

Volkskundler hätten da aber doch noch einiges anderes anzumerken. Die erzgebirgischen Bergmänner haben die Weihnachtszeit für ihre Sehnsucht nach Licht entdeckt – eine Sehnsucht, die im Wesentlichen im Stollen unter Tage entstanden ist. Der Schwibbogen deutet den Stolleneingang an, durch den das Licht kommen kann. Er füllt sich mit Bildern der Sehnsucht, versinnbildlicht durch die Geburt des „Erlösers“ in der Krippe, flankiert durch den Bergmann. Das Erzgebirge hat sich mit seiner durch den Bergbau geprägten Lebensumwelt sozusagen selbst in die Weihnachts-

In Österreich wächst wie in Deutschland und überall in der Welt die Armut trotz oder wegen ebenfalls wachsendem Reichtum. Fünf Prozent der Wohnbevölkerung, das sind 420 000 Menschen, sind in Österreich von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen.

geschichte implantiert. Bergmänner gab es nicht als Gäste bei der Geburt Jesu. Die Sehnsucht nach Erlösung von Dunkelheit und Gefahr sowie nach Frieden wächst aber im Berg. Anders in Österreich. Hier findet sich das ländliche Volk selbst und identisch in der Weihnachtsgeschichte wieder. Die Tiere im Stall und die Tiere auf der Alm – Kuh, Ochs, Esel und Schaf – zusammen mit den Hirten sind sie eigener Alltag. Die Armut, die Kälte, die winterliche Dunkelheit meistens auch. Man erkennt sich hoffnungsvoll wieder im Christuskind und sucht Tröstung und den Frieden in der eigenen Welt, deren Abbild die Krippe ist. Sie ist in vielerlei vor allem volkskünstlerischer Gestalt Mittelpunkt der Weihnachtstage.

„Süßer die Glocken nie klingen ...“, vielleicht aber auch nie falscher ...

Krippen schnitzen gehört zum Brauchtum, wie im Erzgebirge die Weihnachtsschnitzerei und das Reifendrehen.

Advent, es ist „die stillste Zeit im Jahr“, lernten wir vom Salzburger Schriftsteller Karl-Heinrich Waggerl, der mit der entsprechenden Literatur Millionen verdiente. Dass er seit 1938 Mitglied der NSDAP war, ab 1939 auch Landesobmann für Schriftsteller im NS-Gau Salzburg und von 1940 bis zum Zusammenbruch des so genannten „Dritten Reiches“ Bürgermeister von Wagrain, wird zwar in seinen Biographien vermerkt, nicht aber kommentiert. Es störte und stört auch kaum jemanden und stand auch hohen österreichischen Auszeichnungen nicht im Wege. Friede den Menschen auf Erden gilt jetzt zumindest vier Wochen, auch wenn die Herbergssuche am Misstrauen und Geiz der Besitzenden scheiterte und die göttliche Geburt in der Krippe im Stall enden musste. Der in Armut begründeten Chancenlosigkeit leuchtet gerade dadurch ein Licht der Hoffnung entgegen. Vergessen kann werden, was vergessen werden soll. „Süßer die Glocken nie klingen ...“, vielleicht aber auch nie falscher?!

In Österreich wächst wie in Deutschland und überall in der Welt die Armut trotz oder wegen ebenfalls wachsendem Reichtum. Fünf Prozent der Wohnbevölkerung, das sind 420 000 Menschen, sind in Österreich von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Dazu gehören 96 000 Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 19 Jahren. Außerdem gehören noch 115 000 Migrantinnen und Migranten zu den dauerhaft Armen. Allein in der Steiermark, so wurde jüngst vermeldet, haben 50 000 Personen zu wenig Geld, um zu heizen – und davon sind wieder viele Kinder betroffen. Ihre Familien sind auf Zuschüsse angewiesen.

Migrationshintergrund verdoppelt und verdreifacht das Armutsrisiko. Auf der anderen Seite ist „Österreich für Zuwanderer so attraktiv wie noch nie“. Das war die Schlagzeile im *Kurier*, einer der größten Tageszeitungen Österreichs, am 16. November dieses Jahres. Freilich kommen die meisten Migrantinnen und Migranten aus



Unser Autor Peter Porsch in Madairas Hauptstadt Funchal zusammen auf einem Sockel mit dem letzten österreichischen Kaiser ... Foto unten: Wahlplakat des BZÖ, eines FPÖ-Haider-Ablegers. In der steirischen Hauptstadt Graz sind am 20. Januar Gemeinderatswahlen.



der EU, aber der Anteil derer aus Süd- und Osteuropa ist fast genau so hoch und Zuwanderungen aus dem ehemaligen Jugoslawien stehen an dritter Stelle. Da ist es nicht leicht, Herberge oder gar Arbeit und Auskommen zu finden.

Österreich war seit jeher ein multikulturell geprägtes Land. Die alte k. und k. Monarchie ohnehin. Familiennamen, Ortsnamen, Lehnwörter und die Küche beweisen dies. Zu ihren Bürgerinnen und Bürgern gehörten Muslime genau so wie katholische und protestantische Christen oder Juden. Sie lebten, wie man heute zumindest behauptet,

weitgehend friedlich und scheidlich nebeneinander. So wollte eben der letzte Thronfolger der Habsburger-Monarchie, Otto von Habsburg, jüngst seinen 95. Geburtstag nicht nur am Vortag bei einem Frühstück mit Bundespräsidenten und Bundeskanzler in der Wiener Hofburg feiern, sondern auch am eigentlichen Ehrentag im bosnischen Sarajevo. Er hat es getan und ist lebend davon gekommen, was ja nicht für alle Thronfolger gegolten hat. Aber er ist nicht nur lebend davon gekommen, sondern wurde sogar freundlich aufgenommen.

Die Habsburger selbst sind multikulturell wie das alte Österreich. In Gegenseitigkeit war

man mit allen katholischen Herrscherhäusern Europas verwandt und verschwägert. Ottos Mutter Zita stammt aus dem italienischen Haus Bourbon-Parma, ihr Großvater war portugiesischer König. Otto von Habsburg selbst hat eine Frau aus deutschem Adelsgeschlecht, seine Großtante – bekannt als „Sissi“ – stammt aus Bayern. Der Mann besitzt vier Staatsbürgerschaften und spricht sieben Sprachen. Er kann Deutschland, Österreich, Ungarn und Kroatien seine Heimat nennen. Einige Ungarn überlegten in den 90-er Jahren sogar kurz, ihn zum Präsidenten ihrer Republik zu machen. Zwanzig Jahre saß er für die CSU im Europaparlament. Österreich konnte ihn lange nicht leiden. Der Vater musste auf Madeira begraben werden, weil in der alten Heimat kein Platz für ihn war. Ottos erster Rückkehrversuch Anfang der 60-er Jahre war von heftigen Demonstrationen begleitet. Seit er aber auf Besitz und Krone

Wie viele hätten auch gerne mehrere Staatsbürgerschaften! Wie viele träumen von einem Frühstück! Es muss ja nicht gleich in der Wiener Hofburg sein. Es reichte ja schon ein Frühstück, und wenn es noch warm und im Warmen genossen werden könnte, wäre das für manche schon ein himmlisches Weihnachtsgeschenk.

verzichtet hat, ist er gern gesehener Gast. Er freut sich darüber und lobt die Entwicklung vom niedrigen Anfang nach dem ersten Weltkrieg bis hin zur wunderschönen Zeit heute.

Wie viele würden die Freude gerne mit ihm teilen! Wie viele hätten auch gerne mehrere Staatsbürgerschaften! Wie viele träumen von einem Frühstück! Es muss ja nicht gleich in der Wiener Hofburg sein. Es reichte ja schon ein Frühstück, und wenn es noch warm und im Warmen genossen werden könnte, wäre das für manche schon ein himmlisches Weihnachtsgeschenk. Weil es aber nicht so ist, verlassen sie ihre Heimat, suchen Zuflucht und etwas Wärme anderswo, versuchen durch Bettelei wie der arme Lazarus die Brosamen vom Tisch der Reichen, die für sie immer noch Köstlichkeiten sind, zu ergattern. Und das ist oft zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel, so dass auch kein Engel kommt, um sie wie Lazarus in den Himmel zu tragen. Sehr wohl aber, das muss ich hier schon sagen, kümmert sich in Österreich eher die Kirche um die Armen als die Politik. Nicht wenigen sind die Zuge-

Fortsetzung auf Seite 25

Fortsetzung von Seite 24

wanderten selbst die Quelle für Armut und alle sozialen Probleme. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit feiern bei einem Teil der Politik und der Menschen fröhliche Urständ. Das Fremde gefährdet das Eigene – so einfach scheint die Welt zu sein. Besonders hervor tut sich dabei der relativ neue Haider-Ableger von der FPÖ, das BZÖ. In der steirischen Hauptstadt Graz sind am 20. Januar Gemeinderatswahlen. Diese Stadt ist die zweitgrößte Österreichs und es kann nicht nur als lokales Ereignis gewertet werden, was da so passiert. Das BZÖ wirbt mit einem Plakat, auf dem der Bundesvorsitzende Peter Westenthaler und der Grazer Spitzenkandidat des BZÖ Gerald Grosz in unbefleckten weißen Hemden, entschlossen lächelnd und mit Strohhäsen abgebildet sind. Dazu gehört die Losung: „Wir säubern Graz!“ und zwar von „Parteienfilz“, „Asylmissbrauch“, „Bettlerunwesen“ und „Ausländerkriminalität“. Abgesehen davon, dass von den vier „Säuberungszielen“ drei wesentlich Ausländerinnen und Ausländer betreffen, abgesehen davon, dass damit Menschen zu Dreck gemacht werden, abgesehen davon, ist die Sache noch schlimmer: Das Plakat ist ein indirektes Zitat von Hermann Göring – und ich glaube die Autoren wissen dies und spekulieren auf die gleichen dumpfen Empfindungen wie dazumals die Nazis und fördern sie damit zugleich. Das kann niemanden in Europa und der Welt gleichgültig lassen. Immerhin FPÖ und BZÖ waren in Österreich schon regierungsfähig. Die Nazis drehten 1933 nach ihrer Machtergreifung einen Propagandafilm mit dem Titel „Deutschland erwacht“. In diesem Film ist an einer Stelle Hermann Göring in seinem Amtszimmer als preußischer Innenminister zu sehen und im O-Ton zu hören: „Ich werde mit eiser-

nem Besen auskehren und alle die, die ausschließlich wegen ihrer roten oder schwarzen Gesinnung zur Unterdrückung aller nationalen Bestrebungen in Amt und Würden sitzen, hinausfegen ... Die Städte müssen wieder gesäubert werden von ihren volks- und rassetrennenden Erscheinungen, die durch ihre zersetzende Tätigkeit deutsche Sitten untergraben.“ Dass sich das aktuelle BZÖ-Plakat und Göring im Grunde nicht unterscheiden, das zu erkennen braucht wohl keiner Interpretationshilfe. Der Unterschied zwischen eisernem Besen und Strohhäsen ist marginal. Ganz in Weiß ging aber auch Hermann Göring immer.

Auch die FPÖ ist gar nicht faul und entdeckt den Rassismus als Bestandteil moderner Wissenschaften. Deren Grazer Spitzenkandidatin, Susanne Winter,

Das Plakat ist ein indirektes Zitat von Hermann Göring – und ich glaube die Autoren wissen dies und spekulieren auf die gleichen dumpfen Empfindungen wie dazumals die Nazis und fördern sie damit zugleich. Das kann niemanden in Europa und der Welt gleichgültig lassen.

bemüht schon auch mal die Genetik, um einem Afrikaner seine Unterlegenheit gegenüber Weißen zu beweisen. In einem Streitgespräch in der Redaktion der Zeitschrift *Falter* warf ihr Fred Ohenhen, ein aus Nigeria stammender Grazer Sozialarbeiter, vor, sie treibe einen Keil zwischen weiße und andersfarbige Österreicher. Daher werde er als „Neger“ beschimpft. Frau Winter konterte bemerkenswert: „Ich gebe Ihnen eine provokante Antwort. Da ist etwas in Ihren Genen ... Sie wissen, dass Tradition, dass alles, was sich mit einer gewissen Menschen-

schicht in der Geschichte abspielt hat, als Transformation in den Genen weitergegeben wird. Sie haben dadurch automatisch zu wenig Selbstbewusstsein und zu viel Hoheitsdenken der anderen Hautfarbe gegenüber in sich ...“

Und weil das so ist, müssen nach BZÖ und FPÖ auch die Verhaltensweisen von Ausländerinnen und Ausländern genetisch bedingt von den alteingesessenen österreichischen abweichen, weshalb man z. B. vom „Zoff im Gemeindebau“ faselt, wo sich angeblich einheimische und ausländische Mieter wegen ihrer unterschiedlichen Lebensweisen in die Haare geraten. „Halt Goschen; vachsteh? Du nix sagen mir, wie ich soll leben, wie ich soll Müll wegwerfen“, wird da in einer Wahlzeitung des BZÖ zitiert.

Schuld an allem sind aber für das BZÖ die Kommunisten. Tatsächlich stellt die KPÖ seit geraumer Zeit in Graz die Stadträte für Wohnungswesen, zuerst Ernest Kaltenegger, der Engel von Graz, wie er auch genannt wird, und jetzt nach dessen Einzug in den steirischen Landtag Elke Kahr, die auch Spitzenkandidatin bei den kommenden Wahlen ist. Die Kommunisten haben dafür gesorgt, dass die Gemeindewohnungen nicht verkauft wurden. Sie haben erreicht, dass der kommunale Wohnungsbestand aus den zwanziger und dreißiger Jahren von Grund auf saniert und modernisiert wurde. Sie sorgten dafür, dass die Miete in einer Gemeindewohnung ein Drittel des Einkommens eines Mieters oder einer Mieterin nicht übersteigen darf. Natürlich sorgten sie auch dafür, dass ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger menschenwürdig wohnen können und nicht vergeblich nach Herberge suchen müssen oder gar ihre Kinder in einem Stall in eine Krippe legen sollten. Die Grazer Kommunisten verteidigen das kommunale

Eigentum mit der Losung „Eine Stadt ohne Eigentum ist wie ein Auto ohne Motor“. Sie organisieren Bürgerbegegnung, Bürgerberatung, Konfliktberatung und Wohngebietsfeste. Was sie nicht machen, ist Hass schüren und Zwietracht säen. Sie nehmen das „Friede den Menschen auf Erden“ ernst und halten dafür die Ressourcen parat.

Die KPÖ tut das, aber nicht nur die KPÖ. Die Caritas kümmert sich um die meist slowakischen Bettlerinnen und Bettler. Im Rahmen eines Hilfsprojektes wurde in einem slowakischen Dorf eine Nudelproduktion aufgebaut. Menschen finden so Arbeit. Diese Nudeln werden billig in Graz verkauft, wieder zum Nutzen der Menschen in der Slowakei. Eduard Nagel, ein Comboni-Missionar, der zehn Jahre in Kenia gelebt hat, betreibt in Messendorf bei Graz ein Afrika-Haus. Das gibt Quartier, Lebensgrundlage und Hilfe für Afrikaner, die um ihr Aufenthaltsrecht kämpfen. „Du bist in Afrika und in Graz. Hier wirst du von deinen Brüdern immer warm empfangen. Alle sind freundlich.“ So sagt ein Bewohner des Hauses.

Gerade Afrikaner in Graz nutzen übrigens ein herrliches Selbsthilfeprojekt, sie vertreiben das non-profit Straßenmagazin MEGAPHON und geben damit Graz einen bunten, allgegenwärtigen, sympathischen Tupper. Viele Grazerinnen und Grazer haben schon ihren Stammverkäufer und wollen auf die Informationen über Grazer Kulturereignisse und soziale Projekte nicht mehr verzichten.

Und weil vielleicht staatliche Stellen dem nicht mehr nachstehen wollen, geschehen tatsächlich schon Zeichen und Wunder. Als sich vorigen Monat eine von ihrem Mann im Kosovo geschlagene und geschundene zweifache Mutter vor der drohenden Abschiebung versteckte, um dann für eine Pressekonferenz wieder aufzutauchen, wurde sie zwar zunächst verhaftet

und eine Nacht festgehalten. Am nächsten Tag aber, man kann nicht genug staunen, wurde sie wieder freigelassen. Sie hatte einen neuen Asylantrag gestellt, so die Begründung, und ist deshalb von Abschiebung bis zur Entscheidung verschont.

Zu viel Hoffnung ist aber noch nicht angeraten. Man will in Österreich nun den Rückstau bei Asylverfahren abbauen und die Verfahren generell beschleunigen. Dazu soll ein Trick dienen. Bisher konnten die Betroffenen ihren Fall über drei Instanzen prüfen lassen, zukünftig soll es aber mit der Einrichtung eines Asylgerichtshofes im Normalfall nur mehr zwei Instanzen geben. Das ist eingeschränktes Sonderrecht.

Zurück zu Weihnachten. Vielleicht begegnet uns neben dem Kitsch und Kommerz doch auch hin und wieder die eigentliche Botschaft. Unabhängig davon, wie der und die Einzelne zum Christentum steht, zu Religion oder Kirche. Wir sollten die Botschaft nicht überhören: „Friede den Menschen auf Erden!“ Das ist aber noch nicht alles. Diese Botschaft ist begleitet von einer einschränkenden Bedingung ihrer Chance auf Verwirklichung: „Friede den Menschen auf Erden, die guten Willens sind.“ Diese Menschen suche ich, egal wo ich gerade bin. Die Realisierung der göttlichen Botschaft ist in unsere Hände gelegt, braucht den menschlichen guten Willen, weshalb die Linken vielleicht doch recht haben – und das auch Benedikt dem XVI. ins Stammbuch bzw. als Anmerkung in die jüngste Enzyklika geschrieben – und sogar eine göttliche Botschaft, die Weihnachtsbotschaft richtig verstanden haben, wenn sie neben „Stille Nacht“ noch eine andere Internationale singen. „Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun. Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!“

Was war die Welt doch früher einfach: Da hat man sich einen Sportschuh gekauft, wenn man einen anderen Sport als Schwimmen betreiben wollte. Etwas später musste man schon dann darauf achten, ob man einen Lauf-, Allround-, Cross- oder Wasweißsch-Spezienschuh kaufte. Ja, und die Marke, die wurde auch wichtig. Wenn man dann noch Glück hatte, passte das ausgesuchte Super-Schuhwerk auch noch. Aber immerhin – es waren einfache Schuhe. Die Dinger kamen an die Füße und so recht hat man dann keinen Gedanken mehr daran verschwendet. Heute sieht es schon ein bisschen anders aus: Sportschuhe sind ein absolutes High-tech-Produkt, sogar mit PC-Anschluss. Es lassen sich nun so wichtige Daten wie die Schrittlänge, die Geschwindigkeit, die zurückgelegte Entfernung, die Fußschweißproduktion oder die Abnutzung der Schuhsohle abrufen. Ich weiß gar nicht, wie ich früher ohne diese Daten ausgekommen bin. Gerüchlicherweise sollen die Menschen früher ein-



Der Schuh als Spion

nur gelaufen sein – können Sie sich das vorstellen?

Aber nicht nur, dass es jetzt lauter tolle Daten auf dem iPod gibt, nein, die Dinger können nun auch noch die Datensicherheit gefährden – sie wird sozusagen mit Füßen getreten.

Das glauben Sie nicht? Forscher der University of Washington haben sich mit der Datensicherheit des „Nike+iPod Sport Kits“ auseinandergesetzt und beklagen, dass der digitale Begleiter beim

verwendet werden, meinen die Forscher, deren Hauptbeispiel Stalker sind. Von Seiten Apples wollte man den Bericht nicht kommentieren: „Das Thema ist hochgepumpt“, hieß es auf Anfrage.

Um zu demonstrieren, wie man mit Hilfe des „Sport Kits“ den modernen Jogger überwachen könnte, haben die Projektteilnehmer mehrere digitale Spione gebaut und sie strategisch positioniert. Sie verwendeten dafür einen Notebook mit Empfänger und Anbindung an das Kar-

tenmaterial von Google Earth, eine Uhr mit Empfänger fürs Handgelenk und einen iPod der dritten Generation, auf dem ein Linux-Programm nach Sendern sucht. Insgesamt schlägt die Spionageausrüstung mit etwa 250 Euro zu Buche. Kommt also ein Jogger an einem Empfänger vorbei, so wird eine Nachricht an den Operator geschickt.

Von der anderen Seite betrachtet, lässt sich der eindeutigen Signatur auch Positives abgewinnen. Der Schuhsensor könnte mit der Alarmanlage des Hauses gekoppelt werden. Die Haustür entriegelt sich beim Nachkausekommen automatisch und das Radio schaltet sich ein.

Die potenzielle Gefahr, auf diese Weise ausspioniert zu werden, scheint gering, zumal Menschen schon jetzt in einer Welt mit einer Menge an drahtlos kommunizierenden Geräten leben, die ähnlich genutzt werden können.

Und da wundern wir uns über die vielen Sport-Muffel. Wahrscheinlich sind das alles nur konsequente Datenschützer...

• TORSTEN KIESLICH

Für *Leipzigs Neue* vom Autor bearbeiteter Ausschnitt aus dem Roman „Und wenn ich sterben sollte“, erschienen bei „pernobilis“, 19,90 Euro. Neufassung 2007 im Plöttner-Verlag Leipzig

Auf der Flucht vor dem Krieg hat es die Teichmanns in einen Bauernhof zwischen Leipzig und Halle verschlagen, auf dem die Großeltern mit despotischer Strenge herrschen. Der heranwachsende Bernhard hat es schwer, sich in der zerstrittenen Familie inmitten der Nachkriegswirren zu behaupten. Er erlebt seine erste unschuldige Liebe zur gleichaltrigen Karla und muss sich gegen die um einen Kanten Brot prügelnden Dorfkinder behaupten. Als die Teichmanns schließlich nach Leipzig zurückkehren, erreicht sie ein letzter Brief des Vaters aus einem russischen Gefangenenlager, der jäh abbricht: Und wenn ich sterben sollte ... Für Bernhard wird es zur Verpflichtung, sich auf die Sinnsuche zu begeben und den Satz des Vaters zu vollenden.

Der nächste Morgen war klar und kalt. Es war Heiligabend. Die Apfelbäume auf dem Hügel sahen aus, als seien sie aus Eis gehauen. Über dem Mainbachschen Gehöft schwärmten Krähen. Die Jöseritzer und auch Städter, die vom Verkauf des Fleisches gehört hatten, belagerten seit Stunden das Hoftor. Bernhard war auf den alten Heuwagen geklettert, um ja alles im Blick zu haben. Seit Onkel Arno vor ein paar Tagen aus Gefangenschaft heimgekehrt war, knisterte es vor Spannung auf dem Hof und im Dorf. Es war ein Kampf entbrannt zwischen dem Onkel und den Dörflern. Die Jöseritzer waren viele, aber der Arno war ein Riese. Er hatte den mächtigen Bullen mit einem einzigen Axthieb zu Boden gestreckt. Der Onkel hatte mit Tante Marthe die vergangene Nacht hindurch den getöteten Bullen zerlegt und das Fleisch verarbeitet. Schon vor dem Hahnenschrei hatte er die Familie aus den Betten befohlen. Die Großmutter und Rita, von Bernhards Geschwistern die Älteste, gingen ins Waschhaus und stellten sich hinter die auf zwei Holzböcken liegende Schuppentür, die als Ladentafel diente. Im Waschkessel dampfte die Wurstsuppe, in Körben und Kisten lagen Fleisch und Wurst in Zeitungspapier verpackt.

Der Großvater verteilte Räucherstöcke an seine Leute. Bernhards ältere Brüder sollten die Haustür bewachen. Aber Werner war nicht aufzufinden, er hatte die Nacht auch nicht in seinem Bett verbracht. Und Charly klemmte sich grinsend den Stock unter den Arm, watschelte, sein Vorbild Chaplin nachahmend, vor Bernhard auf und ab und sagte: „Sollen die Jöseritzer das Gehöft doch stürmen, ich wünsche, sie täten's und ließen nichts übrig davon.“ Charly musterte Onkel Arnos bedrohliche Gestalt, zuckte mit den knochigen Schultern, lachte verlegen und meinte: „Bei Gott, Kleiner, ich würd's auch nicht tun, bei Gott nicht.“

Der Onkel sperrte das Tor auf, die Leute drängten lautlos herein, ihre Gesichter und Hände waren blau gefroren.

„Einer nach dem anderen“, dröhnte Onkel Arnos Bass. „Wer zahlen kann, kriegt auch was ab.“

Er stutze, als er den neuen Bürgermeister Jakob in der Menschenmenge erkannte, die sich vom Fuß des Hügels, auf dem das Gehöft einsam stand, bis zum Waschhaus erstreckte. An den Torpfosten lehnten zwei russische Soldaten, die Bernhard schon

Gunter Preuß

Sündiges Fleisch – eine Nachkriegsweihnacht



Rembrandt: *Der geschlachtete Ochse*. 1655. Original 94 x 67 cm, Louvre, Paris.

kannte. Es waren David und der Offizier, dem der Großvater hatte seine Schweine abgeben müssen. Die Fellmützen hatten sie in die Stirn geschoben, ihre Hände steckten in den Manteltaschen. David hatte eine Kalaschnikow geschultert und vor der Brust des Offiziers hing eine Maschinenpistole.

Mitten auf dem Hof stand untersetzt und breitbeinig der Großvater. Er stützte sich auf seinen Knotenstock wie auf ein Schwert. Der Alte kaute Priem, schwarzer Speichel hing in seinen Mundwinkeln, er knurrte und rief seinem Sohn Arno zu: „Was willn der rote Zuchtheisler offm Hofe? Der Jakob – das will mer gar nich gefollen. Himmelorsch! Een Politscher is schlimmer alsn Sack voll Diebsgesindel!“ Der Bürgermeister war von der Menschenmenge nach vorn geschoben worden. Der ausgemergelte Jakob hatte sich einen Schal über den Hut gebunden und unter dem Kinn festgeknotet. Er ähnelte einer mit Lumpen behangenen Vogelscheuche, die Regen und Wind schon ordentlich durchgeschüttelt hatten. Jakob trat zögernd an die Ladentafel heran, räusperte sich und sagte dann doch weithin hörbar: „Einen Batzen Fleisch. Und ein paar fette Würste. Den Krug voll mit Brühe, Mädchen. Sieht ja alles recht lecker aus.“

Onkel Arno trat neben Jakob, den er um mehr als Kopfeslänge überragte, legte

seine Pranke auf die Päckchen, die Rita schon herübergeschoben hatte.

„Pass jetzt gut auf, Kleiner!“ Charly unterbrach sein Gehampel und nickte Bernhard auffordernd zu. „Hier tut sich was, ich seh's kommen.“

Onkel Arno sagte: „Was zahlt der Herr? Bei mir gibt es nichts auf Borg. Das war so, das ist so und wird immer so sein.“

Jakob hob triumphierend die Hand mit einem Geldschein, den er schließlich auf die Tafel wuchtete.

„Stimmt so, Mädchen“, sagte der Bürgermeister großzügig zu Rita, die das Geld schnell in einen Eimer warf, der als Kasse diente.

„Halt mal“, sagte der Onkel. „Das reicht nur, um an meinem guten Fleisch zu riechen, Jakob. Es ist eine andere Zeit. Du hast es ja so gewollt. Die Preise aber, die mache immer noch ich. Damit wir uns recht verstehen.“

Der Onkel wandte sich den Leuten zu und rief: „Wer nicht zahlen kann, verschwindet vom Hof. Und ein bisschen Trab. Fleisch ist nun mal teuer. Das Leben ist auch jetzt nicht für umsonst.“

Die Frauen und Männer blieben trotzig stehen. Aus unruhigem Getuschel wurde bald lautes Murren. Bernhard zuckte zusammen, als er Werner in der Schlange der Dörfler sah. Er winkte dem Bruder aufgeregt und bedeutete ihm, dass er sich unter

Onkel Arnos Leute mischen sollte. Doch Werner reagierte nicht.

Jakob sagte drohend, aber mit dünner Stimme: „Nimm sofort die Hand von meinem Päckchen, Mainbach. Ich habe bezahlt. Und die Preise, die machen jetzt die kleinen Leute. Niemand anderes. So haben es meine Genossen und ich schon lange gewollt. Und so ist es nun auch gekommen.“

„Aber nicht mit mir!“

Onkel Arno zog die Axt aus dem Hackstock. Der Offizier und David kamen gerannt und stellten sich mit erhobenen Waffen neben den Bürgermeister. David gab ihm Papier und Tabak. Jakob drehte sich mit zitternden Händen eine Zigarette, schob sie sich zwischen die bleichen Lippen und ließ sich Feuer geben.

Der Offizier sagte geschäftsmäßig zu Onkel Arno: „Was du wollen? Du verkaufst Fleisch. Bürgermeister bezahlen. Choroscho.“

Der Großvater humpelte eilig heran. Er rief: „Schmeiße vom Hofe, Arno! Und wenns Fleesch verfault, schmeiße vom Hofe, sach ich!“

Onkel Arno sah abschätzend auf die Soldaten und verächtlich auf die Menschenmenge. Er holte aus, dass die Nächstehenden zurückzuckten, und schlug die Axt so tief in den Hackstock, dass sie fast im Holz verschwand. Seine Stirnadern waren blau geschwollen, und er sagte mühsam beherrscht: „Na schön, Baumert. Du hast gekauft. Nun raus. Die andern auch. Ich verkaufe nichts mehr.“

Die Leute schrien wütend durcheinander, sie drängten zum Tor herein, eine Welle aus Menschenleibern schob sich auf Onkel Arno und den Großvater zu.

Der Offizier und David stemmten sich ihnen entgegen. Jakob schrie: „Haltet Ruhe, Leute! Ihr sollt ja zu euerm Fleisch kommen! Ich verspreche es! Aber haltet Ruhe!“

Der Bürgermeister schob sich den Hut auf den Hinterkopf, wischte sich mit dem Jackenärmel über die Stirn, rückte den Hut zurecht, knotete den Schal neu unterm Kinn. Er sagte einlenkend: „Hör mal zu, Arno. Wir wollen dir das Fleisch bezahlen. Zu erschwinglichen Preisen. Die Leute sollen wenigstens zu Weihnachten was auf dem Teller haben.“

Onkel Arno erwiderte unversöhnlich: „Ich kann mein gutes Fleisch überall verkaufen, Jakob. Zu meinem Preis.“

„Wo denn zum Beispiel?“

„In der Stadt. Die Städter fressen sogar das Fell und die Hörner.“

„Bis zur Stadt ist es weit“, sagte Jakob. „Die Stadt erreichst du nicht. Die Straße ist spiegelglatt. Der Gaul würde sich die Haxen brechen.“

„Ich verkaufe nicht“, wiederholte Onkel Arno mit neu aufblitzendem Zorn. „Dann soll das Fleisch eben verrecken.“

Jakob schüttelte nun ebenfalls wütend den Kopf. „Du hast nichts dazu gelernt, Mann, gar nichts. Du spuckst noch dieselben Töne wie vor dem Krieg. Bist ein Wolf wie dein Vater. Euch sollte man...!“ „Was sollte man?“ Onkel Arnos Hand umschloss den Axtstiel.

Jakob wandte sich abrupt von Onkel Arno weg. Er sprach russisch mit dem Offizier. Der Bürgermeister drehte sich wieder Onkel Arno zu und befahl: „Du verkaufst jetzt! Oder die Sowjets müssen das Fleisch beschlagnahmen. Es ist nicht vom Tierarzt untersucht. Das verstößt gegen die Bestimmungen. Machen wir es also kurz, Mainbach!“

In Onkel Arnos Gesicht arbeiteten die Muskeln, die Lippen spannten sich dünn

Fortsetzung auf Seite 27

Da habe ich den Text dieser Monographie seit mehr als einem Jahr auf der Festplatte, und es schleppt sich und schleppt sich – eben wie das manchmal so ist. Kein Vorankommen, vergleicht man es mit unserem Großen und Ganzen im Lande all überall. Den Diäten oder den umweltlich-freundlichen Durch- und Abbrüchen, den neuen Jobs und rauchfreien Bahnhöfen oder den jüngsten Forbes-Daten. Vom Aufbau Brühl und so gar nicht zu reden. Leipzig wird jetzt zur

Von **HELMUT BRÄUER**

Großstadt demoliert. Könnte man in Anlehnung an Karl Kraus schreiben. Und bei mir? Wenig Zügigkeit. Doch in den heutigen Frühstunden, es könnte kurz nach halb vier gewesen sein, wissen Sie, wenn man so halbwach ist – da wurde mir plötzlich leicht und locker rings um die Seele. Wie „an“ Weihnachten, gewissermaßen. Die Ideen bekamen Konturen. Konnte den Aufstand kaum erwarten. Manche fürchten ihn ja, aber sie meinen es auch anders. Jedenfalls saß ich Punkt sechs am Computer und begann mein Material

neu zu ordnen. Muß sein. Bei neuen Einsichten und Einfällen. Kommt man nicht daran vorbei. Gegen acht existierte die neue Sachstruktur. Ich hatte ihn endlich, den bewußten Faden. Viertes Kapitel: „Im Zentrum der territorialstaatlichen Macht...“ Haustürklingel. Ich gehe zur Wechselsprechanlage. Begrüße den Unsichtbaren sehr artig, denn ich bin froh

gelaunt und höre ein Zwitscherstimmchen: „City-Post. Ein Brief für Sie. Würden Sie bitte öffnen?“ Ich bedanke mich und verschwinde wieder im Arbeitszimmer. Der Bildschirm zeigt den begonnenen Satz „Im Zentrum der territorialstaatlichen Macht...“ Was wollte ich doch? Ob der Einstieg nicht zu frontal ist? Neue Materialdurchsicht. Ich hole mir einen Kaffee aus der Küche. Nein, der direkte Zugang ist schon zweckmäßig. Also: „...territorialstaatlichen Macht...“ Telefon. Verflüxt, das wird Alfred sein.

– Wollte ich eigentlich anrufen. Melde mich – natürlich wie-der artig. Und höre: „Wir sind ein traditionsreiches Unternehmen mit internationalem Renommee und Sitz in Köln. Unsere Spezialität sind Einstiegshilfen in Badewannen...“ Kann gerade noch antworten, daß es mir eher um feudale Macht im späten Mittelalter geht. Schon aufgelegt. Kapital – kein Verständnis für die historische Wissenschaft, nur den schnöden Profit im Kopf. Neuer Versuch. Bevor der Bildschirm wieder meinen Text zeigt – bringt der Bote vom Pizza-Bäcker ein Kuvert mit einem Geschenk-Kupon und der DHL-Dienst eine 500-Seiten-Monographie, die ich bis spätestens Januar besprechen soll.

Jetzt brauche ich dringend etwas zur Konzentration. Kaffee – hilft zwar nicht, ist aber strategisch wichtig. Manipulierungshilfe. Ich nehme den ersten Schluck. Den zweiten mißgönnt mir die e-Mail-Anzeige mit einem zarten Anschlag: Die Jahrbuch-Redaktion teilt mir mit, daß heute sicher das Rezensionsexemplar ankommen würde, und ich möchte unbedingt den Termin Januar einhalten...Natürlich weiß ich um den Termindruck, der auf allen Redaktions- und Verlagsleuten liegt und gehe wieder auf meine Bildschirmseite. „Im Zentrum der territorialstaatlichen Macht...“ Was wollte ich eigentlich? Wieso im Zentrum? Telefon. Ich melde mich – knapp. Gar nicht mehr artig. „Ja, wir bereiten gerade eine flächig dimensionierte, wie stets höchst professionelle Umfrage für ein Politiker-Ranking vor und möchten...“ Ich verabschiede die Frau mit

– sehr formalen, völlig unernst gemeinten guten Wünschen für den heutigen Tag. Lege zähneknirschend auf. Und schicke, feige, wie ich bin, ein Wort hinterdrein, daß mir sicherlich der liebe Herrgott eines Tages aufrechnen wird, wenn die große Bilanz ins Haus steht. Nachdem inzwischen aus dem Kaffee kalte

Brühe geworden ist, die ich mit Verachtung strafe, formuliere ich laut den Vortatz: „Jetzt können sie mich alle ...“ Doch zuvor – es ist inzwischen gegen zwölf – gehe ich zum Briefkasten, um rasch diese Dinge noch zu erledigen. Dann! Dann stört mich aber wirklich keiner mehr! Das Postbündelchen ist klein heute: Vier Werbeschriften, trotz meines Aufklebers auf dem Briefkasten. Die Konkurrenz schläft nicht! Fünf Spendenbriefe, mit Abziehbildchen, Adressenaufklebern, gemalten Postkarten für alle Jahreszeiten, vielen und sehr streng mahnenden, zu Herzen gehenden Worten in persönlichen Ansprachen und den vorbereiteten Überweisungsvordrucken, versteht

– sich. Ein paar Anfragen, die Nachricht, daß Tante Ilse im Sommer nun doch nicht nach Neuseeland reisen, sondern zu uns kommen will. Wie schön. Das hebt die Stimmung! Schade, daß Sie Tante Ilse nicht kennen, denn so verstehen Sie auch den Spott nicht, der hinter meinem Ausruf sitzt. Ja und dann ein seriöser Umschlag ohne genauen Absender. Nur „nielsen“. Einfach „nielsen“. Hat man offenbar zu kennen. Gehört zum guten Ton der guten Gesellschaft. Ist Ihnen nicht geläufig? Also auch ungebildet. Manches fehlt uns eben doch noch, trotz der letzten 17 Jahre. Dennoch: Die Sorte Post liebe ich besonders. Kann man nicht zurückschicken! Deshalb auch das absichtliche Versehen des Absenders... Aber man versteht ja, die Leute leben im Streß, so kurz vor Jahresschluß. Also muß ich wohl öffnen. Und während ich lese, daß ich Mitglied im „Club der Entscheider“ werden soll, der darüber befindet, welche Werbeschriften künftig an welche Bewerber zu senden sein werden, um Werbung effektiver zu machen ... Also während ich das alles in der Post aus Frankfurt/M lese, daß 2006 über 10 Milli-

arden für Werbung ausgegeben worden seien, und daß es jetzt in meiner Hand läge, durch qualifizierte Mitwirkung im obigen „Club“, mit „C“ versteht sich, die Werbung zu qualifizieren, gewissermaßen die Spreu vom Werbe-Weizen zu trennen, fällt ein kleines Antwort-Kärtchen aus der Sendung, auf dem abgefragt wird, wie ich heiße, wo ich wohne, welche Telefonnummer ich traktiere, die Mail-Adresse und das Postfach sollen selbstredend auch verzeichnet werden, dann möchte ich, bitte sehr, die Anzahl der zum Haushalt gehörenden Personen fixieren und das Alter der für den Einkauf vornehmlich zuständigen Familienmitglieder ankreuzen. Ich soll Auskunft geben, wo sich der Briefkasten befindet, ob es sich

um ein Einzelhaus handelt, eventuell mit Garten (von freilaufenden Hunden finde ich nichts vermerkt), aber wissen möchten die Herren das monatliche Familieneinkommen - in Gruppen gestaffelt -, damit es leichter elektronisch zu verarbeiten und, das füge ich heimlich hinzu: mit anderen Daten aus anderen Quellen zu vernetzen ist. Ganz unten, Kategorie A (unter 1500 €), also das Prekariat, und in den höheren Buchstabenkategorien die feinen Leute, Gruppe D und E (mehr als 3000 €). Damit man die wertvollen Breuninger-Kataloge nicht an Hartzis verschickt und so. Ist doch weggeworfenes Geld für die Unternehmen, und das muß man verstehen lernen. Immer strategisch, betriebswirtschaftlich und aufs Große orientiert denken. - Denke ich mir so. Ja, und dann habe ich dem Unternehmen „nielsen“ eine mail geschrieben und ein paar Vorschläge gemacht, was alles noch abzufragen wäre, und bin schließlich wieder auf meine Textseite gegangen. Da steht: „Im Zentrum der territorialstaatlichen Macht...“ Was wollte ich nur mit dieser „Macht“? Mit welcher „Macht“ denn überhaupt?

Aus meinem wirklichen Leben.

Oder: Ein real-kapitalistischer Vormittag im Dezember

Fortsetzung von Seite 26

und die sonst glatte Stirn bedeckten fast fingerdicke Runzeln. Schließlich nickte er kurz und heftig der Großmutter zu. In die Menschenmenge kam Bewegung, die Leute riefen einander beim Namen, Frauen umarmten sich, Blechgeschirr klapperte. Werner war mit einmal bei seinen Brüdern, sah sie triumphierend an, als hätte er allein diesen Sieg errungen. Der Onkel zog mit einem Ruck die Axt aus dem Hackklotz und ging in den Schuppen. Den ganzen Tag über waren krachende Schläge zu hören, mit denen er Holz spaltete. Am Nachmittag schmückten Bernhard und seine Geschwister in der Wohnstube einen selbst geschlagenen Tannenbaum mit Wattebäuschen, Sternen aus Karton und gepresstem Stroh. Der Großvater badete in einem Trog seine Füße, seine Lippen waren dunkelbraun vom Kautabak und er fluchte vor sich hin. Charly war immer noch ganz aufgereggt und stotterte: „Bei Gott, Ki-Kinder – ich hätt's nicht geglaubt, a-aber der Zwerg hat den Riesen besiegt!“ „Rede doch kein dummes Zeug daher“, sagte Rita wütend. „Was hätte Onkel Arno

denn tun sollen?“ „Na, eben ni-nichts! Er ist eben ni-nicht der liebe G-Gott! Gott sei Dank!“ „Halt den Baum gerade!“ Rita knuffte Bernhard derb in die Seite. „Du bist aber auch zu nichts zu gebrauchen.“ „Lass mich in Ruhe“, entgegnete Bernhard. Er sah wieder das Blut in Intervallen aus der Einstichwunde am Hals des Bullen sprudeln. Die Schwester fing es mit einem zerbeulten Eimer auf und rührte es flink mit einem Treibstock, dass es nicht flockte. Rita lachte herausfordernd, zog Bernhard wild an sich und versuchte, ihn zu küssen. Er schlug um sich, trat nach der „Großen“ und biss sie schließlich in den Unterarm. „So ein kleines Miststück“, schimpfte Rita. Sie leckte genüsslich das Blut vom Unterarm. „Der beißt doch tatsächlich zu wie ein Straßenkötter.“ Und wieder näherte sie sich dem „Kleinen“ mit ausgebreiteten Armen. Bernhard bekam eine Schere, die auf dem Tisch lag, zu fassen und hielt sie der Schwester entgegen. „Na, so ein kleines Miststück!“ Rita kicherte und schlug sich auf die Schenkel. „Na, warte, ich kriege dich schon noch.“ Der Großvater wuchtete seinen Knotenstock auf die Tischplatte. Charly hob feixend die Hände in Schulterhöhe. Werner stand plötzlich zwischen Rita und Bern-

hard und sah sie an, dass sie sich schämten. Er nahm Bernhard die Schere aus der Hand und legte sie in eine Schublade. Rita ordnete vor der Fensterscheibe ihre Haare und strich ihr Kleid glatt. Sie näherte sich mit dem Gesicht dem blank geputzten Glas, befeuchtete mit der Zunge ihre trockenen Lippen, kokettierte mit ihrem Spiegelbild und sagte: „Herrgott noch mal, das war ein Spaß, weiter nichts!“ „Verbockte Bande!“, fluchte der Großvater. „Nischt wie Ärger hat mer mit eich! Werd Zeit, dasses Frühjahr kummt! Dann heeßts Buckel krumm, bis keener mehr krauchen kann!“ „Wir müssen von hier weggehen“, flüsterte Werner atemlos den Geschwistern zu. „Ich will ums Verrecken kein Mainbach werden.“ Der Hass trieb Werner Tränen in die Augen. Charly wandte sich ab und pffif einen Gassenhauer. Bernhard wollte Werners Hände drücken, aber sie steckten in den Hosentaschen. „Zu den Hungerleidern aus dem Dorf möchte ich jedenfalls nicht gehören“, sagte Rita entschieden. Charly schnalzte mit der Zunge und sagte: „Wenn der Onkel dich bei Jakobs Leuten gesehen hätte, Bruderherz, würdest du jetzt auf allen vieren krauchen.“

„Ich zeige es diesen Ausbeutern noch“, sagte Werner verbissen. „Ich werde niemals Knecht sein. Die Zeiten sind endgültig vorbei in Deutschland.“ Bratenduft zog in hellen Schwaden durch das Haus, es dunkelte fast augenblicklich, vom Kirchhügel war Glockengeläut zu hören. Die Großmutter rief mit schriller Stimme zum Kirchengang. Onkel Arno polterte im Schuppen. Tabakrauch drang durch die Bretterritzen und hing wie weiße Fetzen in der frostigen Luft. Der Großvater wollte auch am Heiligabend vom „Pfaffenjommmer“ nichts wissen. Die Mutter lag noch immer fiebernd im Bett. Werner verdrückte sich in die Schlafkammer unterm Dachboden. Charly zuckte die Schultern und steckte sein Schnitzzeug in die Uniformjacke, die ihm die Amis dagegessen hatten. Rita achtete darauf, dass Bernhard sich warm anzog, schlüpfte selbst in Mantel und Straßenschuhe, fasste den Bruder am Handgelenk und zog ihn grob auf den Hof hinaus. Die Großmutter schüttelte missbilligend den Kopf angesichts der arg geschrumpften Familie. Sie henkelte sich herrisch bei Tante Marthe ein und ging steif, auf dem Glatteis jeden Schritt ertastend, los. Die anderen folgten ihr wie eine befohlene Trauergemeinde den Hügel zum Dorf hinunter.



Von
**KLAUS
HUHN**

WEIHNACHTEN steht vor der Tür und im Sport stapeln sich statt der Geschenke die Skandale. Das Desaster der Sachsen-Leipzig-Weihnachtsfeier im Vereinslokal „Sachsenstube“ hat trotz allem, was bisher geschehen war, viel Staub aufgewirbelt. Die Illusion, eines Tages könnten sich die Ex-„Loker“ und die Ex-„Chemiker“ doch noch irgendwo treffen – vielleicht unterm Weihnachtsbaum – und die unseligen „Kriegsbeile“ für alle Zeiten begraben, ist längst begraben. Nur um anzudeuten, wie viel Image dieser endlose Streit der Stadt in der „Fremde“ kostet, hier einige Zeilen aus der in Frankfurt/Main erscheinenden „Rundschau“: „Es sollte eine Weihnachtsfeier unter Gleichgesinnten werden ... Urplötzlich war der Raum der entlegenen Vereinsgaststätte Sachsenstube mit Rauch gefüllt. 40 bis 50 Vermummte stürmten die Kneipe und hielten dem Thekenpersonal und einzelnen Gästen Gaspistolen an die Schläfe. Andere schlugen derweil mit Baseballschlägern zu, zertrümmerten Inventar und Fensterscheiben. Der Eingang zur Küche brannte, mehrere Autos – unter anderem das des Kneipenpächters – wurden komplett zerstört. „Man muss im Nachhinein froh sein, dass es keine Toten oder Schwerverletzten gab“, so Augenzeuge Matthias Gärtner.“

Zum Report über dieses wenig weihnachtliche „Vergnügen“ gehört auch die Tatsache, dass die Polizei vorgewarnt worden war, eine Streife in Marsch gesetzt hatte, die sich aber gegen 22.30 Uhr entschloss, heimzukehren, weil „alles so friedlich“ verlief. Auf diesen Augenblick müssen die Täter in sicherem Versteck, gewartet haben. Als die Polizei wieder erschien, waren die Schläger längst verschwunden. Die *Mitteldeutsche Zeitung* (11.12.07) teilte ihren Lesern mit: „Leipzigs Sportbürgermeister bestreitet, dass sich die Bürger nicht mehr sicher fühlen können. Einzelne gewaltbereite Personen, die gebe es überall in Deutschland. Auch anderswo sei schon mal eine Fankneipe überfallen worden.“ Das klingt über die Maßen beruhigend, ignoriert aber die Tatsache, dass man doch wohl allorts Wert darauf legen sollte, Überfälle auf Fankneipen nicht bei den Kavaliersdelikten einzuordnen. Das Problem ist sicher nicht mit goodwill-Aktionen aus der Welt zu schaffen, aber mit solchen Bürgermeister-Sprüchen erst recht nicht!

IN LAUSANNE droschen sie sich nicht mit Baseballschlägern, aber an dem Verhandlungstisch, an dem der Vorstand des Internationalen Olympischen Komitees – offizieller Titel: Exekutivkomitee – die jüngsten Probleme aus der Welt zu schaffen versuchte, wären Weihnachtslieder auch höchst unpassend gewesen. Es ging darum, wer die Medaillen erhalten soll, die die US-Amerikanerin Marion Jones zurückgeschickt hatte. Sie war zwar nie bei einer offiziellen Dopingkontrolle mit einem positiven Befund ermittelt worden, hatte aber einem US-amerikanischen Staatsanwalt gestanden, bei den Olympischen Spielen in Sydney 2000 gedopt gewe-

sen zu sein. Das war ihr Siegeszug damals gewesen: Am 24. September 2000 hatte sie für den Sprintsieg über 100 m die Goldmedaille entgegengenommen, 72 Stunden später Bronze im Weitsprung erkämpft, tags darauf für den 200-m-Sieg die zweite Goldmedaille entgegengenommen, am 30. September in der 4x100-m-Staffel die Bronzemedaille gewonnen und letztlich am gleichen Nachmittag noch die Goldene für den Sieg in der 4x400-m-Staffel entgegengenommen. Nun also stand die IOC-Exekutive vor der Fragen: Wem geben wir die Medaillen? Über 100 m wäre sie der Griechin Katerini Thanou zugefallen, die damals Silber errungen hatte. Aber: Die Thanou hatte 2004 in Athen einen handfesten Skandal ausgelöst, als sie eine Dopingkontrolle ignorierte und sich darauf herausredete, sie hätte einen Motorradunfall erlitten. Danach verschwand sie von der olympischen Bildfläche und erschien also auch nicht am 100-m-Start. Wie man sieht, ist ihr Ruf nicht gerade makellos und so hatte die IOC-Exekutive Hemmungen, ausgerechnet ihr die Jones-Medaille zu überreichen. Die 200-m-Goldmedaille wäre der Bahamas-Sprinterin Pauline Davis-Thompson zugefallen und die hätte ihre sil-

für spätere Untersuchungen bei der Hand haben. Die Kasachen aber sorgten vor und hatten eine Kompanie Soldaten rund um das Spielfeld postiert, die sofort aktiv wurden, wenn eine Kamera auftauchte. So grübeln derzeit die Herren des Vorstands der Internationalen Handballföderation, wie sie erfahren, was sich tatsächlich in Almaty zugetragen hat. An der Antwort auf diese Frage wird gearbeitet.

EBENSO WIE IN DEUTSCHLAND DER FRAGE nachgegangen wird, wie die finanziellen Strukturen der Bundesliga-Fußball endgültig geregelt werden könnten. Bislang galt für die dort wirkenden Kapitalgesellschaften die Regel „50 + 1“, womit gemeint war, dass dem Verein mindestens 50 Prozent des Kapitals und dazu eine Stimme gehören mussten. Damit sollte gesichert werden, dass der Fußballverein auch in umstrittensten Situationen seinen Standpunkt durchsetzen konnte. Damit soll nun Schluß sein. Die „Sponsoren“ wollen künftig nicht mehr nur zahlen, sondern bei der Wahrung ihrer Interessen das letzte Wort haben. Das gilt zum Beispiel im Hinblick auf die Eintrittspreise, womit wir wieder beim Ärger mit den Fans wären. Wenn die Preise für

die Eintrittskarten drastisch erhöht würden, könnten einige Blöcke leer bleiben, aber die Kandidaten für Randalen könnten den Eintritt nicht mehr berappen und die Gutzahlenden müssten nicht fürchten in ihren Logen eines Tages attackiert zu werden.

GANZ ANDERS IST DER SKANDAL gelagert, mit dem sich die Landessportbünde Sachsen-Anhalt und Thüringen konfrontiert sehen. Das Bundesinnenministerium sperrt beiden die Fördermittel, wenn sie nicht augenblicklich parieren und zwei Herren entlassen. Der

eine ist Sportmediziner in Sachsen-Anhalt und war in den frühen fünfziger Jahren vor die Wahl gestellt worden, entweder fristlos gefeuert zu werden, oder Doping-schuld einzuräumen und mit einer Geldstrafe davonzukommen. Der Betroffene zahlte und die Richter meldeten einen überführten Dopingschuldigen mehr. Seit 2001 war er wieder in der Sportmedizin tätig und nun muss er endgültig entlassen werden. Ähnliches tat sich in Thüringen, nur dass es dort ein wegen Dopings belasteter „Wessi“ betrifft. Noch sind die letzten Worte nicht gefallen, denn in Halle und Erfurt will man sich gegen die Drohungen des Innenministers zur Wehr setzen.

ÜBRIGENS: ALS DAS IOC seine Probleme anging, erschien in Lausanne der britische Lord Condon, um den Olympiern zu helfen. Der Mann darf sich rühmen, früher Chef von Scotland Yard gewesen zu sein und sein Auftritt erinnerte daran, dass sich Sir Conan Doyle, der Erfinder von Sherlock Holmes bei den Olympischen Spielen 1908 in London für den disqualifizierten Marathonsieger Dorand Pietri engagiert hatte. Disqualifiziert, weil er es nicht mehr ganz bis zur Ziellinie geschafft hatte, was vermutlich den Nebenwirkungen eines Dopingmittels zuzuschreiben war. Genauer hat man nie erfahren, aber die Erinnerung daran lehrt uns, dass es schon immer Ärger mit dem Sport und vornehmlich mit den Siegern gab!

Also: Nichts, was der Weihnachtsmann lösen könnte!

Sportkolumne

Nichts, was der Weihnachtsmann nicht lösen könnte ...

berne an Susanthika Jayasinghe aus Sri Lanka weiterreichen müssen. Die aber war 1998 wegen eines positiven Dopingbefunds für zwei Jahre gesperrt worden und nur durch einen skurrilen Gnadenakt der Internationalen Leichtathletikföderation (IAAF) in Sydney zugelassen worden. Noch komplizierter die Frage, was mit den beiden Staffeldmedaillen werden sollte, denn wenn die an andere übergeben worden wären, hätte das IOC die Damen, die zusammen mit Marion Jones den Stab vom Start bis ins Ziel getragen hatten, bestraft, ohne dass jemand ein handfestes Motiv für diese Abstrafung hätte nennen können. Für diese Läuferinnen lagen weder positive Doping-Befunde noch Geständnisse vor! Und keine olympische Regel sieht derlei „Sippenhaft“ vor. Das Exekutivkomitee entschied also: Die Affäre wird bis zum nächsten Frühjahr vertagt. Wer dann einen Ausweg aus der kniffligen Lage finden soll, wurde nicht kundgetan.

BIS DAHIN WIRD AUCH GEKLÄRT sein müssen, was sich unlängst in Kasachstan zugetragen hat, als in einem Frauenhandballspiel zwischen der dortigen Nationalmannschaft und den Damen aus Südkorea entschieden wurde, wer nächstes Jahr in Beijing (Peking) an den Olympischen Spielen teilnehmen darf. Einiges an Ärger vorausahnend, hatten die Südkoreanerinnen Kameras nach Almaty mitgenommen und auch ein paar handfeste Männer, die mit ihnen umgehen können. Man wollte das Spiel „aufzeichnen“ und so Beweismaterial

Ein frohes Weihnachtsfest
und für 2008 Gesundheit, Optimismus und
Kraft im Kampf gegen Sozialabbau und für die
Bildung der neuen Linken
wünscht das Wahlkreisbüro
von MdL Dr. Monika Runge.

MdL Dr. Monika Runge Wolfgang Denecke

DIE LINKE.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern
von
LEIPZIGS NEUE eine frohe Weihnacht
und ein gesundes und friedliches neues Jahr.

Dr. BARBARA HÖLL



Ich kann freilich nicht sagen, ob es besser wird, wenn es anders wird, aber soviel kann ich sagen:
Es muss anders werden, wenn es gut werden soll.*

In diesem Sinne wünschen wir allen Leserinnen und Lesern von **Leipzigs Neue** ein besinnliches Weihnachtsfest sowie ein glückliches und erfolgreiches Jahr 2008.

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

* Georg Christoph Lichtenberg, 1742 - 1799

**Für eine vereinte Linke!
Für eine starke
sozialistische Linkspartei!**

Allen Leserinnen und Lesern von LEIPZIGS NEUE, allen Genossinnen und Genossen im neuen Jahr viel Gesundheit und viel Kraft für die vor uns stehenden Aufgaben.

Dr. Volker Külow, MdL,
Vorsitzender des Stadtverbandes Leipzig

DIE LINKE.

Die Linksfraktion im Stadtrat zu Leipzig wünscht allen Leserinnen und Lesern von LEIPZIGS NEUE ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr. Auch 2008 werden wir für Leipzigs Entwicklung streiten.

DIE LINKE.
Fraktion im Stadtrat zu Leipzig

Ein frohes Weihnachtsfest und für das Jahr 2008

Kraft und Optimismus im Ringen um ein sozial gerechteres Miteinander

Das wünscht Ihnen Cornelia Falken
MdL Sachsen – Fraktion Die Linke

DIE LINKE.

Das Bürgerbüro von MdL Dr. Dietmar Pellmann wünscht allen Leserinnen und Lesern von LN ein friedliches Weihnachten sowie einen erfolgreichen Start ins Jahr 2008. Zugleich bedanken wir uns für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2007

MdL Dr. Dietmar Pellmann
Reinhard Grützner

DIE LINKE.

ES WIRD BUNT!

MEHR INHALT, MEHR FARBE,
ÜBERSICHTLICH,
VIELE FEATURES & INTERVIEWS,
REZENSIONEN, NEUES AUS OST & WEST,
ÜBER 1000 KONZERTTERMINE,
LESERSHOP MIT VIELEN TOLLEN ANGEBOTEN

Ab 20.12.07 im Handel



**NEU
ACHTUNG
SACHSEN
INSIDE!**
Hintergründe,
Porträts, News



SERVICENUMMER 01805/917 917

(0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz, abweichende Preise für Mobilfunkteilnehmer)

www.melodieundrhythmus.com

An die Flughafengegner

Haltet endlich die Klappe.

Wenn DHL nicht die Produkte der Welt anliefern kann, müssten wir selbst produzieren. Haltet endlich die Klappe.

Dann müssten wir alle arbeiten. Wollt Ihr das wirklich? Haltet endlich die Klappe.

Wenn wir alle arbeiten müssten, könnten Manager keine sittenwidrigen Profite einstecken. Haltet endlich die Klappe.

Wenn wir alle arbeiten müssten, könnten Politiker nicht mehr vor Wichtigkeit keifen. Haltet endlich die Klappe.

Wenn DHL nicht die Produkte der Welt anliefern kann, können sie keine Arbeitsplätze schaffen. Haltet endlich die Klappe.

Wenn der deutsche Michel endlich denken würde, dann würde er ja wohl merken, wer die Arbeitsplätze erst ins Ausland verscheucht hat.

Ja wenn, ja wenn

Haltet endlich die Klappe.

A. HERRMANN, LEIPZIG

Che Guevara in Leipzig

In diesem Jahr gedachten friedliebende Menschen auf der ganzen Welt Che Guevaras anlässlich seiner Ermordung in Bolivien vor vierzig Jahren. Die meisten Leipziger wissen nicht, dass er Anfang der sechziger Jahre auf seiner Reise von Havanna nach Moskau in der DDR einen Zwischenstopp einlegte und auch Leipzig besuchte. Das besondere Interesse des damaligen Wirtschaftsministers Kubas galt der weltbekannten Leipziger Messe. Deshalb wurden ganz kurzfristig der ehemalige Generaldirektor des Leipziger Messeamtes Rolf Lemser und ich als Vertreter des Rates der Stadt und Vorsitzender der Stadtplankommission mit seiner Betreuung in Leipzig beauftragt. Von der Regierung der DDR nahm noch der Minister für Außenhandel, Gerhard Weiß an unseren Gesprächen teil. Guevara war damals 33 Jahre und bereits eine Legende. Er trug die Uniform der kubani-

schen Revolutionäre. Ihn interessierte einfach alles. Nachdem er sich mit der Entwicklung Leipzigs und seiner Messe vertraut gemacht hatte, wollte er vor allem etwas über die Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern wissen. In Leipzig spielte für ihn auch die Entwicklung des Handwerks und des Genossenschaftswesens eine Rolle. Am Schluss unserer Gespräche äußerte er den Wunsch, mit uns eine Tanzgaststätte zu besuchen. Ich schildere ganz bewusst einige private Eindrücke, da der „offizielle“ Guevara und seine revolutionäre Entwicklung durch eine Vielzahl von Büchern, Biographien und Artikeln weltweit bekannt ist.

Wir suchten uns das Ringcafé aus und setzten uns an einen kleinen Tisch, etwas abseits von der Kapelle. Guevara trank nur Wasser. Sehr schnell entstand eine aufgelockerte Atmosphäre. Er schilderte die damalige Lage

in Kuba und persönliche Erlebnisse aus der Zeit der Revolution. Auch Witze waren darunter. Er konnte sehr ausgelassen sein. Wir sassen an diesem Abend noch lange zusammen. Am nächsten Morgen flog er weiter nach Moskau zur Unterzeichnung eines für Kuba sehr wichtigen Handelsabkommens. Die DDR-Presse berichtete sehr ausführlich darüber.

Guevara machte in seiner bescheidenen aber bestimmten Art einen unauslöschlichen Eindruck auf uns. Er kam übrigens ganz allein, nur von einem Dolmetscher begleitet. Keine Berater, kein Bodyguard, für heutige Zeiten undenkbar. Als wir 1997 Kuba bereisten, betreute uns als Reiseleiter der Sohn des einstigen kubanischen Botschafters in der DDR. Als er erfuhr, dass wir Guevara von Leipzig her persönlich kannten, wich er nicht mehr von unserer Seite.

DR. K-H. BLAUROCK,
LEIPZIG

Lieber

Walter Preidel,
zu deinem
80. Geburtstag
am 23. Dezember
gratulieren wir dir
ganz herzlich.

Zugleich danken wir dir für
deine tatkräftige, nachdenkliche
und uns ermutigende
politische Arbeit.

Alles Gute, vor allem
Gesundheit,
wünschen dir

die Genossinnen und Genossen
deiner Basisgruppe und
des Ortsverbandes
Leipzig West (Grünau)
der LINKEN

Unsere Genossin

Christa Schwarzbach
ist am 15. Dezember
80

geworden.

Wir gratulieren herzlichst
und wünschen dir,
liebe Christa

FÜR DAS NEUE
LEBENSJAHR
ALLES
ERDENKLICH
GUTE

Deine DIE LINKE
Basisgruppe Lößnitz II

Früher, also in der Schule, als dort noch Wissen statt einer Dressurleistung vermittelt wurde, da spielte auch die Prozentrechnung eine Rolle. Die ist heute wichtiger denn je, denn Geld ist heutzutage wichtiger als Wissen oder gar Kompetenz. Wer also einmal ein tüchtiger Telekomchef oder Finanzminister werden möchte, kann schon mal zeigen was er so auf der Kirsche hat.

Deshalb die folgende Aufgabe:

Was Mehrwertsteuer ist, weiß ja fast jedes Kind, denn mit jedem Kanzlerwechsel wird die erhöht, damit genug Geld zum Kriegsspielen vorhanden ist. Derzeit liegt sie bei 19, vorher betrug sie 16 Prozent.

Per Definition ist 1 Prozent der Hunderste Teil eines Ganzen, also ein Prozent von 100 Euro sind ein Euro, 19 % demzufolge 19 Euro.

Die Telekom bietet Dienstleitungen an, die ebenfalls mehrwertsteuerpflichtig sind. Wer

Kleine Mathematikolympiade

sich so eine Rechnung einmal angesehen hat, der merkt, dass aus der Grundleistung zunächst die Mehrwertsteuer herausgerechnet wird, um sie am Ende der Rechnung über die gesamten Einzelbeiträge zu erheben.

So kostet der Tarif Calltime 27,95 und der Tarif Call & surf Basic 38,95 Euro.

Rechnet man aus beiden den Mehrwertsteueranteil von 19 % heraus, bleiben 22,64 bzw. 31,55 übrig. Richtig?

Auf der Telekomrechnung steht aber ein Betrag von 23,48 bzw. 32,73. Das entspricht erstaunlicherweise genau einem herausgerechneten Mehrwertsteueranteil von 16 %, so wie er vor der Erhöhung war.

Nun die Fragen an die Mathematikasse.

Hat die Telekom die Mehrwertsteueranteile korrekt berechnet, oder hat sie nur 16 %

anstatt 19 % herausgerechnet ?

Da jedem Kunden am Ende der Rechnung ja trotzdem 19 % berechnet werden, wurden etliche Kunden oder möglicherweise sogar alle um etwa 3 % betrogen.

Wie hoch ist der genaue Fehlbetrag in jedem Monat, wenn keine weiteren Leistungen auf der Rechnung vermerkt sind?

Welche zusätzlichen Einnahmen verzeichnet die Telekom durch den Rechnungsfehler bei 5 Millionen Kunden im Jahr?

Es gibt attraktive Preise zu vergeben. Der erste wäre, den Telekomchef öffentlich aufzufordern zu dürfen, wegen Unfähigkeit seinen Hut zu nehmen, wenn er noch nicht einmal die Prozentrechnung beherrscht.

JOCHEN SINGER,
LEIPZIG

Wanderungen durch Neufünfland

DAS UFER DES GRIEBNITZSEES unweit Potsdam war schon oft in die Schlagzeilen geraten. Mit Vorliebe erinnern die heute die Linie bestimmenden Medien daran, dass hier „Mauer“ war. Und zu der gehörte ein Uferweg, den die Streifen der Grenzer benutzten. Die ersten Villen waren dort schon um 1900 entstanden deren Grundstücke reichten bis ans Ufer. Kein Zugang also für Otto Normalverbraucher. In den dreißiger Jahren waren die jüdischen Grundstücksbesitzer von den Nazis enteignet und die meisten in KZ's eingeliefert worden. Nach 1945 zogen die Alliierten dort ihre Grenzen. Später wurde – siehe oben – die in Jalta markierte Grenze befestigt. Nach 1990 wurden die Anlieger Filetstücke der Immobilienbranche. Die Potsdamer Stadtverordneten hatten jedoch beschlossen, dass der Uferweg der Öffentlichkeit zugänglich bleiben müsse. Das mochten die neuen Besitzer nicht hinnehmen und ließen im Oktober von ihnen engagierte Wachschutzkommandos auf-

marschieren, die den Spaziergängern mitteilten, dass der Weg nicht mehr passierbar sei. Das aufkommende Spektakel endete mit dem Rückzug der Uniformierten. Die Besitzer aber zogen – wer handelt hierzulande heutzutage anders? – vor Gericht und das befand, dass die Grundstücksbesitzer, die schon vor 2005 zwischen Haus und See Gärten angelegt hatten, nicht verpflichtet seien, Passanten am See spazieren gehen zu lassen, denn der Uferweg gelte nicht mehr als „freie Landschaft“. Laut Grundgesetz ist die Würde des Menschen unantastbar. Wie man an diesem Fall mühevoll erkennen kann gilt die Unantastbarkeit vor allem für die, denen Grund und Boden gehören. Für die anderen ist diese Würde eine Nummer kleiner!

RECHTSANWÄLTE TRAFEN SICH IN HECKLINGEN und pflegten in ihren „Plädoyers“ nicht gerade die feinste Sprache. Einer tobte: „Man schickt uns zum Arsch der Welt!“ Was war geschehen? Im Land des Rund-um-die-Uhr-Aufschwungs

muss eisern gespart werden. Also entschied irgendein Amt, dass Gerichtsverhandlungen künftig nicht mehr in Stassfurt stattfinden, sondern nur mehr in Aschersleben. Und das obwohl der Gerichtssaal in Stassfurt eben erst gemalert und mit blankem Fußbodenbelag ausgestattet worden sei. Und das obwohl der Bürger künftig nun stattliche Wege zurücklegen muss, um zu seinen Papieren und – hoffentlich – auch zu seinem Recht kommen soll. Und das obwohl sich schon für jeden, der nur einen Grundbuchauszug benötigt die Wege nun verdoppeln. Der erste Weg führt in die Gerichtskasse nach Aschersleben, deren Öffnungszeiten man aber zuvor erfragen muss, weil sie begrenzt sind. Der Begleichung der Zehn-Euro-Gebühren in Aschersleben folgt als zweiter Weg die Rückfahrt nach Stassfurt, denn dort sitzt das Amt, das den Grundbuchauszug aus schreibt. Dann folgt der dritte Weg, nämlich der nach Hause.

WER GERADE IN STASSFURT sein

sollte, kann sich dort erzählen lassen, dass sich die Schulden des Kreises im kommenden Jahr auf 47,3 Millionen Euro erhöhen werden. Ursprünglich hatte man mit einem Defizit von 37 Millionen gerechnet, aber viele Kosten sind gestiegen, als bleibt kein anderer Weg als neue Schulden zu machen. Da durch „Reformen“ ein neuer Großkreis entstanden ist, wird allein für den Öffentlichen Personennahverkehr eine halbe Million Euro mehr benötigt. Der Zuschuss für die Wohnkosten der Hartz-IV-Empfänger steigt von 19,4 Millionen auf 22,2 Millionen. Fürwahr: Ein Aufschwung!

IN GARDELEGEN nutzen 80 bis 90 Haushalte jeden Dienstag die Chancen, die ihnen die Tafel bietet. Die rührige Martina Huhn hatte die Tafeln in Salzwedel, Klötze und Gardelegen ins Leben gerufen und damit eine großartige soziale Leistung vollbracht. Aber auch dieses Projekt könnte demnächst in Gefahr geraten. Der Plus-Markt in Gardelegen, der viel an die Tafel geliefert hatte, soll demnächst geschlossen werden und dann könnten neue Probleme auftauchen. Des Wanderers wichtigstes Tun: All den sozial Engagierten die Daumen drücken!

• KLAUS HUHN

Villen, Kommandos, Daumen drücken...

Rosa Luxemburg

Der Vorstand der
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
wünscht allen Leserinnen und Lesern von
LEIPZIGS NEUE
frohe und besinnliche Weihnachtsfeiertage
und
ein friedliches und solidarisches Jahr 2008.

Dr. Monika Runge, MdL Prof. Dr. Klaus Kinner
Stiftungsvorsitzende Geschäftsführer



Allen Gästen, Kameradinnen und Kameraden, Genossinnen und Genossen, und Mitarbeitern/innen wünschen wir ein ruhiges Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2008 und ein Wiedersehen in „Heideruh“

Heideruh e.V., Ahornweg 45, 21244 Buchholz i.d.N.
Tel.: 04181/8726, Fax: 04181/28114, Mail: heideruh@t-online.de

Der Vorstand der TIG Leipzig dankt allen Mitgliedern und ihren Angehörigen, allen Freunden und Sympathisanten für die Aktivitäten und Unterstützung, wünscht alles Gute zum Jahreswechsel und rechnet weiter mit der Solidarität aller im Kampf gegen soziales Unrecht.

Im neuen Jahr finden die ISOR-Sprechstunden an jedem 4. Mittwoch des Monats ab 16 Uhr im Leipziger Stadtteilzentrum Messemagistrade, Straße des 18. Oktober 10a statt.

**ALLEN GENOSSINNEN UND GENOSSEN,
ALLEN SYMPATHISANTINNEN
UND SYMPATHISANTEN**

der Partei DIE LINKE in Lößnig
ein frohes und geruhames Weihnachtsfest,
verbunden mit herzlichen Grüßen zum Jahreswechsel
und den besten Wünschen für 2008.

Vor uns stehen große Aufgaben
packen wir sie gemeinsam an.

Die Vorstände der Lößniger Basisgruppen der Partei
DIE LINKE

Die Freidenker des
Leipziger Verbandes
wünschen allen Lese-
rinnen und Lesern von
LEIPZIGS NEUE ein
erfolgreiches Jahr
2008.

Die Mitglieder
und
Sympathisanten
der Initiative
Christliche Linke
wünschen allen
Leserinnen und
Lesern
von LEIPZIGS
NEUE
ein geruhames
Weihnachtsfest
und ein
glückliches,
friedvolles
Jahr 2008

Der Vorstand der TIG
Leipzig bedankt sich bei
allen Mitgliedern und
ihren Angehörigen,
bei allen Freunden und
Sympathisanten für die
solidarische Unterstützung
im Kampf gegen Renten-
strafrecht und soziale
Ungerechtigkeiten,
wünscht ein friedliches
Weihnachtsfest, alles Gute
zum Jahreswechsel
und gemeinsame Erfolge
im neuen Jahr.

Die nächste ISOR-Sprech-
stunde findet am 30. Januar
2008 statt.

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im Dezember neu bei uns:

Peter Scholl-Latour: *Zwischen den Fronten*. Erlebte Weltgeschichte. Propyläen, 24,90 Euro

Gabriele Krone-Schmalz: *Was passiert in Russland?*
Herbig, 19,90 Euro

Wassilij Grossmann: *Leben und Schicksal*. Roman
Claassen Verlag, 24,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
fl 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage
04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum
04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center
04357 Mockauer Str. 123

**Wir danken unserer verehrten Kundschaft
für ihr entgegengebrachtes Vertrauen und
wünschen ein friedvolles Weihnachtsfest
und ein gesundes neues Jahr**

Zum Jahreswechsel

herzlichen Dank
und gute Wünsche
für gemeinsames Bemühen
um Frieden, soziale Gerech-
tigkeit und solidarisches Mit-
einander.

Ringeln wir weiter für eine
erklärte und engagierte Stadt
Leipzig gegen Kriegsbeteiligung
und für Antinazi-Bündnisse.

Friedenszentrum Leipzig e. V.,
AG Flughafen natofrei, Friedensweg Leipzig,
Leipziger Komitee für Gerechtigkeit e. V.,
Mitglieder des Aktionskreises



FDJ-Winterschule 2007

26.12.2007 - 01.01.2008 in Jena

Was gibt's? – Fragen und Antworten
1990: Wiedervereinigung oder Annexion?
18 Jahre später: Staatsumbau und Kriegsgefahr?

Anmeldung und Fragen? BckMarinaBck@aol.com oder 0174/6923274
Was kostet's? 40 Euro (mindestens), 70 Euro (normal) oder 100 Euro (Soli)
Konto: Susanne Lange, Berliner Sparkasse BLZ: 10050000 Konto:
6012464884, Stichwort: Winterschule 2007



dankt allen Leserinnen und Lesern für die geleistete
finanzielle, materielle und politische
Solidarität mit Kuba. Wir wünschen ein
gesundes und erfolgreiches
neues Jahr.

Cubasi

La Solidaridad
es la ternura de los pueblos

Unsere Solidarität geht weiter.

**Der Vorstand des Bundes der Antifaschisten
(BdA) e. V. - Sitz Leipzig**

dankt
seinen Mitglieder, Sympathisanten und Partnern für die geleistete Arbeit und
wünscht frohe Weihnachten sowie ein erfolgreiches Jahr 2008.

Ab Januar befinden sich Büro und Bibliothek im Erich-Zeigner-Haus in der
Zschocherschen Straße 21, 04229 Leipzig (LVB-Haltestelle Felsenkeller).



Der gerade Weg ist der kürzeste, aber es dauert meist am längsten, bis man auf ihm zum Ziele gelangt.

Foto Eiltzer / Text Lichtenberg

Leipziger Silbenrätsel

a-ber-brau-bun-ci-die-ding-don-dorf-eh-eu-en-en-geld-gels-gier-hart-hain-is-kra-le-mann-na-ne-ne-ner-on-po-re-ren-ri-ro-sce-sach-sen-stra-ße-sumpf-ten-ter-the-ü-ung-zi

- 1.) Stadtbekannte LINKE Adresse
- 2.) Anfang einen bekannten Kinderliedes
- 3.) Auch in LE stöhnend ausgesprochen
- 4.) Auch in LE fehlt es in Mengen
- 5.) Wem sie gebührt, der findet sie hier
- 6.) In LE fehlgedeuteter Opernheld
- 7.) Theaterfestival in LE
- 8.) Schrieb in LE Weltgeschichte
- 9.) Brach über die Oper Leipzig herein
- 10.) Synonym für unhaltbare Zustände
- 11.) Kleines aber feines Kino in LE
- 12.) Ab 2008 Mann des Schauspiels in LE
- 13.) Stadtteil mit himmlischem Namen
- 14.) Schrieb in Probstheida Zeitungsgeschichte
- 15.) LINKE Leipziger Kulturtruppe

Die Anfangsbuchstaben ergeben einen Begriff, der im Januar 2008 in Leipzig für Schlagzeilen sorgen wird.

					2		7	6
7	1	3						
			1					9
4		1		9				
		6		8		5		
				6		7		2
	5				7			
						4	3	1
3	8		9					

Sudoku

Füllen Sie die leeren Felder so aus, dass in jeder waagerechten und in jeder senkrechten Spalte sowie in jedem 3x3-Kästchen jede Zahl von 1 bis 9 nur einmal vorkommt. Viel Vergnügen!

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Vor ein paar Tagen machte die „Knolle“, eine urige Kneipe am Leipziger Bayrischen Bahnhof plötzlich dicht. Inzwischen hat der Laden wieder geöffnet. Was früher Kneipe war, ist jetzt „Café & Lounge“ und heißt: Café au lait-Milchkaffe.

Lokale Pressenotiz im Dezember

Bücher sollen doch keine Botschaften vermitteln, sie sollen nur Spaß machen.

„Bestsellerautorin“ Cornelia Funke
DLF 23. 11.

Für den Neubau des Stadtschlösses soll, so heißt es, die eineinhalb Meter dicke Bodenplatte des Palastes der Republik genutzt werden.

LVZ 27. 11.

Die Marktfrauen von Novy Targ (Polen), die stundenlang sitzen, ohne etwas loszuwerden, geben mir auf den Weg: „Wir in Polen sind das Geschwür in der unia europejska – wenn das mal platzt, wird es wohl bis nach Deutschland stinken.“

ND 1./2.12.

Seit 1978 läuft das größte Umweltprojekt aller Zeiten – die grüne chinesische Mauer. Es ist

ein Projekt der gesamten Bevölkerung. Millionen Hektar Flächen sind bereits begrünt bzw. aufgeforstet. Der Kampf gegen die Wüste ist aber noch nicht entschieden.

Phönix 3. 12.

Ungefähr 5000 BRD Bürger, viele aus Schleswig Holstein, pendeln über die Grenze nach Dänemark zur Arbeit. Manche werden ganz nach Dänemark übersiedeln. Hauptgrund: Ein ganz anderes Arbeitsklima

1918, das Kaiserreich war zu Ende und damit auch die Vorgaben des Kaisers, was auf Gemälden darzustellen sei.

beides DLF 4. 12.

In Großbritannien sind bisher vier Millionen Überwachungskameras installiert. Ein Besucher, der sich einen Tag in einer Kleinstadt aufhält, wird 300 Mal erfasst.

arte 5. 12.

Am Anfang beträgt ihr Gehalt 2000 Euro netto. Später wird es dann mehr. Prima, dann komme ich später wieder.

Eulenspiegels Kartenkalender 2008

ENTDECKT VON MANFRED ERBE

Prickelndes Schmalspur ist die Mutter der Großspurigen.

Der moralische Imperativ, der Mensch solle nur das sagen und tun, was er auch verantworten kann, läuft auf anhaltendes Schweigen, begleitet von Nichtstun, hinaus.

Lieber zehnmals den Kopf verloren als einmal das Gesicht.

Die Kleinen trinkt man, die Großen lässt man saufen.

REINHARD LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzigs-neue.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 2,60 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax (Redaktion): 0341/21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

17. Dezember 2007

Die nächste Ausgabe erscheint am 11. Januar 2008

Spendenkonto

für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40